Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. März 1977
Jg. 5 Nr. 10

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

„Neue Initiative“

Die bürgerlichen Medien sind des Lobes voll über die „neue Initiative des Führers der weißen Rhodesier“. (heute, 4.3.) „Rassendiskriminierung gelte in der Welt von heute als eines der größten Verbrechen“, hatte Smith kürzlich verkündet und den „Abbau der Rassenschranken“ gefordert. (FAZ, 1.3.) Einige Tage später hat das Siedlerregime ein „Gesetz zur Bodenreform“ verabschiedet, „das den Schwarzen mehr Rechte gibt“. (heute, 4.3.) „Künftig sollen Schwarze auch Land in den bisher Weißen vorbehaltenen Gebieten erwerben können.“ Zeigt Smith etwa Einsicht? Soviel wie ein Wolf, der sich das Schafsfell überzieht, um seinen Jägern zu entkommen und weiter rauben zu können. Für das „Recht“, ein paar Quadratkilometer des Landes zu „erwerben“, das ihm die weißen Siedler gewaltsam geraubt haben und das sie sowieso nur zum kleinsten Teil bebauen, für dieses „Recht“ soll das Volk von Zimbabwe den bewaffneten Befreiungskampf aufgeben, auf *sein* Land, seine Reichtümer verzichten, sich der Herrschaft des Imperialismus unterwerfen und ein paar von Smith eingesetzten Marionetten akzeptieren? Selbst den Imperialisten schwant, daß für solche „Lösungen“ die Zeit längst vorbei ist. „Die gegenwärtige heiße Debatte im rhodesischen Parlament hätte gewiß geschichtliche Bedeutung, wäre sie nicht unter dem Druck des immer schwieriger zu bewältigenden Abwehrkrieges gegen die schwarzen Partisanen zustandegekommen.“ (heute, 4.3.)

rhodesischen Parlament hätte gewiß geschichtliche Bedeutung, wäre sie nicht unter dem Druck des immer schwieriger zu bewältigenden Abwehrkrieges gegen die schwarzen Partisanen zustandegekommen.“ (heute, 4.3.)

Enthüllung mit Absichten

Die US-Imperialisten verbreiten überall, wer von ihnen bestochen wurde und mit wieviel. Der jordanische König Hussein, den sie auch auf ihrer Liste haben, hat es nicht abgestritten.

Hussein regiert Jordanien, einen Staat, der direktes Produkt der imperialistischen Politik zur Schaffung des Staates Israel ist. Von den britischen Imperialisten geschaffen, haben die US-Imperialisten auf verschiedenste Art und Weise Jordanien benutzt, um die Einheit der arabischen Staaten und Völker zu torpedieren. Im Jahr 1970 wurde den Palästinensern das Recht entzogen, von jordanischem Gebiet aus Angriffe gegen Israel durchzuführen. Blutig wurde dies Verbot durchgesetzt. Warum posaunen die US-Imperialisten die Sache jetzt aus? Weil es ihrem Brückenkopf, dem Siedlerstaat Israel, schlecht geht unter dem Druck des Kampfes der arabischen Völker. Weil die Einheit der arabischen Staaten gegen den Imperialismus und den Siedlerstaat Israel dabei Fortschritte gemacht hat. Die jordanische Regierung hat den Beschlüssen von Rabat zugestimmt, die die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes bestätigen. Hussein tritt auf gegen Verhandlungen in Genf ohne die PLO. Die US-Imperialisten wollen jede schwache Stelle in der gewachsenen Einheit ausnutzen, wollen Spaltung säen, indem sie zeigen: der und der ist unser Kettenhund, mit dem können wir machen, was wir wollen. Das Beispiel Jordanien zeigt, daß das nicht stimmt. Die Imperialisten behaupten es, um die arabischen Völker zu demütigen und zu spalten.

„Bahnbrecher“

Kürzlich fand in der Volksrepublik China die Nationalkonferenz der Eisenbahnarbeiter zum „Lernen von Datjing in der Industrie“ statt. Die „Viererbande“ hatte sich bei ihren Versuchen zur Sabotage besonders auf die Eisenbahnen konzentriert, weil diese – wie die Eisenbahner feststellten – „die Lebensadern unserer nationalen Wirtschaft“ sind. Eisenbahnen erfordern das exakte Zusammenwirken großer Menschenmassen und die Beherrschung gewaltiger Produktionsmittel. Die „Viererbande“ hatte versucht, die Losung „den Klassenkampf als das Hauptkettenglied ergreifen“ *an die Stelle* der Losung „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern“ zu setzen, und hatte unter den Eisenbahnern folgenden Spruch propagiert: „Besser unpünktliche Züge im Sozialismus als pünktliche im Kapitalismus“. Die Eisenbahnarbeiter haben diesen reaktionären Unsinn entlarvt und herausgearbeitet, daß die Produktion gerade der Entfaltung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit dienen muß. Die Eisenbahnen müssen im Sozialismus schneller, besser, wirtschaftlicher und pünktlicher verkehren. Dadurch leisten die Eisenbahnarbeiter einen Beitrag zur Befreiung der Produktivkräfte im ganzen Land, zur Festigung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus. Sie haben sich – wie die Arbeiter von Datjing – im Geist der harten Arbeit und des Vertrauens auf ihre produktive Kraft einen kühnen Aufbauplan für den Zeitraum von drei bis fünf Jahren gesetzt, so daß die chinesischen Eisenbahnen den Erfordernissen der rasch vorwärtsschreitenden Entwicklung der Produktion im ganzen Land nicht mehr hinterherhinken, sondern als „Bahnbrecher“ dienen.

Der Fall Maihofer, der Fall Traube und andere Fälle

Der Zersetzung der herrschenden Klasse und die Abenteuer der bürgerlichen Demokratie

Maihofers Wanzen konnten nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. Schließlich waren die Wanzen Maihofers einem Klassenbruder in die Wohnung gesetzt worden. Per Einbruch. Traube ist nicht nur Atomexperte. Er war auch Geschäftsführender Direktor der KWU-Tochter Interatom. Hat einer ein Matratzenlager im Haus, dann hört er damit nicht auf, Bourgeois zu sein. Im Gegenteil. Meist haben bloß Bourgeois die Möglichkeit zu solchen Lagern. Schon aus Platzgründen. In der Verfassung wird das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung gewährt. Für die Arbeiterklasse ist dieses Recht eine Phrase. Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung nützt schon ziemlich wenig, wenn man jederzeit aus der Wohnung hinausgeworfen werden kann. Nutzt der Arbeiter die Wohnung für politische Zwecke seiner Klasse und kriegt die Bourgeoisie das mit, dann riskiert er nicht nur Wanzen des Verfassungsschutzes. Er riskiert auch Verhaftung. Nach den

ter die Wohnung für politische Zwecke seiner Klasse und kriegt die Bourgeoisie das mit, dann riskiert er nicht nur Wanzen des Verfassungsschutzes. Er riskiert auch Verhaftung. Nach den

neuen Länderpolizeigesetzen braucht er bloß öfters ausländische Klassenbrüder und Arbeitskollegen einzuladen. Dann kann er sich stets auf Hausdurchsuchungen gefaßt machen. Das findet die Bourgeoisie nicht nur normal, sondern notwendig. Also gibt es wegen sowas auch keinen Skandal. Sowas ist kein „Fall“. Die Verfassung ist für die Bourgeoisie gemacht und regelt den gesellschaftlichen Verkehr unter den Bourgeois und garantiert ihn durch den Staat. Wohnungen braucht die Bourgeoisie für ihre dunklen Geschäfte. Also müssen sie unversehrbar sein. Sie braucht die Wohnungen auch für ihr Privatleben. In dem geht es finster zu. Also muß die Wohnung gegen überraschende Angriffe gesichert werden. Muß der Bourgeois damit rechnen, daß ihm der Staat Wanzen in die Wohnung setzt, dann bekommt er Zweifel an der „Rechtsstaatlichkeit“. Die Frage wird hin und her gewälzt. Der zuständige Minister kommt in Schwierigkeiten. Er hat einen Fehlgriff gemacht.

Uns interessiert hier die Geschichte dieses Ministers. Er gilt als Liberaler. Sicher zu Recht. Sein Ziel ist es, den Polizeiapparat und Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse möglichst auszubauen, ohne für die Angehörigen der Bourgeoisie Unannehmlichkeiten zu schaffen. Das ist liberal. Liberalität ist ein Markenartikel der Bourgeoisie. Sie braucht den Unterdrückungsapparat, sie will aber möglichst wenig Scherereien damit haben. Liberalität ist auch gut für den Betrug der Massen. Sitzt ein Maihofer im Innenministerium, dann läßt sich die Stimmung unter den Massen verbreiten: Es wird nicht so heiß gegessen wie gekocht wird. Werden neue Polizeigesetze geschaffen, dann soll man sich denken, der Maihofer wird schon dafür sorgen, daß kein „Mißbrauch“ getrieben wird. Das zielt auf die Intelligenz und soll über die Intelligenz in die Volksmassen und insbesondere in die Arbeiterklasse eingeträufelt werden. Schließlich hat Maihofer zu den Gegnern der Notstandsgesetze gehört. Er hat Gutachten dagegen geschrieben. Er hat auf Kundgebungen gegen die Notstandsgesetze herumgeredet. Er ist bloß im Innenministerium, um die Anwendung der Notstandsgesetze und der ganzen Unterdrückungsparagraphen zu verhindern, die sich die Bourgeoisie geschaffen hat. Das soll man denken, und es gibt auch etliche, die das tatsächlich denken. Noch heute gehört Maihofer zum Beirat der Humanistischen Union, einer Professoren- und Bürgergesellschaft, die die Bourgeoisie in den 60er Jahren gegründet hat als Auffangbecken gegenüber der demokratischen Bewegung. Noch heute nehmen welche die Proteste dieser Gesellschaft ernst. Sie hat jetzt auch im „Fall“ Traube ihre Stimme erhoben.

Auffällig viele Polizei- und Justizminister kommen aus dieser Ecke. Der Justizminister in Nordrhein-Westfalen, der Justizsenator in Westberlin und der Justizsenator in Hamburg, der allerdings vor einigen Wochen den Hut nehmen mußte. Die Bourgeoisie hat auf dieses Personal zurückgegriffen, um ihre imperialistischen und reaktionären Absichten zu verhüllen. Anerkennend schreibt die „Welt“:

„Das Besondere an der Entwicklung des Werner Maihofer ist, daß er sich den Schuh des für die Innere Sicherheit Verantwortlichen nicht nur angezogen hat, sondern auch anscheinend gern darin läuft. Indiz dafür ist der Ausbau des BGS und sein Stolz auf die Truppe. Indiz dafür ist die Förderung des Bundeskriminalamtes, die Einrichtung einer Sonderabteilung ‚Terror‘ und die Forderung nach Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Gewalttaten. Indiz dafür ist auch Maihofers oft geäußerte

(Fortsetzung Seite 2)



Die nationale Befreiungsbewegung von Ost-Timor (FRETILIN) hat inzwischen 80 % des Landes von den indonesischen Invasionstruppen befreit. In einem vierwöchigen Kampf Anfang des Jahres wurden 312 indonesische Soldaten am Fluß Lois getötet. Die Invasion wird von den Imperialisten, voran den US-Imperialisten, unterstützt. Die BRD liefert Waffen mit Staatskrediten an Indonesien, jetzt wieder zwei U-Boote für 250 Millionen DM. Indonesische Offiziere werden in Westdeutschland ausgebildet, ebenso Polizeioffiziere. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie weiß, warum sie ihren politischen Einfluß stärken will: „Vielfältige *natürliche Ressourcen*, eine *große Bevölkerung* und eine *pragmatische Wirtschafts- und Außenpolitik* machen Indonesien zu einem *längerfristig interessanten Markt*“, beschreibt die Commerzbank in ihrem Länderbericht die Gier der Imperialisten nach stärkerer imperialistischer Ausbeutung Indonesiens. Von 1971 bis 1975 haben sich die Direktinvestitionen westdeutscher Kapitalisten *vervierfacht*. 17 % des Zinns, 14,3 % des Kupfers werden aus Indonesien importiert. Indonesien verfügt über große Ölvorkommen. Eine Gesellschaft zur Uranförderung in Indonesien haben die westdeutschen Imperialisten mit 90 % Beteiligung in der Hand.

Bourgeoisstreit um den Standort der Wiederaufbereitungsanlage

Finanzkapital will rasche Durchsetzung des Energieprogramms gegen das Volk

Am 22. Februar hat die niedersächsische Landesregierung Gorleben als Standort für die geplante Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie benannt. Gorleben liegt direkt an der DDR-Grenze. Das hat viele dazu gebracht, in Albrechts Standortwahl nur ein Manöver zu sehen. Die bürgerliche Presse schrieb – fast einstimmig – von einem taktischen Trick Albrechts, der der Bundesregierung den Schwarzen Peter zuschieben wolle.

Das „Handelsblatt“ wütete; die niedersächsische Landesregierung hätte einen Standort benannt,

„von dem sie von vornherein wußte, daß die Bundesregierung dazu ihre Zustimmung nicht geben kann.“ Ausschlaggebend dafür wären militärische Gründe: „Der gewichtigste Einwand richtet sich .. gegen die Wahl eines Standorts an der Nahtstelle zwischen NATO und Warschauer Pakt. Es erscheint undenkbar, daß der Atombombengrundstoff Plutonium nur fünf Kilometer von der DDR-Grenze entfernt gelagert wird, und in Bonner Regierungskreisen wird damit gerechnet, daß die Alliierten gegen den Bau der Anlage in Gorleben energisch protestieren werden.“ (Handelsblatt, 23.2.)

In Frankfurter Bankenkreisen hatte die „Frankfurter Allgemeine“ augenscheinlich anderes erfahren, als was das „Handelsblatt“ aus „Bonner Regierungskreisen“ zu berichten wußte. Als einzige bedeutende bürgerliche Zeitung zollt sie sofort Respekt für

„Albrechts Entscheidung“, der damit „... den Mut zu einer schweren Verantwortung“ bewiesen habe. (FAZ, 23.2.)

Die Wiederaufbereitungsanlagen in den USA, Frankreich und Großbritannien dienen überhaupt vor allem der Produktion von Plutonium für Atomwaffen. Man soll nicht meinen, daß die „Frankfurter Allgemeine“ dem „Atombombengrundstoff Plutonium“ gleichgültig gegenüberstände. Erstens will ihn die westdeutsche Bourgeoisie haben. Zweitens will sie ihn behalten und nicht bei der ersten militärischen Verwicklung den russischen Sozialimperialisten in die Hände fallen lassen.

Militärisch richtet sich die westdeutsche Bourgeoisie auf die Abwehr eines großangelegten konventionellen Angriffs der sozialimperialistischen Sowjetunion ein, ohne im mindesten die Vorbereitungen für einen eigenen Angriff im Rahmen der NATO eingestellt zu haben. In jedem Fall richten sich die Imperialisten auf Panzerschlachten mit erheblicher operativer Tiefe ein. Die westlichen Imperialisten müssen damit rechnen, daß feindliche Truppen Gorleben und ebenso mindestens auch die „möglichen Standorte“ Unterlüß/Celle und Lichtenhorst in kürzester Zeit erreichen könnten. Insofern ist die Frage für den *konkreten* Standort eh untergeordnet. Entscheidende Teile der westdeutschen Bourgeoisie sind überzeugt, daß die Sozialimperialisten auch in einem solchen Fall nicht an das Plutonium herankämen. Immerhin kann man die ganze Anlage als eine riesige Atommine in die Luft jagen. Das klingt abenteuerlich. Das ist es auch. Es ist abenteuerlich wie das gesamte Energieprogramm der Imperialisten.

Die „Frankfurter Allgemeine“ ruft inmitten des ganzen Protestgeschreis die Bourgeois zur Ordnung und auf den Boden der Tatsache, daß die Hauptgefahr dem imperialistischen Energieprogramm nicht von den Sozialimperialisten, sondern von den Arbeitern und Bauern droht, die den Kampf dagegen führen.

„... auf schnell entfachten Bürgerzorn kann nicht unbegrenzt Rücksicht genommen werden.“ Dabei ist „Einvernehmlichkeit“ geboten, und „die äußerste Form“ solcher Einvernehmlichkeit der Reaktion ist – „gemeinsamer Polizeieinsatz“. (FAZ, 23.2.)

Am 1. März, eine Woche nach dem Beschluss der Landesregierung wird die bisherige „Projektgesellschaft“ in eine „Deutsche Gesellschaft“ für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) umbenannt, mit 100 Millionen Startkapital ausgestattet und die Verlegung ihres Sitzes nach Hannover angekündigt.

Gleich bei ihrer Gründung hat sich die DWK, die den Elektrizitätsgesellschaften gehört und über diese von den Großbanken kontrolliert wird,

„hinter die vorläufige Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung gestellt“. (FAZ, 2.3.) Auf einmal ist der Standort Gorleben „technisch und organisatorisch außerordentlich gut geeignet“. (SZ, 2.3.77)

Das angebliche Hauptproblem, daß der radioaktive Niederschlag in der DDR nicht gemessen werden kann, soll über Nacht durch ein „Meßprogramm auch in näherer Umgebung“ „ohne Schwierigkeiten“ lösbar sein. (Handelsblatt, 2.3.)

Das „Handelsblatt“ versteht und ist beruhigt:

Das Anfangskapital soll „sehr schnell“ steigen. „Ein Bankenkonsortium, in dem u.a. die Großbanken und zwei Landesbanken vertreten sind, habe die Finanzierung des Projekts als möglich bezeichnet.“ Kosten soll es alles zusammen 5,5 Mrd. DM (Handelsblatt, 2.3.)

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie verspricht sich großen Profit von

(Fortsetzung Seite 2)

Der Fall Maihofer, der Fall Traube und andere Fälle

(Fortsetzung von Seite 1)

Genugtuung, mit Richard Meier – persönlich ausgesucht – einen Fachmann an die Spitze des Verfassungsschutzes gestellt zu haben statt eines Parteien-Protégés."

Die Bundesregierung scheint Maihofer auf jeden Fall halten zu wollen. Er hat sein Betrugsgeschäft noch nicht beendet. Die Bourgeoisie braucht ihre Liberalen von der „Humanistischen Union".

Die Entwicklung des Professor Maihofer ist lehrreich. Kommen die Volksmassen wie im Kampf gegen die Notstandsgesetze in Bewegung, dann schickt die Bourgeoisie ihre Agenten aus, um der Bewegung die Spitze zu brechen und sie wieder einzufangen. Das gelingt immer nur teilweise. Entsprechend wird ein Teil dieser Agenten in hohe Staatsämter gespült, wo er nach „APO"-Zeiten staatsmännische Verantwortung wahrnimmt. Ein anderer Teil bleibt an der Bewegung dran und verschafft sich dort Positionen, um das Geschäft der Bourgeoisie weiterzutreiben. Man ist überhaupt nicht sicher, sie später, in zweiter Welle, ebenfalls als Minister auftauchen zu sehen.

Die KVZ hat sich in den letzten Wochen bemüht, einem Menschen namens Hopfenmüller die verdiente Berühmtheit zu verschaffen. Dieser Hopfenmüller hat die Hilfspolizeikette bei Brokdorf geleitet, die am 19.2. die richtige Polizeikette vor „Provokationen" aus den Reihen der Demonstranten schützte. Wir haben ihn der Bourgeoisie für einen Orden empfohlen. Gleichzeitig haben wir darauf hingewiesen, daß sich solche Leute mit ihren Taten zusammen mit dem Orden der Bourgeoisie leicht auch den Strick von seiten der Massen einhandeln können. Die Geschichte entwickelt sich nach gewissen Gesetzmäßigkeiten, und diese Gesetzmäßigkeiten sind die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes. Man konnte unsere Feststellung als gutgemeinte Warnung begreifen, daß diese Gesetzmäßigkeiten vom Willen der Menschen unabhängig sind. Man kann ihnen nur entgehen, indem man aufhört, Agent zu sein.

Besagter Hilfspolizist ist heute Mitglied des Kommunistischen Bundes Nord. Früher war er wie Maihofer Mitglied der Humanistischen Union. Vielleicht ist er es heute noch. Sicher ist solche Doppelmitgliedschaft beim KB Nord möglich, wenn nicht üblich.

Unsere Feststellung über historische Gesetzmäßigkeiten hat bei manchen Leuten viel Aufregung verursacht. Sie haben sich nicht über die Hilfspolizistenrolle jenes zweiten Maihofer aufgeregt, sondern darüber, daß wir gesagt haben, wie es mit ihm enden wird, wenn er sich nicht ändert. Woher die Aufregung?

Die Aufregung über sachliche Feststellungen ist bloß die Kehrseite der Hoffnung auf Klassenversöhnung, die äußerst unsachlich ist, von Leuten wie Maihofer und Hopfenmüller aber genährt wird.

Wir wollen ein anderes Beispiel nehmen. An der Westberliner Universität ist letztes Jahr ein neuer Rektor gewählt worden. Es gab zwei Kandidaten. Einen offenen Reaktionär und einen weniger offenen. Die Kommunistische Hochschulgruppe in Westberlin hat gesagt, sie wählt keinen. Darauf haben Leute, die sich inzwischen als Professoren und Assistenten an der Freien Universität einen Platz verschafft haben und das gut finden, einen großen Spektakel gemacht. Die KHG gefährde die Errungenschaften des Kampfes der Studenten. Als ob diese Kerle, die sich in den rückwärtigen Falten der Bourgeoisie eingenistet haben, die Errungenschaften der Studentenbewegung wären. Es war ihnen kein Mittel zu schmutzig, um die KHG von ihrem revolutionären Votum herunterzubringen. Damit sind sie gescheitert. Inzwischen ist der Rektor gewählt worden. Der weniger offen reaktionäre Kandidat. Er hat bereits das eine und andere Mal die Polizei auf den Campus geholt. Die KHG hat recht gehabt.

Wieviele, die in den 60er Jahren gegen die Notstandsgesetze gekämpft haben, hätten damals gedacht, daß Maihofer eines schönen Tages Innenminister sein würde und mit Wanzen herumhantieren würde, was noch nicht einmal durch die Notstandsgesetze gedeckt ist? Inzwischen ist es raus. Auch wer erst 20 ist oder jünger und diese Erfahrungen noch nicht gemacht hat, kann daraus lernen.

Ein Mensch wie Hopfenmüller, eines Tages als Energieminister der Bundesregierung? Eine lächerliche Vorstellung? Mag sein, daß er zu dumm dazu ist. Aber das wäre der einzige subjektive Hinderungsgrund. Der andere Hinderungsgrund wäre, daß sich die ganze Sache nimmer so lange hinschleppt, daß er dazu noch Gelegenheit findet. Dafür sind wir unbedingt.

Hoffnungen auf Klassenversöhnung sind genauso fehl am Platz wie Illusionen in die Anständigkeit der Agenten der Bourgeoisie. Der Fall Maihofer sollte da eine Lehre sein. Man muß alle Fragen klassenmäßig angehen, die Menschen nach ihren Taten beurteilen und stets den Klassencharakter der Politik untersuchen. Das schützt die Arbeiterklasse vor Betrug und Überraschungen.

Albrechts Zielprojektion: Bauernlegen

Die Bauern in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen durch das imperialistische Energieprogramm. Was durch das Energieprogramm schlagartig für ganze Landstriche bewirkt wurde, geht Jahr für Jahr gesetzmäßig im ganzen Land vor sich.

Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Kapitalismus läßt einen unversöhnlichen Widerspruch zwischen industrielle Produktion und landwirtschaftlicher Produktion entstehen. Die kleinen Bauern sind nicht in der Lage für die Bewirtschaftung ihres Bodens ausreichend zu investieren. Die Großbauern können den Konkurrenzkampf durch Mechanisierung und kapitalistische Bewirtschaftung standhalten, die kleinen werden von ihren Höfen enteignet.

Ein Bauer aus unserem Dorf mußte letztes Jahr den letzten Rest seines Hofes verkaufen, der einmal 10 ha groß gewesen war. Schon seit etwa 10 Jahren mußte er in einer Kartoffelsortieranlage arbeiten und seinen Hof nach Feierabend bewirtschaften. Kapital, um sich Maschinen zu kaufen und seine Gebäude für mehr Vieh umzubauen, hatte er nicht. Von den Ernteerlösen konnte er die Dünge- und Pflanzenschutzmittel nicht mehr bezahlen. Um die Kredite auszulösen, mußte er Stück für Stück Land verkaufen bis nichts mehr da war. Jetzt arbeitet er in der Fabrik und muß von seinem Lohn noch alte Schulden bezahlen.

War die durchschnittliche Betriebsgröße 1960 im Bereich Emsland z.B. 12,1 ha, so ist sie 1971 bereits auf 14,1 ha durch Ruinierung der Bauern angehoben worden. Bis 1985 plant die Landesregierung diese Tendenz sprunghaft auf 26,6 ha durchschnittliche Betriebsgröße zu befördern. In gesamt Niedersachsen sollen durch Vernichtung der kleinen Höfe die Betriebsgrößen von 15,6 ha (71) auf 25,1 ha (85) erreicht werden. Viele Bauern versuchen ihren Hof zu retten und bewirtschaften ihn neben der Arbeit in den Fabriken am Abend. Die Mittel zu ausreichenden Investitionen, die nötig sind um in den Konkurrenzkampf mit den Großen mitzuhalten, werden durch Nebenerwerb nicht erreicht. Die Entwicklung ist gegenläufig. Im Landesentwicklungsplan von Niedersachsen wird das Ziel der Bourgeoisie wie folgt angegeben: „Es wird als Ziel angesehen, alle Möglichkeiten zu schaffen, um in Fortsetzung des bisherigen Trendes die Abnahmen um 136 000 Personen (land- und forstwirtschaftliche Erwerbstätige. red) auf 191 000 Erwerbstätige ohne vermeidbare Härten zu ermöglichen."

Alle Programme zur Förderung der Landwirdschaft gehen darauf, diesen Trend zu fördern. Kapitalträchtige Förderungen werden nur an „entwicklungsfähige Betriebe" vergeben, um „weitres Wachtum" zu schaffen. Genauso „tragen Hilfen für den Übergang der in der Landwirschaft erwerbstätigen in andere Wirtschaftsbereiche oder ihr vollständiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht unerheblich zur Strukturverbesserung bei". Es betrifft 2,8 % der in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft Erwerbstätigen pro Jahr, die ihren Hof oder ihre Arbeit aufgeben müssen.

90 000Betriebe mit einer Hektargröße über 0,5 werden bis 1985 durch die kapitalistische Planung der Landwirtschaft drauf gehen, das sind 6 000 pro Jahr. „Dabei werden die Abnahmen in den unteren Betriebsgrößenklassen stärker sein und sich in zunehmendem Maße auch auf einen Teil der Betriebsgrößenklassen zwischen 20 und 30 ha erstrecken, während der andere Teil dieser Betriebsgrößen ständig schneller zunehmen wird." Die Bourgeoisie bezeichnet dies als „Trend". Den will sie fördern. Es ist aber ein Gesetz des Kapitalismus, welches die Bauern von ihren Höfen enteignet und in die Fabriken treibt. Es ist Planung auf lange Zeit seitens der Bourgeoisie vorhanden, das ‚Bauernlegen' zu intensivieren.

Bourgeoisstreit um Standort der Wiederaufbereitungsanlage

Finanzkapital will rasche Durchsetzung des Energieprogramms gegen das Volk

(Fortsetzung von Seite 1)

dem Atomprogramm. Dieser Profit soll „sehr schnell" reinkommen. Die Wiederaufbereitungsanlage ist ein Kernstück des ganzen Programms. Ohne sie geht es nicht . Dazu wird jetzt alles auf eine Karte gesetzt. Deshalb sind die Banken gegen Gezauder mit dem Standort. Es soll rasch entschieden und „einvernehmlich" gegen die Volksmassen vorgegangen werden.

Die französischen Imperialisten sollen 4,5 Mrd. DM für Erweiterungsinvestitionen verlangt haben, wenn sie die Wiederaufbereitung der in Westdeutschland verbrauchten Brennstäbe weiter übernehmen sollen. Dadurch würde laut DWK der Strompreis um 1 Pfennig pro Kilowattstunde steigen, sonst um einen halben Pfennig. Nicht, daß die Elektrizitätsunternehmen davor zurückschreckten, die Plünderung der Volksmassen über den Strompreis weiter zu steigern, um billige Sondertarife für die Kapitalisten zu finanzieren. Sie wollen diesen Profit aber *selbst* einstecken.

Die BRD-Imperialisten sind mit ihrem abenteuerlichen Energieprogramm in die Klemme geraten. Auf der einen Seite treibt sie die imperialistische Konkurrenz vorwärts, auf der anderen Seite kommen sie gegen den Widerstand der Arbeiter und Bauern nicht voran. Jetzt ist ein Befreiungsschlag der Imperialisten gegen das Volk beabsichtigt. „Einvernehmlichkeit" im Polizeieinsatz scheint dazu wichtiger als taktische Finessen im Ringen mit der sozialimperialistischen Supermacht und der Bourgeoisie der DDR. Polizeitaktiker haben bereits herausgefunden, Gorleben wäre gut zu halten, weil von drei Seiten von DDR-Grenze umgeben. Albrecht setzt auf Spaltung. Im Emsland sei die Bevölkerung von vornherein „falsch programmiert" gewesen. (HAZ, 23.2.) Ein beträchtlicher Teil des Startkapitals der DWK soll jetzt zur „richtigen Programmierung" der Bevölkerung im Kreis Lüchow-Dannenberg verwandt werden.

Diese Bourgeois täuschen sich. Ob der Standort Gorleben nun nur ein Versuchsballon ist oder nicht, die Arbeiter und Bauern schließen sich im Kampf gegen das Energieprogramm zusammen. Gleich nach der Entscheidung der Landesregierung ist sowohl in Hermannsburg bei Unterlüß als auch in Gorleben demonstriert worden. Für den 12.3. wird zu einer großen Demonstration in Gorleben aufgerufen, an der sich Bürgerinitiativen aus dem ganzen Land beteiligen werden. Die Volksmassen lassen sich durch die abenteuerlichen Manöver der Bourgeois, mit denen sie ihr Atomprogramm durchsetzen wollen, nicht täuschen. Die Atommülldeponie und die Wiederaufbereitungsanlage werden nicht gebaut werden. In Gorleben nicht und auch nicht anderswo.

Die Kapitalisten machen Druck für das Kernenergieprogramm

„Memorandum" der BBC

Die monopolistischen Spekulanten und Abenteurer des Kernenergiegeschäfts treiben die Regierung zu mehr Einsatz in der Durchsetzung des Kernenergieprogramms an. BBC, einer der Kapitalisten im Kernenergiegeschäft, hat ein „Memorandum" über die Situation in der Stromversorgung der Bundesrepublik Deutschland herausgebracht. Die Überschrift läßt schon ahnen, daß es neben den üblichen Feigenblättern, „Rationalisierung durch Strom der Kernreaktoren schafft letztenendes doch Arbeitsplätze", schicksalschwangere Ahnungen vom Auffliegen des Kernenergieprogramms enthält: „Verzögerungen z.B. beim Bau eines 1 300-MW-Kernkraftwerks belasten die Hersteller und die Betreiber je nach Baufortschritt mit 15 bis 200 Millionen pro Jahr. Hinzu kommen im Mittel weitere 50 bis 100 Mio DM pro Jahr für inflationsbedingte Kostensteigerungen. (...) Die in den vergangenen 20 Jahren allein für die Reaktorenentwicklung aus öffentlichen Haushalten aufgewendeten 6,8 Milliarden DM wären zusammen mit den Aufwendungen von Herstellern, Betreibern u.a. weitgehend umsonst ausgegeben und würden einen immensen Verlust an volkswirtschaftlichen Vermögen bedeuten."

Richtig ist, daß die Massen es satt haben, weiter über die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat das Kernenergieprogramm der Kapitalisten zu finanzieren. Deshalb kommen die Kapitalisten von „volkswirtschaftlichen Erwägungen" auch rasch zur Sache: Der bürgerliche Staat, ihr Geschäftsführer, soll mehr Druck hinter die Sache machen! Die Kapitalisten, die sich da zusammengetan haben, sprechen ihre „Mahnung" nicht ins Leere, selbstverständlich wird sich der bürgerliche Staat verstärkt in Trab setzen, um das Kernenergieprogramm durchzudrücken. Die, die ihn dazu auffordern, sind seine Auftraggeber. Ob sich der Staatsapparat gegen die Volksmassen durchsetzen wird, steht auf einem anderen Blatt. Das Kernenergieprogramm ist ins Stocken geraten. Es muß zu Fall gebracht werden

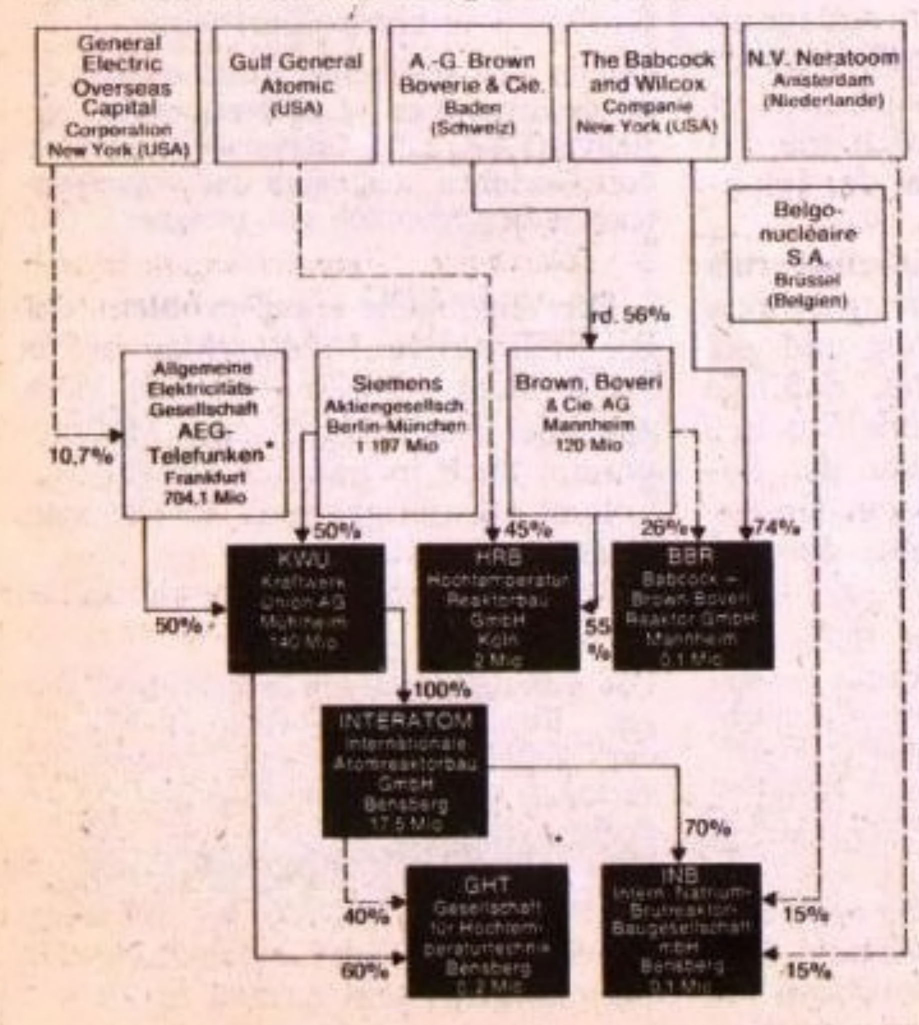
Aus dem Memorandum der BBC-Kapitalisten

„Wir fordern die politischen Entscheidungsträger auf, der Energiewirtschaft die dringend benötigte Unterstützung zu verschaffen. Die Voraussetzungen für ein Wiederaufleben bzw. eine Fortführung geplanter Kraftwerksvorhaben müssen sichergestellt werden. Dabei soll erneut klargestellt werden, daß sich Brown Boveri im Rahmen der verfügbaren technischen Möglichkeiten zur Verwirklichung eines Höchstmaßes an Sicherheit und Umweltschutz bekennt.

Vordringliche Sofortmaßnahmen:

1. Die Bundesregierung und das Land Niedersachsen müssen sich bezüglich eines Standortes für den Entsorgungspark umgehend verbindlich erklären. Wir bejahen den Grundgedanken einer geschlossenen Entsorgungskette. Unseres Erachtens können weitere Baugenehmigungen für Kernkraftwerke erteilt werden, sobald das Konzept für die Entsorgung vorliegt und von der Reaktorsicherheitskommission gebilligt wurde. Dies kann bis Ende 1977 erfolgen.
2. Die Beibehaltung der bisherigen Verwaltungspraxis ist sicherzustellen. Danach ist eine Baugenehmigung, gegen die Einspruch eingelegt wurde, bei Nachweis des öffentlichen Interesses zum sofortigen Vollzug freizugeben. Die Empfehlung des Bundesinnenministers, das Urteil der ersten Instanz des Verwaltungsgerichts abzuwarten, führt zu keiner Lösung, weil die Rechtsmittel damit nicht erschöpft sind. Im übrigen sollten politische Entscheidungen nicht den Verwaltungsgerichten überlassen werden.
3. Eine Änderung des § 5 des Bundesimmissionsschutzgesetzes bzw. seiner anhängenden Ausführungsvorschriften (...) ist – insbesondere für konventionelle Kraftwerke – dringend erforderlich. Da die Ausführungsvorschriften zwar die Behörden, nicht dagegen die Gerichte binden, kommt es – wie im Falle Voerde – zu unvorhersehbaren juristischen Schwierigkeiten. Der Gesetzestext des § 5 verlangt für genehmigungsbedürftige Industrieanlagen die absolute ‚Unschädlichkeit'. Diese extreme Forderung ist für industrielle Anlagen unrealistisch. Hier muß eine Abänderung in der Art erfolgen, daß eine Abwägung zwischen der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit und einer zumutbaren Umwelteinwirkung möglich ist."

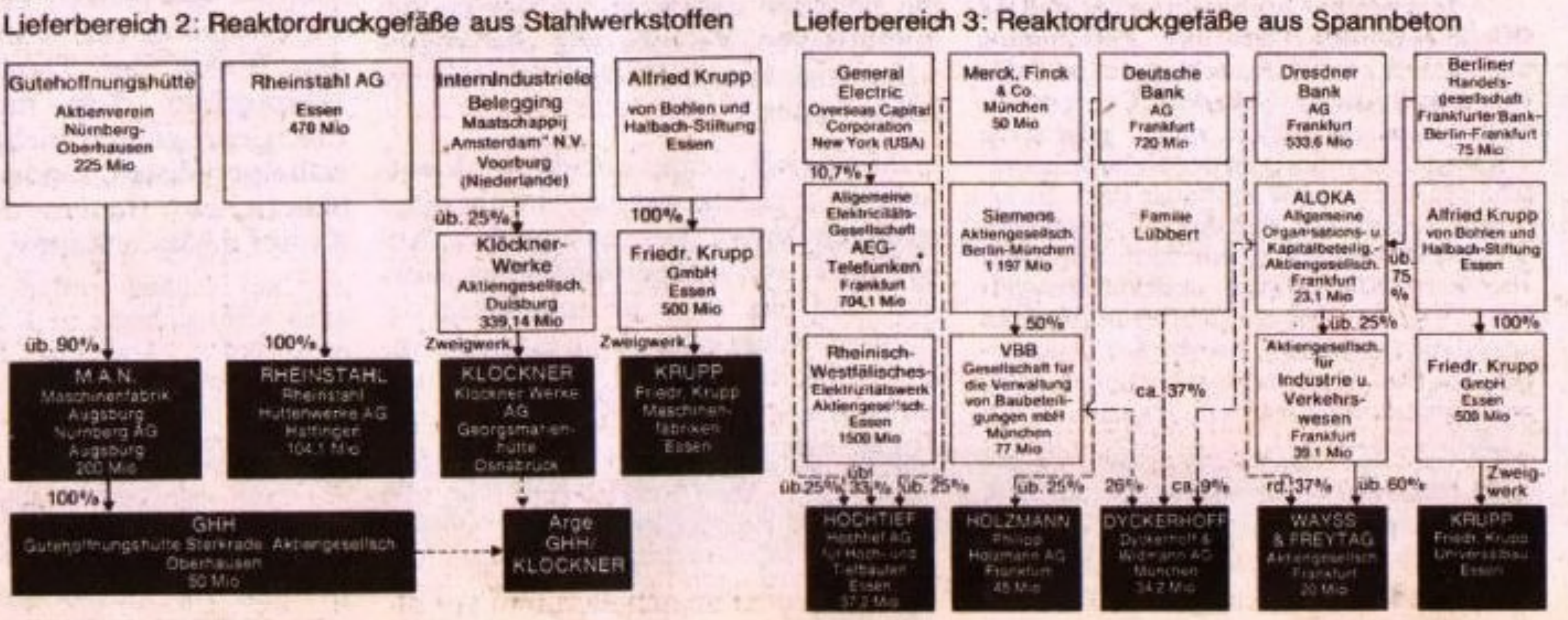
Mannheim, 4. Februar 1977



Quelle: Atomwirtschaft / Atomtechnik 12/73, Seite 571

* AEG inzwischen von Siemens rausgedrängt.

Die negativ gedruckten Firmen sind die auf den jeweiligen Teilmärkten verkaufenden Kapitalisten.



Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 10/1977 32 000

Polizeirechte im „Rechtsstaat"

Angriffe auf das Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung / Maihofer kündigt neues Abhörgesetz an

Um bei Traube eine Wanze anzubringen, sind die Verfassungsschutzbeamten in seine Wohnung eingebrochen. Darüber haben einige bürgerliche Zeitungen ein großes Geschrei angehoben, der „Rechtsstaat" sei in Gefahr, es fehle die parlamentarische Kontrolle für das Vorgehen des Minister Maihofer. Anlässe wie diese nutzt die Bourgeoisie immer, die bestehenden Gesetze zu überprüfen. Unter dem Mantel des Geschreis nach „Rechtsstaatlichkeit" bereitet sie dabei ihre Lumpereien vor. „Eine Novelle zum G-10-Gesetz steht ohnehin demnächst an", hat Maihofer in einem Interview mit der „Zeit" erklärt. Es ist das Gesetz zur Änderung des Notstandsgesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, das am 18. Oktober 1974 im Bundestag in Erster Lesung verhandelt wurde. Seitdem liegt es im Innen- bzw. Rechtsausschuß. Mit den Notstandsgesetzen hat sich die Bourgeoisie während der Großen Koalition Sondergesetze zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes geschaffen. Angesichts des Neuaufschwungs der demokratischen Massenbewegungen und der Arbeiterbewegung gegen die Herrschaft der Bourgeoisie geht sie jetzt schon daran, diese Notstandsgesetze weiter auszubauen, nachdem die imperialistische Unterdrückungsmaschinerie unter Brandt und Schmidt stürmisch ausgebaut worden ist. Das neue Abhörgesetz dehnt die Abhörgründe aus auf alle Ausländer, die „einem überwiegend aus Ausländern bestehenden Geheimbund angehören" und auf den Tatbestand der „Zersetzung" gegen die in der BRD und in Westberlin stationierten Truppen der NATO.

Um die Massenbewegung zu unterdrücken, muß die Bourgeoisie vor allem auch das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung angreifen. Im Grundgesetz hat sie dieses Recht bereits eingeschränkt. Durch die neuen Polizeigesetze hat sie sich weitere Willkürparagraphen geschaffen.

Artikel 13 des Grundgesetzes garantiert die Unverletzlichkeit der Wohnung, Absatz 2 des Artikel 13 schränkt dieses Recht jedoch sofort wieder ein: „Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die im Gesetz vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden." „Gefahr im Verzug" erlaubt es der Polizei dann, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl die Wohnung zu durchsuchen. Wenn die Massen zum Sturm auf das Kernkraftwerksgelände in Brokdorf rüsten, dann ist für die Bourgeoisie natürlich allerhöchste „Gefahr im Verzug" und sie schickt die Schergen los, um Revolutionäre zu überfallen. Im „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" der Bundesinnenministerkonferenz sind die Möglichkeiten der Durchsuchungen noch ausgedehnt worden: „Wohnungen, in denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung treffen oder Straftäter sich verstecken ... dürfen zum Zweck der Gefahrenabwehr jederzeit betreten werden." Das ist praktisch ein Blancoscheck für die Polizei. Mit dem neuen Polizeigesetzentwurf kann die Bourgeoisie im Entführungsfall ganze Häuserviertel durchsuchen lassen, weiter kann eine Wohnung durchsucht werden, wenn „Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich eine Sache in der Wohnung befindet, die sichergestellt oder beschlagnahmt werden darf". Das sind Transparente und Plakate für einen Streik während der Friedenspflicht oder Material für eine Hausbesetzung. Diese Angriffe auf die Rechte des Volkes rechtfertigt die Bourgeoisie mit dem Prinzip der „Rechtsstaatlichkeit". Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht auf dem Privatbesitz, oberstes Gebot der Rechtsstaatlichkeit ist demnach auch der Schutz des Eigentums, dem das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung schon im Grundgesetz untergeordnet ist. Im Kommentar von Maunz-Dürig-Herzog heißt es entsprechend:

„Im Bereich der immanenten Schranken ist der Grundsatz zu beachten, daß jede Freiheit an ebenso starken (oder sogar noch stärkeren) Rechten und Freiheiten anderer Personen ihre Grenze finden muß. (...) Der Inhaber einer Wohnung kann sich nicht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung berufen, um seine politische Meinung von der Wohnung aus in einer Weise zu bekunden, die geeignet ist, den sozialen Frieden zu stören (...). Der zwangsweisen Räumung auf Grund eines Räumungsurteils oder eines sonstigen rechtmäßigen Aktes kann nicht mit der Berufung auf die Wohnungsfreiheit begegnet werden." Das steht für die Bourgeoisie außer Zweifel. Eine Arbeiterfamilie auf die Straße zu werfen, die ihre Miete nicht mehr bezahlen kann, das ist allemal gedeckt durch das Grundgesetz. Durch die Gesetze ist ebenfalls gedeckt, wenn der Gerichtsvollzieher zur Eintreibung von Steuern – oder anderen Schulden – in die Wohnung eindringt. Das ist alles „rechtsstaatlich" geregelt.



60 000 Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten demonstrierten 1968 auf einer zentralen Demonstration in Bonn gegen die Notstandsgesetze.

Beim Einbruch in das Haus Traubes hat sich Maihofer auf den Absatz 3 des Artikel 13 gestützt: „Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, aufgrund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (...) vorgenommen werden."

Die „gemeine Gefahr" ist der Gummibegriff, mit denen der Verfassungsschutz jederzeit seine Überfälle rechtfertigen kann. „Gefahr ist das Bestehen oder das Bevorstehen einer rechtswidrigen oder sonst schädlichen Veränderung der Umwelt, durch die ein vorhandener normaler Bestand an Lebensgütern unmittelbar gemindert oder vernichtet wird, wenn der Allgemeinheit oder den betroffenen Personen nicht zuzumuten ist, dies hinzunehmen. (...) Gemein, d.h. allgemein ist die Gefahr, wenn sie für eine unbestimmte Zahl von Personen oder Sachen besteht", heißt es im Maunz-Dürig-Herzog-Kommentar. Alle Kämpfe des Volkes zielen auf die „Veränderung der Umwelt", durch die der Besitz und die staatliche Gewalt der Kapitalisten „vernichtet" wird. Weil sich diese Kämpfe aktuell verschärfen und die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes einen Aufschwung nehmen, greift die Bourgeoisie zu immer wilderen Mitteln der Unterdrückung. Die Innenministerkonferenz hat in ihrem Programm der inneren Sicherheit die Polizeidichte auf 1:400 festgelegt, gleichzeitig geht sie an den Aufbau eines Blockwartsystems. In Westberlin wurden bereits „Kontaktbeamte" eingeführt, die für bestimmte Viertel zuständig sind. Das zeugt keineswegs von der Stärke der Bourgeoisie, sondern von ihrer Isoliertheit. Gleichzeitig verschärfen sich die Widersprüche in der Bourgeoisie.

Dürig, Mitverfasser des Kommentars zum Grundgesetz, hat sich gegen die Traube-Aktion ausgesprochen, er schreit vergeblich. Solche Leute fordern, daß wie beim Abhörgesetz eine „parlamentarische Kontrolle" – der Innenausschuß des Bundestages – bei Überfällen des Verfassungsschutzes auf Wohnungen eingerichtet wird. Sie fürchten, daß ein wildgewordener Innenminister zu oft Leute aus den eigenen Reihen überfällt und daß der unterdrückerische Charakter der Gesetze zu offen liegt. – (ds)

Weizenkartell USA – Kanada: Versuch zur Erpressung der Länder der Dritten Welt

Die USA und Kanada planen ein „Abkommen zur Regulierung der Weizenexporte und zur Vermeidung übermäßiger Preisaufschläge" heißt es in einer Erklärung des amerikanischen Landwirtschaftsministers Bergland. Bei diesem Plan der USA-Imperialisten handelt es sich um die Bildung eines Weizenkartells, mit welchem die USA-Imperialisten die Preise für den Weizenexport bestimmen wollen. Zusammen mit Kanada beträgt der Anteil des Weizenexports der USA-Imperialisten dann zwei Drittel des Weltweizenexports. Der ganze Plan der USA-Imperialisten ist ein Versuch, den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen die Ausbeutung ihrer Länder durch die Imperialisten aufzuhalten und ihren Kampf um die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu zersetzen durch den Versuch der Erpressung über die Beherrschung des Weizenexports und der Festlegung der Preise. Genau zu Beginn der Genfer Verhandlungen zur Schaffung eines internationalen Rohstoffonds am 7.3. haben die USA-Imperialisten ihre Absichten veröffentlicht.

Da die Länder der Dritten Welt gegenwärtig noch etwa 90 % ihrer Einnahmen durch den Verkauf von Rohstoffen an die Imperialisten erzielen, kämpfen sie darum, daß die Rohstoffpreise durch die Ausfuhrländer gemeinsam festgelegt werden und einheitlich reguliert werden durch einen internationalen Finanzierungsfonds, so daß feste Einnahmen der Produzentenländer gewährleistet bleiben. Die Imperialisten, insbesondere der USA und der BRD, sind gegen diese Regelung aufgetreten, zuletzt auf der UNCTAD-Konferenz 1976 in Nairobi (vergleiche auch KVZ Nr. 49/76), sowie auf den Vorbereitungskonferenzen in Genf. Die Sozialimperialisten haben sich gegen die Forderung der Länder der Dritten Welt gestellt und sind nicht bereit, Geld in den Fonds zu zahlen. Die Imperialisten wollen nicht, daß die Preise über einen gemeinsamen Fonds geregelt und reguliert werden, sondern daß jeweils für die einzelnen Rohstoffe der Preis mit den einzelnen Ländern ausgehandelt wird. Das heißt nichts anderes, als daß die Imperialisten ihre Monopolstellung ausnutzen, um die Preise festzulegen, zum anderen die Möglichkeit der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt aufrechterhalten wollen, die sie schon seit Jahren betreiben und wogegen die Völker sich jetzt wehren. Sie wollen weiter die Spaltung der Länder in Öländer, in Bananenrepubliken, in Kautschuk- und Kupferländer aufrechterhalten und deren Zusammenschluß untereinander verhindern.

Der Plan zur Einrichtung eines Weizenkartells mit Kanada soll nun als Druckmittel gegen die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung eingesetzt werden, mit dem die Länder der Dritten Welt erpreßt werden sollen, ihre Pläne aufzugeben. Grundlage für diese Möglichkeit ist die Tatsache, daß durch die koloniale und neokoloniale Ausbeutung der Länder der Dritten Welt diese noch nicht voll in der Lage sind, sich selbst zu ernähren und Getreide einführen müssen. Gegenwärtig müssen die Länder der Dritten Welt 32 Millionen Tonnen Getreide jährlich einführen. Unverhohlen haben die USA-Imperialisten ihre Erpressungsversuche angekündigt: „Ich habe gehört ..., daß Leute in der Ernährung von uns abhängig werden können. Einige meinen, das sei keine gute Nachricht. Für mich ist das eine gute Nachricht, denn ehe jemand irgend etwas tun kann, muß er zu essen haben. Und wenn wir nach einem Weg suchen, wie man andere dazu bringen kann, sich an uns anzulehnen und in Abhängigkeit von uns zu geraten, dann scheint mir, daß Abhängigkeit in der Ernährung eine großartige Sache wäre." (Hubert Humphrey, ehemaliger US-Vizepräsident, in: Weizen als Waffe, Reinbek 1975) Ein Beamter des Außenministeriums: „Wir haben die Nahrungsmittel, zur Hölle mit der restlichen Welt." (Guardian)

Um zu dem Kartell zu kommen, brauchen die USA-Imperialisten die kanadischen Weizengebiete, zusammen beherrschen sie zwei Drittel des Weltweizenexports. Geplant ist nach US-Landwirtschaftsminister Bergland auch, die Weizenexportländer Australien und vor allem Argentinien in das Kartell zu bekommen. In Argentinien haben die USA-Imperialisten vor einem Jahr schon einen Putsch angezettelt, was eine USA-freundliche Militärregierung an die Macht brachte.

Kanada ist wirtschaftlich zu einem großen Teil von den USA-Imperialisten beherrscht. Nach der Statistik ist der Nettobestand der Direktinvestitionen der USA von 1950 3 579 Millionen Dollar auf 28 000 Millionen Dollar im Jahre 1973 gestiegen. Im Vergleich dazu, die Direktinvestitionen im gesamten EG-Bereich betragen 1973 37 200 Millionen Dollar. Praktisch heißt das, daß Kanadas Wirtschaft über die Hälfte von den USA beherrscht wird. „Annähernd 70 Prozent der Erdölförderung, 75 Prozent der Autoproduktion und des Kohlebergbaus, 75 Prozent der Glaserzeugung, 60 Prozent der chemischen Industrie und 84 Prozent der Gummiindustrie, jeweils 60 Prozent der Energieversorgung, 65 Prozent des Werkzeugmaschinenbaus und 95 Prozent der Automobilindustrie. Der Einfluß der großen US-Firmen auf die kanadische Wirtschaft ist noch größer, wenn man die Zahl der rein kanadischen Firmen berücksichtigt, die als Zulieferer für amerikanische Gesellschaften arbeiten und daher weitgehend von ihnen abhängig sind." (Levison, Sekretär der Dachorganisation der Chemiegewerkschaften) Der Export von Weizen wird in Kanada über eine Weizenbehörde abgewickelt, aber große US-Konzerne haben ein eigenes Vertriebsnetz aufgebaut. Die US-Monopole versuchen nun, über die Regierungsvereinbarungen die kanadische Landwirtschaft in den Griff zu bekommen.

Die fünf größten Nahrungsmittelkonzerne der USA-Imperialisten – Cargill, Continental Grain, Cook Industries, Bunge und Dreyfus – beherrschen den Weltgetreidehandel und kontrollieren etwa 85 Prozent der US-Getreideausfuhr. Die Konzerne betreiben ein zusammenhängendes Handelssystem, das von Kornfeldern der Farmen bis hin zu den ausländischen Märkten reicht. In den USA kontrollieren sie örtliche Kornspeicher, Vorratskammern, Spezialwagen für den Bahntransport, Lastkähne und Hafenspeicher, sie betreiben Charterfirmen, die den Versand in alle Welt kontrollieren und besitzen Hafenanlagen und Verarbeitungsbetriebe in vielen Ländern.

Das geplante US-Weizenkartell soll den Weizenpreis festlegen, so daß die Imperialisten Extraprofite machen, Konkurrenten ausschalten und vor allem die Länder der Dritten Welt erpressen, von ihren Forderungen abzulassen. Schon in den letzten Jahren stieg der Weizenpreis ungeheuer in die Höhe von 188,77 kanadischen Cents 1969 auf 585,82 1975 je 60 Pfund. Durch überhöhte Preise sollen weiterhin die Länder gezwungen werden, Kredite aufzunehmen, um die Nahrungsmittel zu bezahlen, was wiederum sie dazu zwingen soll, durch Verkauf der Reichtümer des eigenen Landes und vor allem durch die Beibehaltung der von den Imperialisten aufgezwungenen einseitigen Wirtschaft die Abhängigkeit beizubehalten.

Gegenüber diesen Erpressungsversuchen der Imperialisten, gegen die Manipulation der internationalen Märkte durch die Supermächte, wobei die Sozialimperialisten im Weizenhandel versuchen, durch Spekulationseinkäufe und -verkäufe zu Wucherpreisen den Ländern der Dritten Welt und den RGW-Ländern gegenüberzutreten (vergleiche KVZ 2/77), entwickelt sich der Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt und auch die ersten Fortschritte in der Lösung der Ernährungsfrage.

Die Länder der Dritten Welt haben die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt. Auf ihrem im Februar 1976 in Manila abgehaltenen Ministerkonferenz der Gruppe 77, der auch einige Entwicklungsländer Asiens angehören, wurde auch beschlossen, daß im internationalen Handel gemeinsame Aktionen gestartet werden sollen, um die Interessen der Baumwolle, Jute, Kautschuk und Tee produzierenden Länder zu wahren. Die 5. Konferenz der Staatsoberhäupter und Regierungschefs der blockfreien Länder im August dieses Jahres nahm ein Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit an, in dem die Stärkung der existierenden und die Errichtung weiterer Vereinigungen von rohstoffproduzierenden Ländern sowie die Einberufung eines Symposiums der blockfreien und anderen Entwicklungsländer in Pjöngjang verlangt wird, auf welchem die Erfahrungen bei der Entwicklung der Landwirtschaft und unabhängiger nationaler Industrie ausgetauscht werden sollen." (Peking Rundschau 50/76) So werden die Erpressungsversuche der Imperialisten Stück für Stück zurückgeschlagen und die Macht des Imperialismus gebrochen. – (jk)

Stimmen zur neuen Weltwirtschaftsordnung

Anfang Mai findet das zweite Treffen der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris statt. Letzten Montag begannen in Genf Verhandlungen zur Durchführung der Beschlüsse der Welthandelskonferenz von Nairobi, tags darauf beratschlagten die EG-Außenminister darüber in Brüssel.

Am Sonntag äußerten sich die imperialistischen Politiker im „Bericht aus Bonn". Ihre Kernsätze:

Sprecher: „Aber ein anderes Argument, das ich Ihnen gerne entgegenhalten möchte, liegt in der Behauptung, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung die Reichen reicher und die Armen ärmer mache ..."

Friderichs, Wirtschaftsminister: „Ich teile jedenfalls im wesentlichen diese Meinung. ... Ziel muß es doch sein, einen tragfähigen Kompromiß herbeizuführen, der uns nicht einen riesigen Weltdirigismus im Rohstoffbereich bringt, der aber auch berücksichtigt, daß rohstoffarme Industrienationen, wie z.B. die BRD, im Wettbewerb mit rohstoffreichen Industrienationen, wie USA oder Sowjetunion, bestehen müssen."

Sprecher: „Im Norden, vor allem bei den stärksten Industrie- und Welthandelsstaaten hält man an der Freiheit der Weltmärkte fest."

Todenhöfer, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU: „Die Bundesregierung ist erstens isoliert, weil sie bis heute keine klare umfassende, detaillierte, vor allem glaubwürdige Alternative zum integrierten Rohstoffprogramm ausgearbeitet und vorgelegt hat ... und zweitens, weil sie für ihren Standpunkt international völlig unzureichend geworben hat. ... Die Alternative ist ..., daß man die Preise auch in Zukunft mit allen ihren Schwankungen als Barometer des Marktes nutzt, ... eventuelle Exporterlöseinbrüche durch rückzahlbare Kredite auszugleichen. Die einzige Möglichkeit, die freie Weltwirtschaftsordnung zu retten, ist also eine Erhöhung der Entwicklungshilfe ..."

Schlei, Entwicklungshilfeministerin: „Wir aber sind nur bereit, friedliche Arbeit zu leisten und müssen dann also auch manches in Stille tun."

Das kapitalistische Lohnsystem führt zu Ruin und Verelendung der Arbeiter

Wie die Erhöhung der Gebühren und indirekten Steuern durch den bürgerlichen Staat den Zwang zur Mehrarbeit für die Kapitalisten und die Lohnsteuerlast verschärfen

Jeden Monat einmal erhalten über 20 Millionen Lohnabhängige ihre Lohnabrechnung. Jeden Monat 20millionenfachen Ärger beim Blick auf die Lohnzettel, und das doppelt: über das Nettoergebnis auf der Abrechnung und über den undurchsichtigen Abrechnungsdschungel. Wer nachprüfen will, wie sich der Bruttolohn zusammensetzt und wie und wohin große Lohnteile verschwinden, bevor der Arbeiter den Lohn in der Tasche hat, muß sich große Mühe machen und wird dennoch nur wenig Licht in das Dunkel bringen.

Schmidt hat solchem Ärger sogar einige Ausführungen seiner Regierungserklärung gewidmet: „Ich möchte Ihnen gern, weil ich auch selbst zu denen gehöre, die manchmal das Gefühl haben, undurchsichtigen Formularen ausgeliefert zu sein, folgendes Beispiel geben: Wenn Sie Ihre Wasserrechnung, die Darlegungen Ihres Vermieters für die erneute Mieterhöhung, die Sie in diesem Jahr erlebt haben, Ihre Gehaltsabrechnung, Ihre Bundestagsabrechnung wirklich genau verstehen, die der Computer Ihnen ausgedruckt hat, dann sind Sie klüger als die meisten links oder rechts auf den beiden Flügeln dieses Hauses."

Folgt man Schmidt, dann liegt es am „Computer", der an sich einfache Vorgänge „undurchsichtig" macht, dann liegt's an einer „undurchsichtigen, anonymen Bürokratie und Großorganisation, ob nun im staatlichen Bereich, im wirtschaftlichen oder im privaten Bereich". Folgt man Schmidt, und das soll man ja, wird man die monatliche Lohnabrechnung nie „verstehen", und das soll man auch nicht.

Natürlich ist die Undurchsichtigkeit der Lohnzettel ein gutes Stück Schikane, die das Nachrechnen erschweren und den Arbeiter dem Kapitalisten auf guten Glauben ausliefern soll, genauso wie mancher Kapitalist das Dunkel dazu nutzt, um uns um diesen oder jenen Betrag, diese oder jene Überstunde, diesen oder jenen Zuschlag zu betrügen. Das kommt oft genug vor. Daß aber die Lohnabrechnungen so undurchsichtig sind, hat letztlich seinen Grund in der Form des Arbeitslohns selber. „Auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Lohn des Arbeiters als Preis der Arbeit, ein bestimmtes Quantum Geld, das für ein bestimmtes Quantum Arbeit gezahlt wird", schreibt Marx im Kapital I. Wie ist es denn beim Stück-

Kapital I. Wie ist es denn beim Stück-

lohn, zum Beispiel bei der Lohnabrechnung eines Werftarbeiters aus Bremen, der im Akkord arbeitet: Hier addiert sich der Bruttolohn aus 44 Beträgen,, 44 Aufträgen, die der Arbeiter im Laufe eines Monats erledigt hat und für die er, anscheinend, bezahlt wurde. Was der Arbeiter aber in Wirklichkeit bezahlt bekommt, ist nicht seine Arbeit, sondern ist der Wert seiner Arbeitskraft, die er verkauft, und die, sobald er in der Fabrik, auf der Werft, seine Arbeit beginnt, nicht mehr ihm gehört, sondern dem Kapitalisten. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft, weil sie die Eigenschaft hat, mehr Wert zu produzieren, als sie selbst kostet. Den Lohn, den der Arbeiter erhält, braucht er, um sich zu reproduzieren, seine Arbeitskraft wiederherzustellen, um sie erneut verkaufen zu können. Den Wert, den er darüberhinaus schafft, den Mehrwert, eignet sich der Kapitalist an. Einen Teil des Tages arbeitet der Arbeiter also für sich, für seine Reproduktion, den anderen Teil arbeitet er einzig für den Geldsack des Kapitalisten. Die Form des Arbeitslohnes macht dieses Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital unsichtbar, sie „löscht ... jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus". (Kapital, Bd. I) Dieses Verhältnis unsichtbar zu machen, ist das natürliche Interesse der Kapitalistenklasse. Denn hat die Arbeiterklasse den Schleier zerrissen, wird sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse schnell beenden, weil nichts diese Herrschaft mehr rechtfertigt.

Kommen wir aber zu dem Lohnzettel selbst zurück, um daran zu untersuchen, wie die Kapitalisten durch die Festlegung des Lohns die Ausbeutung der Arbeiter steigern und sie in die Verelendung treiben. Wie der bürgerliche Staat diesen Prozeß beschleunigt und die Politik der Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften der Arbeiterklasse beherrschen, sie in die aufgestellte Falle stößt. (Siehe Schaubild)

1. Unser Mann ist, wie gesagt, Arbeiter auf einer Werft, verheiratet, Frau arbeitet ebenfalls, ein Kind, für das er 50 DM Kindergeld erhält. Er arbeitet in Lohngruppe 7, Akkord. Sein Grundlohn betrug vor der letzten Lohnerhöhung 7,10 DM. Angenommen, er hätte im Januar keine Überstunden gemacht, sondern 168 Stunden normal gearbeitet, sich nicht im Akkord krumm geschuftet, sondern genau 100 Prozent des Solls geschafft, er könnte von den 906 DM netto nicht leben, geschweige denn eine Familie ernähren. Selbst wenn die Frau mitarbeitet, kann sich die Familie kaum über Wasser halten.

2. Aber er wird nach Akkord bezahlt, das heißt sein Lohn wird an das Arbeitsergebnis gebunden. Je mehr Nähte er schweißt usw., desto höher – in Grenzen natürlich – der Lohn. Er wird, er *muß* also mehr als 100 % schaffen. Er schafft unter äußerster Anspannung seiner Kräfte, durch Verzicht auf die kleinste Pause, 135 %, das heißt 35 % mehr als das, was als normal angesetzt. Dafür steigt sein Lohn auf brutto 1 610,28 DM, netto 1 171,14 DM. Es liegt auf der Hand: auch davon läßt sich keine Familie ernähren.

Lohn eines Werftarbeiters im Januar 1977

Wie der Bruttolohn zustande kommt

DM
2 100
2 000
1 900
1 800
1 700
1 600
1 500
1 400
1 300
1 200
1 100
1 000
900
800
168 Std., Normalarbeitszeit (1)
Akkord von 135 % (2)
Zulagen (3)
8 Überstunden (4)
Akkord von 135 % (5)
Zulage (6)
8 Überstunden samstags (7)
Akkord von 135 % (8)
Zulage (9)
Vermögensb. Sparzulage (10)
Lohnerhöh 6,9 % (11)
1 192,80
1 610,28
1 685,88
1 761,85
1 781,75
1 785,35
1 871,86
1 891,76
1 895,36
1 949,96
2 075,00
906
1 171,14
1 217,99
1 259,81
1 270,87
1 272,15
1 318,80
1 329,56
1 330,50
1 310,38
1 374,89
Was übrig bleibt
Nettolohn, Steuerklasse IV/1 nach Abzug der Lohnsteuern, Sozialversicherung, Vermögensbildung, zuzüglich Kindergeld

Um sich die rechte Vorstellung von dem Mehr an Kräfteverausgabung zu machen: „Normal" gearbeitet, würde er, um dasselbe Arbeitsergebnis zu bringen, nicht 168, sondern fast 227 Stunden im Monat arbeiten. Jeder Arbeiter weiß aus Erfahrung, daß ein um 29 % (nicht 35 %) höherer Nettolohn diesen zusätzlichen Kräfteverschleiß nicht ausgleichen kann. Ganz anders ist das Ergebnis auf seiten des Kapitalisten: Mit Hilfe des Akkordlohnsystems kann er die Intensität der Arbeit erhöhen. Er erhält in derselben Zeit 35 % mehr Produkte, die nicht nur den Gegenwert des zusätzlich gezahlten Lohns, sondern auch Mehrwert enthalten, den er einsteckt. Er hat die Produktion und damit zugleich die Produktion von Mehrwert steigern können. Er ist reicher geworden.

3. Wir finden im Lohnzettel den Posten Zulagen: Lärmzulagen, Schmutzzulagen usw. Das ist eine besonders große Unverschämtheit. Zig Tausende an Mark spart der Kapitalist, indem er die notwendigen Lärmschutzvorrichtungen nicht einbaut, indem er den Dreck liegen läßt, den Gestank nicht absaugt usw. Stattdessen bezahlt er dem Arbeiter ein paar Mark, die der braucht, damit er diese unerträglichen Arbeitsbedingungen hinnimmt. Nach dem Motto: für 47 DM netto im Monat kannst du lange Waschzeiten, Gehörschäden, Lungen- oder Hautkrankheiten ruhig hinnehmen.

Mit 135 % Akkord und Zulagen erhält der Arbeiter 1 217,99 DM netto im Monat.

4. Dieser Lohn zwingt ihn – ganz im Sinne der Kapitalisten – zu Überstunden. Wie die Überstunden sich für die Kapitalisten lohnen, haben wir bereits in KVZ 6/77, Seite 4 gezeigt. Die Überstunden werden besser als die Normalarbeitszeitstunden bezahlt. Aber der Lohn steigt längst nicht in der Proportion, in der die Kräfte des Arbeiters verschlissen werden. Jeder ältere Arbeiter, der viel Überstunden gearbeitet hat, wird diese Erfahrung bestätigen. Sie können nicht ersetzt werden. Was er an Lohnverbesserung zu bekommen scheint, verliert er an Lebenskraft und Lebenszeit. Dies um so mehr, als er auch während des verlängerten Arbeitstages im Akkord und unter den unterträglichen Arbeitsbedingungen schuftet. Man muß sich das vorstellen: für ganze 1,59 DM netto Zulagen acht weitere Stunden im Dreck und Lärm!

5. Mit den acht Überstunden im Monat, das ist ohnehin schon unterdurchschnittlich, ist es auch nicht getan. An einem Samstag im Monat arbeitet er acht Stunden. Der Kapitalist reibt sich die Hände. Die Maschinen stehen nicht still, und obwohl er für diese Überstunden mehr Lohn bezahlt, einen Zuschlag zwischen 25 % und 50 %, wächst der Mehrwert, den ihm die Arbeiter schaffen. Für den Arbeiter verkürzt sich die Zeit, in der er ausruhen und sich erholen kann. Je mehr und länger er seine Kräfte verausgabt, je dringender er Erholung braucht, desto weniger Zeit bleibt ihm dafür. Das verkürzte Wochenende steckt einem noch Tage danach in den Knochen, und außerdem entreißt es den Arbeiter einen weiteren Tag seiner Familie.

Im Januar 1977 hat der Werftarbeiter brutto einschließlich der „Vermögensbildung" 1 949,96 DM an Lohn erhalten. Für jeden Pfennig, um den er seinen Grundlohn auf Normalarbeitszeit erhöhen konnte, hat sich seine Arbeitsqual vergrößert. Um überhaupt leben und eine Familie ernähren, Kinder großziehen zu können, muß er seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkaufen. Der ruiniert sie. Wieviel Lebensjahre das Akkordsystem, die Überstundenschinderei, der Lärm und Gestank, in was alles der niedrige Lohn den Arbeiter hineintreibt, ihn kosten, ist kaum auszurechnen. Tatsache ist, daß die Lebenserwartung der Lohnabhängigen seit zehn Jahren gesunken ist und weiter sinkt. Die Lebenskraft des Arbeiters verwandelt sich auf dem Gegenpol, auf seiten des Kapitalisten, in immer größeren Reichtum, in neue Maschinen, mit denen er die Ausbeutung weiter steigern kann, in Lebensmittel, mit denen er neue Arbeitskraft ankaufen und seinem Kommando unterwerfen kann, in Luxus, in den er sein müßiges und überflüssiges Dasein betten kann.

Der niedrige Lohn, der den Arbeiter zu Akkord- und Überstundenarbeit zwingt und den Reichtum in den Händen des Kapitalisten wachsen läßt, ist jedoch nur die eine Seite der Falle. Auf dem Lohnzettel erscheint diese Seite als die Zusammensetzung des Lohns. Richtig zu schnappt die Falle dann auf der Seite der Abzüge. Von den 1 949,96 DM brutto blieben ihm 1 310,38 DM netto. Je mehr der Arbeiter schafft und seine Gesundheit ruiniert, um auf einen ausreichenden Lohn zu kommen, desto heftiger schlägt der bürgerliche Staat zu. Das fängt schon an bei der Einstufung in die Steuerklasse. Muß die Frau ebenfalls arbeiten, weil der Lohn nicht reicht, zahlen beide um Etliches mehr an Steuern. Ruiniert er sich in Akkord- und Überstundenarbeit, um einen höheren Lohn zu bekommen, wachsen die Steuern, die ihm der bürgerliche Staat von seinem Lohn raubt, und zwar progressiv. Seit der sozialdemokratischen Steuerreform wachsen sie immer schneller. Der Staatsapparat, den sich die Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft hält, ist teuer. Bezahlen läßt sie ihn sich durch die Lohnabhängigen, und jeder Pfennig, den sie ihnen über die Lohnsteuer abnehmen und mehr abnehmen, kommt den Ausbeutern direkt zugute.

„Die Lohn- und Gehaltserhöhungen um 6,9 Prozent sind ein Erfolg der IG Metall", versucht H. Mayr das Ergebnis zurechtzubiegen. Er versucht, die Erfahrungen der Arbeiterklasse zurechtzubiegen. Breit wurde gegen die spürbar wachsende Verelendung die Forderung nach 170 DM mehr für alle erhoben. Die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaft der Metaller beherrschen, haben die Kraftentfaltung der Arbeiter unterdrückt und sie um eine auch nur annähernd ausreichende Lohnerhöhung betrogen. Das Ergebnis der 6,9 % haben wir in der Rechnung dargestellt. Von der Bruttolohnerhöhung von 125 DM bleiben dem Werftarbeiter netto 64,43 DM. Allein 39,50 DM werden ihm durch die Lohnsteuer geraubt: 31,6 % der Erhöhung. Den letzten ihm verbleibenden Betrag zu beseitigen, hat sich der bürgerliche Staat, und mit besonderem Eifer die Sozialdemokraten in der Bundesregierung, den Ländern und Gemeinden, schon ans Werk gemacht.

In Bremen wurden die Fahrpreise erhöht. Zusammen mit den Preiserhöhungen bei Strom, Gas, Wasser, den verschiedensten Gebührenerhöhungen, kostet ihn das rund 30 DM im Monat. Die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer Anfang des Jahres rauben ihm zirka 10 DM im Monat. Bleiben rund 24 DM. Trifft ihn dann noch eine „maßvolle" Erhöhung der Sozialmieten von sagen wir 30 DM, ist die Lohnerhöhung bereits weg. Die Teuerung bei den Lebensmitteln und der Kleidung, die wachsenden Ausgaben für die Lernmittel seines Kindes, wovon soll er sie bezahlen? Er wird, er *muß* länger arbeiten oder schneller arbeiten, ja, beides. Mit jedem Pfennigbetrag, den er so herausholt, steigt nicht nur sein Nettolohn. Der am allerwenigsten. Was wirklich steigt, ist der Mehrwert, den er dem Kapitalisten produziert. Und die Steuerlast.

Wir schätzen – genau läßt es sich noch nicht ausrechnen –, daß bis in den Monaten Juni/Juli die Metallarbeiterhaushalte von der „Lohnerhöhung" selbst gegenüber dem letztvergangenen Dezember gerechnet, keinen Pfennig mehr haben werden. Bei manchen tritt das früher ein, bei manchen später. Aber für die große Masse wird der Ausgleich, den die 64,45 DM netto zuerst gegenüber Dezember bedeuten, in diesen Sommermonaten, nach der Hälfte der Laufzeit des Tarifvertrages, fort sein.

Jede weitere Erhöhung der Preise, Steuern, städtischen Abgaben, Versicherungsbeiträge wird ab dann viel-

cherungsbeiträge wird ab dann viel-

leicht nicht dem Werftkapitalisten unmittelbar, aber der Kapitalistenklasse als ganze positiv zu Buche schlagen.

Kann gegen das Wirken dieser ökonomischen Hebel und politischen Räubereien der entschiedene Lohnkampf allein etwas helfen? Der Lohnkampf bildet die Grundlage jeder Gegenwehr, aber um das Vampirsystem der Arbeiterberaubung besser zu verstehen, ein Wort zur Mehrwertsteuererhöhung:

Angeblich soll die geplante Mehrwertsteuererhöhung den Arbeiterhaushalt mit 30 DM belasten. Es liegt auf der Hand nach dem vorhin Gesagten, daß der Arbeiterhaushalt diese 30 DM nicht entbehren kann.

Was geschieht nun, wenn der Arbeiter versucht, diese erforderlichen 30 DM durch höheren Akkord sich zu verschaffen?

30 DM machen vom Nettolohn in unserem Beispiel 2,2 % aus. Die indirekte Steuer geht an den bürgerlichen Staat, also in Besitz der Kapitalistenklasse. Um diese Zahlung an die Kapitalistenklasse machen zu können, muß der Arbeiter dem speziellen Kapitalisten, der ihn ausbeutet, einen höheren Mehrwert produzieren, das System wirkt doppelt.

Doppelt? Es wirkt *dreifach*. Eine Nettolohnerhöhung von 2,2 % ist durch eine Akkordsteigerung von 2,2 % nicht zu erzielen. Es gibt ja die Steuerprogression. Um eine Nettolohnerhöhung von 30 DM gleich 2,2 % zu kriegen, muß der Arbeiter einen um 50 DM höheren Bruttolohn bekommen, auf einen Akkord von 138,4 % kommen.

Weil die Kapitalistenklasse sich sein Geld in Gestalt von Mehrwertsteuer unter den Nagel reißt, muß der Arbeiter überproportional Mehrwert für seinen speziellen Ausbeuter schaffen. Warum? *Weil* per Lohnsteuer er außerdem noch genötigt wird, den Reichtum der Kapitalistenklasse unter der Rubrik Einkünfte aus Lohnsteuer zu vergrößern.

Es ist ein wahres Vampirsystem, was sich da in Wirkung zeigt. Es ist nicht leicht zu durchschauen. Deswegen steckt darin auch die Gefahr der Spaltung. Das wiederum schwächt die Front im Lohnkampf. Ohne politische Forderungen gegen dieses Blutsaugersystem ist kein Vorankommen mehr. Der Steuerfreibetrag muß rauf auf 1 500 DM. Die indirekten Steuern müssen weg. Die Versicherungen müssen die Kapitalisten ganz zahlen. Das Akkordsystem muß verboten werden und die Überstunden auch. Der Zeitpunkt ist gekommen, an dem weiteres Zaudern vor der Erhebung der notwendigen politischen Forderungen

wendigen politischen Forderungen

nicht nur das Vorankommen der Arbeiterklasse in Richtung auf ihre Befreiung aufhält, sondern die Kraft der Arbeiterklasse schwächt und sie zurückwirft. – (cs/hj)

Wie der Bruttolohn entsteht

Tarifstundenlohn	7,10 / Std. (vor Lohnerhöhung)	7,59 / Std. (nach Lohnerhöhung 6,9 %)
168 Std. Normalarbeitszeit	*1 685,88 DM*	*1 797,01 DM*
Normalarbeitslohn	1 192,80 DM	1 275,12 DM
Akkordüberschuß	417,48 DM	446,29 DM
Zulagen	75,60 DM	75,60 DM
8 Überstunden an Arbeitstagen	*99,47 DM*	*106,06 DM*
Normalarbeitslohn	56,80 DM	60,72 DM
Akkordüberschuß	19,90 DM	21,25 DM
Zulagen	3,60 DM	3,60 DM
Überstundenzuschläge	19,17 DM	20,49 DM
8 Überstunden an arbeitsfreien Tagen	*110,01 DM*	*117,33 DM*
Normalarbeitslohn	56,80 DM	60,72 DM
Akkordüberschuß	19,90 DM	21,25 DM
Zulagen	3,60 DM	3,60 DM
Überstundenzuschlag	29,71 DM	31,76 DM
Summe	*1895,36 DM*	*2 020,40 DM*
plus Vermögensbildung	39,00 DM	39,00 DM
plus Arbeitnehmersparzulage (1)	15,60 DM	15,60 DM
Gesamt:	*1 949,96 DM*	*2 075,00 DM*

Abzüge vom Lohn

Verheiratet, ein Kind, beide arbeiten, beide in Steuerklasse IV

Lohn	*1 949,96 DM*	*2 075,00 DM*
(lohnsteuerpflichtig)	*(1 934,36 DM)*	*(2 059,40 DM)*
minus Lohnsteuer	319,20 DM	358,70 DM
minus Vermögensbildung u.a.	57,00 DM	57,00 DM
minus Rentenversicherung	174,09 DM	185,35 DM
minus Krankenversicherung	110,19 DM	118,17 DM
minus Arbeitslosenversicherung	29,02 DM	30,89 DM
plus Kindergeld	50,00 DM	50,00 DM
ergibt:	*1 310,46 DM*	*1 374,89 DM*

(1) Die Arbeitnehmersparzulage ist nicht abzugspflichtig, sondern muß hinterher auf den Nettolohn addiert werden.

VW Wolfsburg

Industrieroboter: Extraprofite durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit

Wolfsburg. In den gegenwärtigen Konkurrenzschlachten zwischen den Automobilmonopolen werden alle Möglichkeiten von den Kapitalisten ausgeschöpft, um Extraprofite zu erlangen und die Konkurrenz, wenn auch nur für kurze Zeit, zu übervorteilen.

Die Hauptkonkurrenten in der Entwicklung von Industrierobotern sind VW und FIAT. Beide Monopole liefern sich einen erbitterten Konkurrenzkampf auf dem europäischen Automobilmarkt.

In beiden Konzernen werden Industrieroboter zu den verschiedensten Tätigkeiten eingesetzt. Bei VW wird dies als „Humanisierung der Arbeitswelt" angepriesen. Diese Roboter sind maschinelle Vorrichtungen, die auf mehreren Achsen gelagert sind, mit Zangen, Werkzeugen oder Greifern ausgerüstet werden können und deren Schaltanlagen per Kleincomputer auf die universellsten Tätigkeiten programmierbar sind.

Diese vielfältige Einsatzmöglichkeit ist für die Kapitalisten die Triebfeder zu breit angelegten Rationalisierungmaßnahmen. In der Halle 16 sind die verschiedenartigen Roboter und Teilelemente im Dauertest. An Passat, Audi und an der neuen Derby-Straße sind Roboter bereits seit langer Zeit im Einsatz oder werden eingerichtet. Schwierigkeiten, berichteten die Arbeiter, liegen nicht mehr am System, sondern im wesentlichen daran, die Mechanik auf schnelle, abrupt abstoppende und exakt auf Stellung stehende Bewegungen zu bringen.

Ersetzen sollen diese Roboter die menschliche Arbeitskraft, indem die Arbeitsgänge von Robotern übernommen werden sollen. Ersetzen sollen sie auch die Einrichter, Schlosser und Elektriker zum Umbau der Straßen auf die verschiedensten Autotypen. Die Elektriker berichten, daß sie jetzt nur Schaltplatten auswechseln, um die ganzen Anlagen umzurüsten auf die verschiedensten Ausführungen. Arbeiter der Wartung berichten, daß, wenn die Straße in einer Schicht läuft, in der anderen Schicht unter ungeheurem Zeitdruck die komplizierten Anlagen überprüft werden müssen, was ganz schön an den Nerven zerrt, weil der kleinste falsche Handgriff in einer Schaltanlage zum Beispiel zum „Verrücktspielen" der ganzen Schweißstraße führen kann!



In der Gießerei werden beim Umsetzen der Kurbelwellen, die 15 Kilo wiegen, Roboter benutzt. Erreicht worden ist die Entfernung des Arbeiters, dessen Arbeit wegen der Schwere der Teile (er hob pro Schicht 18 Tonnen) kaum noch in ihrer Intensität gesteigert werden konnte. Ca. 120 000 DM kostet der Einsatz der Roboter. Die Reparaturkosten sollen ca. 5 bis 10 % im Jahr betragen. Nach zweieinhalb bis vier Jahren im Einsatz sollen die Kapitalinvestitionen wieder herausgeholt sein. VW will diese Zeit auf ein Jahr drücken.

Für 1973 errechneten Betriebswirtschaftler der Kapitalisten, daß ein Roboter der damaligen Generation, bei einer Amortisationszeit von 2,1 Jahren im Zweischichtbetrieb eingesetzt, bei einem Kostenpreis von 90 000 DM jährlich 60 000 DM Lohnkosten einsparen würde.

Was die Bourgeoisie als Humanisierung der Arbeitswelt verkauft und für dessen Entwicklung sie aus Steuergeldern gefüttert wird, sind nicht anderes als Mittel der Überflüssigmachung und Intensivierung menschlicher Arbeitskraft. – (wk)

Hamburg. Am Freitag, den 4.3., legten die Arbeiter des Werkes Still-Jarresstraße die Arbeit ab Mittag nieder. Sie forderten: Veröffentlichung der Pläne über die Verlegung des Werkes in die Berzeliusstraße.

Die Kapitalisten planen, die Werke Jarresstraße und Berzeliusstraße zusammenzulegen. Sie wollen ein großes Werk haben mit erhöhter Produktivität. Bei gleicher Anzahl der Arbeiter soll so die Staplerproduktion um das Doppelte erhöht werden. Die genauen Pläne werden von der Geschäftsleitung geheimgehalten, wie auch die Termine. Gesagt wird nur: Keiner wird entlassen, vielleicht werden sogar welche eingestellt.

Die Arbeiter wissen, das Gegenteil wird der Fall sein. An die hundert Arbeiter werden entlassen werden. Bei dem Rest der Arbeiter wird versucht werden, die Ausbeutung zu erhöhen und mit Lohnrückstufungen den Lohn zu senken. Darum organisieren sie den Kampf. Vor zwei Monaten haben sie eine von der Gewerkschaftsführung einberufene außerordentliche Betriebsversammlung boykottiert, weil sie kein Gerede hören wollten, sondern Fakten wissen wollten.

Nach dem Streik am Freitag hat die Geschäftsleitung sich noch nicht geäußert, aber die Meister wurden am Montag zu einer Versammlung gerufen.

Nordenham. Vor 15 Monaten lag ich mit einer Arbeiterin von Felten und Guilleaume im Krankenhaus. Sie hatte schon lange starke Schmerzen im Unterleib und wurde zunächst tagelang in der Gynäkologie untersucht. Nachdem sie nächtelang vor Schmerzen kaum hatte schlafen können, fand man in der Chirurgie dann heraus, daß sie einen tieferliegenden Bruch hatte. Das war eindeutig hervorgerufen durch die Arbeitshetze im Betrieb. Sie ist in der Ankerwickelei beschäftigt, wo teilweise sehr schwere Teile zu heben sind. „Eigentlich sollen das die Arbeiter machen, aber im Akkord, wenn man unter Druck steht, dann greift man eben selbst zu!" Bis heute hat sie an der Stelle Schmerzen, obwohl sie operiert wurde. Einer jugoslawischen Arbeiterin ist es ebenso gegangen in ihrer Abteilung.

„Eigentlich sollen das die Arbeiter machen, aber im Akkord, wenn man unter Druck steht, dann greift man eben selbst zu!" Bis heute hat sie an der Stelle Schmerzen, obwohl sie operiert wurde. Einer jugoslawischen Arbeiterin ist es ebenso gegangen in ihrer Abteilung.

Siemens Westberlin

Neue Arbeitsplätze für „ein fache Arbeit"

Westberlin. Im Hausgerätewerk in Gartenfeld baut Siemens ein neues ... von man mindestens Nasenjucken kriegt, daß die Abstände zwischen den ... Familie mit Kindern sind das rund 1 350 DM im Monat, einschließlich ... hat der Betriebsrat Sonderschichten ablehnen müssen. Die Firma hat falsch

Siemens Westberlin

Neue Arbeitsplätze für „ein fache Arbeit"

Westberlin. Im Hausgerätewerk in Gartenfeld baut Siemens ein neues Band für die Fertigung von Waschmaschinen auf. Ab Mitte März soll die Produktion anlaufen und möglichst schnell auf 195 Stück gesteigert werden. Ungefähr 60 neue Arbeitsplätze entstehen. Jubel über diese „berlinfreundliche" Tat stellt sich bei den Arbeitern nicht ein. Teilweise sind sie Facharbeiter, die durch die Umstrukturierungen der letzten Jahre, zum Beispiel von der Feinmechanik zur Elektronik, oder auch einfach nur wegen der hohen Arbeitslosigkeit jetzt ans Band müssen. „Hat ja doch keinen Zweck, länger zuhause rumzusitzen, findest ja doch nichts Besseres!", meinen die meisten. In den Anzeigen in der „Berliner Zeitung" heißt es: „In modernen Montageabteilungen ..." – Typisch für die Montagehalle ist, daß sie mit Kunstlicht erhellt wird, daß die Luft voller feinem Metallstaub ist, wovon man mindestens Nasenjucken kriegt, daß die Abstände zwischen den Hochregalen so niedrig sind, daß die Stapelfahrer kaum Manövrierplatz haben. Jede Unachtsamkeit eines Fußgängers kann tödlich enden, weil kaum Platz zum Ausweichen ist.

„... erwarten Sie neue und interessante Arbeitsplätze" – neu ist an den Arbeitsplätzen, daß sie an Fix-Vario-Bändern sind. Die Umstellung von der Produktion eines Waschmaschinentyps auf einen neuen geht besonders schnell, so daß Pausen, die früher angefallen sind, wegfallen. Interessant sind die Arbeitsplätze für „Mitarbeiter, denen eine einfache, aus wenigen Handgriffen bestehende Arbeit mehr als eine komplizierte Tätigkeit liegt."

„... mit guten Verdienstmöglichkeiten" – Die guten Verdienstmöglichkeiten ergeben sich aus Lohngruppe III und 127 % Akkord, das macht 8,93 DM die Stunde. Für die Familie mit Kindern sind das rund 1 350 DM im Monat, einschließlich der 6,9 %, die uns die Sozialdemokraten aus der Gewerkschaftsführung eingebrockt haben. Diese 8,93 DM werden für harte Arbeit bezahlt. Wer nicht mitkommt, arbeitet erst mal zwei Wochen für 7,03 DM als Anlernling und wird dann rausgeschmissen. Ein gutes halbes Jahr nach der Erhöhung des Akkords von 310 auf 365 Stück an den anderen Bändern liegt der Krankenstand bei 15 %, Kreislauferkrankungen sind Folgeerscheinungen, die gar nicht ausbleiben können bei diesem Arbeitstempo. Ein guter Teil der Arbeiter wagt nicht, sich krankschreiben zu lassen. Drastisch erhöht hat sich der Krankenstand besonders seit Januar, seitdem alle zwei Wochen am Samstag Sonderschichten gefahren werden. Die Wut über die Sonderschichten ist so groß, daß rund ein Viertel einfach zu ihnen nicht erscheinen. Am Band 31 hat der Betriebsrat Sonderschichten ablehnen müssen. Die Firma hat falsch kalkuliert mit den Vorräten, und die Arbeiter sollten das ausbügeln. Aber Siemens möchte noch mehr. Solange das neue Band noch nicht eingefahren ist, sollen die Arbeiter keinen Akkord bezahlt kriegen, sondern genau Tarif 7,03 DM.

Unter der Forderung „Bezahlung von 8,93 DM auch während der Einarbeitung!" müssen die Kollegen sich zusammenschließen. Daß die Arbeiter auf Zusammenschluß drängen, sieht man daran, daß allein seit Anfang des Jahres über 70 Arbeiter in die Gewerkschaft eingetreten sind. Bestimmt sind sie nicht eingetreten, um sich kampflos den Lohn rauben zu lassen und um sich auspressen zu lassen, daß sie nach Jahren kaputt sind. – (ck, Zelle Siemens Westberlin)

Die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz ist im letzten Jahr um 4,6 Prozent gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitsunfälle stieg um 64 802 auf 1 471 800 an. Das Kapitalistenblatt „Handelsblatt" sieht „die bessere konjunkturelle Entwicklung im vergangenen Jahr" als Ursache an. Wenn man jedoch die Profitsteigerung bei Opel, die 439 Prozent ausmacht, ansieht, weiß man, daß die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter die Zahl der Unfälle hat in die Höhe schnellen lassen.

Ehrenberg geht ans Gebiß

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will jetzt dem Angriff auf den Lohn und der zwangsläufigen Senkung des Lebensmitteletats der Volksmassen den Entzug von Hilfsmitteln zum Verzehr von Lebensmitteln, Zahnersatz und Zahnprothesen folgen lassen. Der Minister Ehrenberg hat zur „Rentensanierung" und zur „Gesundung des Gesundheitswesen" ein „Kostendämpfungsgesetz" entworfen. Es handelt sich um ein Gesetz, das die Raubzüge des Finanzkapitals auf die Versicherungsgelder der Lohnabhängigen noch lohnender machen soll. Die Bundesregierung hat bereits zugestimmt. Zu den Zahlungen der Krankenkassen aus den Geldern der Versicherten für deren Zahnersatz heißt es: „Die Zuschüsse dürfen achtzig von Hundert nicht übersteigen. Hätte der Versicherte mehr als 500 Mark zu zahlen, übernimmt die Kasse auch den überschießenden Betrag." Bisher war nicht gesetzlich, sondern nur in den Satzungen der Krankenkassen festgelegt, wieviel diese den Versicherten zusätzlich zu den Beiträgen im Fall von nötigem Zahnersatz abnahmen. Im Gesamtdurchschnitt war es der Bourgeoisie bereits gelungen, dies auf 18 % zu steigern, die Zahlung der Krankenkassen also auf 82 % zu senken, bei den Ortskrankenkassen auf 85 %. Mehrere Orts- und Betriebskrankenkassen zahlen noch 90 oder 100 %. Die Regierung setzt darauf, daß man diese 2 oder 5 % für eine Kleinigkeit hält und dem Minister Ehrenberg glaubt, der die 500-Mark-Regelung zur „sozialen Komponente" erklärte.

4 Milliarden an Kosten für Zahnersatz entstehen jährlich, verursacht vor allem durch die zwangsläufig schlechte und einseitige Ernährung des Lohnarbeiters. 2 % von dieser Gesamtsumme sind *80 Millionen*, die jetzt die Arbeiter und Angestellten aus Lohngeldern zusätzlich zahlen sollen. Für den einzelnen macht das zwischen 10 und 100 % Mehrausgaben aus. Wer in Baden-Württemberg z.B., wo viele Ortskrankenkassen noch 90 % zahlen, eine Metallprothese braucht, zahlt statt 150 jetzt 300 Mark. Und auch die „soziale Komponente", die 500-Mark-Regelung, verfolgt alles andere als soziale Zwecke: Gerade drei Prozent macht die Zahl derjenigen aus, deren Zahnersatz über 2 500 Mark kostet, wo also die Kasse über 80 % zahlen müßte. Und die Regelung im Gesetz soll dazu dienen, es nicht mehr werden zu lassen, es „darf" die Begrenzung des Eigenanteils nicht dazu führen, daß eine besonders aufwendige Form des Zahnersatzes gewählt wird", heißt es in der Gesetzesbegründung. Zur Begründung des ganzen heißt es: „Durch die gesetzliche Regelung des Höchstzuschusses sollen die Aufwendungen für Leistungen generell auf ein finanziell vertretbares Maß zurückgeführt werden."

Krise VFW-Fokker-Konzern

Sozialdemokraten betreiben Schaffung eines westdeutschen Flugzeugbaumonopols

„VFW-Betriebsräte schlagen Alarm" – unter solchen Überschriften berichtete die bürgerliche Presse über die Lage desVFW-(Vereinigte Flugtechnische Werke) Fokker Konzerns Die VFW-Kapitalisten sorgen sich: Mit den Düsenverkehrsflugzeugen VFW 614 und Airbus A 300 haben sie Absatzschwierigkeiten, die VFW 614-Produktion mußte auf acht Maschinen pro Jahr zurückgesteckt, das Airbus-Produktionsprogramm sogar auf eine Maschine pro Monat halbiert werden, nachdem Versuche, auf den amerikanischen Markt vorzustoßen, gescheitert sind. Die Kapazitäten sind nicht ausgelastet, Aufträge fehlen, die Profitproduktion ist ins Stocken geraten.

Im Flugzeugbau herrscht ein scharfer Konkurrenzkampf. Die US-Konzerne beherrschen 92 % des Marktes der westlichen Welt. Zwischen den westdeutschen Konzernen geht es um die Vorherrschaft in der BRD: Der Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Konzern (MBB), an dem Siemens, Thyssen und die französische staatliche Aerospatiale über eine gemeinsame Beteiligungsgesellschaft das größte Aktienpaket halten, gefolgt von der Hamburger Kapitalistenfamilie Blohm, dem Freistaat Bayern und seit letztem Jahr dem Land Hamburg auf der einen Seite, mit der Friedrich Krupp GmbH als größtem Aktionär auf der anderen Seite. Die Rivalität innerhalb der 1969 zu 50 % aus VFW und Fokker gebildeten deutsch-niederländischen VFW-Fokker-Gesellschaft bricht jetzt stärker hervor. Fokker verkauft jetzt weiterhin gut die Modelle F27/F28, die mit der VFW 614 konkurrieren. Die Produktionskapazitäten in den Niederlanden sind ausgelastet. Das erbost begreiflicherweise die Kapitalisten des westdeutschen Konzernteils.

In dieser Situation traten die Sozialdemokraten im Gesamtbetriebsrat der VFW-Fokker-Werke in Bremen hervor. In einem „Strategie-Papier" an Bundeskanzler, Regierungen und Abgeordnete schlagen sie „aus Sorge um die sich stetig verschlechternde Lage des Unternehmens und damit aus Sorge um rund 10 000 Arbeitsplätze" (Weser-Kurier) die Bildung zweier westdeutscher Monopolgruppen im Norden (Bremen) und Süden (München, Sitz der MBB) mit staatlicher Beteiligung von 25,1 % (Sperrminorität) vor. Zugleich fordern sie die verstärkte Vergabe von staatlichen Aufträgen für Rüstungsproduktion, Wartung von Militärmaschinen und Forschungsprojekte anstelle der bisher geübten „Bevorzugung des Südens". (MBB, Dornier) Vor allem fordern die sozialdemokratischen Betriebsräte, daß die Bundesregierung sich für die Interessen der VFW-Kapitalisten ins Zeug legt, um durch „direkte politische Unterstützung ... den US-Markt unbedingt für den Airbus und die VFW 614 zu öffnen", der bisher durch „diskriminierende Methoden" und Protektionsmaßnahmen erfolgreich für VFW gesperrt worden sei. (Weserkurier). „Unmißverständlich" soll die Regierung den US-Imperialisten mit dem Handelskrieg drohen.

Der Bremer Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bezirksvorsitzende der IG Druck und Papier Grobecker greift die niederländischen „Partner" an, weil sie sich nicht genügend für den Absatz der VFW 614 einsetzen: „Wenn die Holländer sich nicht bemühen, ihre Geschäftspraxis zu ändern", d.h. weiterhin nur für ihren eigenen Vorteil arbeiten und dem westdeutschen Kapital die Führung verwehren, droht er, könnte die Bundesregierung dafür sorgen, daß Fokker eines Tages „vor der Tür steht", was einen westdeutschen Monopolkonzern bedeutet.

Mit sozialchauvinistischer Propaganda wollen die Sozialdemokraten die Arbeiter der deutschen gegen die der niederländischen Werke ausspielen, den „Süden", die MBB und Dornier-Arbeiter, gegen den Norden, VFW, usw. und die Konkurrenz der Flugzeugbaukapitalisten dazu benutzen, die Konkurrenz unter den Arbeitern der verschiedenen Werke und Länder zu schüren, um den Plänen des westdeutschen Finanzkapitals für die Flugzeugbau- und Raumfahrtindustrie den Boden zu bereiten. Der direkte Einsatz des bürgerlichen Staates für die Profitinteressen des Finanzkapitals wird als „Arbeitsplatzsicherung" im „Gemeininteresse" dargestellt.

Das westdeutsche Finanzkapital strebt im Flugzeugbau nach Expansion auf den Weltmarkt. Dabei stößt es auf Schwierigkeiten: Die westdeutschen Flugzeugbaukonzerne sind nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg nur mühsam wieder aufgebaut worden, und die imperialistische Konkurrenz ist stark. Konzentration und Zentralisation des Kapitals und Schaffung von Konzernen, die sich gegenüber der ausländischen Konkurrenz durchsetzen können, ist eine Voraussetzung für die Expansion. Staatliche Beteiligungen an den westdeutschen Flugzeugbaukonzernen kann da das nötige „Risikokapital" aus Steuergeldern bereitstellen. Gleichzeitig wird so der Staatsapparat noch direkter eingesetzt, um durch Staatsaufträge oder politische Intervention die Profite zu sichern und Breschen für die Expansion zu schlagen.

Die Schaffung einer schlagkräftigen eigenen Flugzeug- und Raumfahrtindustrie liegt im Interesse der gesamten westdeutschen Monopolbourgeoisie, denn der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung des Handelskriegs und wird dementsprechend vorbereitet.

Die Sozialdemokraten bereiten mit Sozialchauvinismus den Angriff auf die VFW-Belegschaft vor. Kurzarbeit in den VFW-Betrieben im März ist bereits beschlossen. Entlassungen werden sicher noch folgen. Durch neue Maschinen wie z.B. im Werk Einswarden (Nordenham) die Nietenpresse, numerisch gesteuerte Bohrmaschinen oder Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in der Verwaltung werden Arbeiter und Angestellte überflüssig gemacht und der Arbeitstag verdichtet. Durch die Kurzarbeit soll die Ausbeutung noch weiter verschärft werden. Die Arbeiter in der Halle 102 in Einswarden z.B. produzierten noch vor eineinhalb Jahren ein Rumpfteil des Airbus im Monat, heute zwei. Während der Kurzarbeit sollen drei Teile in zwei Monaten produziert werden (Spiegel 9/77), d.h., nur 25 % weniger bei um 40 % verringerter Arbeitszeit.

Die Arbeiter wehren sich gegen die steigende Ausbeutung. Im Werk Einswarden z.B. wurde im letzten Jahr zum ersten Mal seit Jahren gestreikt. Die Arbeiter der Kleberei erzwangen einen Frühstücksraum, weil sie nicht zwischen giftigen Materialien frühstücken wollten. Zu der von den sozialdemokratischen Betriebsräten vorgeschlagenen Staatsbeteiligung wird gesagt: Das bringt uns doch nichts, VW ist da ein Beispiel: Entlassungen, Sonderschichten, Verlagerung der Produktion ins Ausland – so sieht es dort aus. – (os)

Gewerkschaftstage der IG Metall und der IG Druck

Der Vorstand der **IG Metall** ruft den **12. ordentlichen Gewerkschaftstag** für den 18. bis 24. September 1977 in Düsseldorf ein. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Vorstandes, der Revisionsbericht sowie Beratung der zu diesen Berichten gestellten Anträge. Eugen Loderer wird ein „Grundsatzreferat" über „Internationale Solidarität – gemeinsam für Vollbesschäftigung, Mitbestimmung und soziale Demokratie" halten. Für die Verwaltungsstellen ist der letzte Einreichungstermin für Anträge der 31. Mai 1977. Die Wahl der Delegierten erfolgt in geheimer Abstimmung in den Vertreterversammlungen. Die Wahl muß bis zum 31. Mai 1977 durchgeführt sein. Als Delegiertenschlüssel hat der Vorstand festgelegt: Bezirk Essen 78 Delegierte, Bezirk Frankfurt 77, Bezirk Hagen 48, Bezirk Hamburg 45, Bezirk Hannover 47, Bezirk Köln 37, Bezirk München 69, Bezirk Münster 25, Bezirk Stuttgart 109 und Verwaltungsstelle Berlin 11 Delegierte.

Bereits am 10. und 11. März findet in Böblingen die **9. Angestelltenkonferenz** der IG Metall statt. Der Vorstand hat ihr das Motto gegeben: „Die Arbeitswelt menschlich machen".

Die **Jugendkonferenz der IG Metall** findet am 12. bis 15. Mai 1977 in Nürnberg statt. (Alle Angaben nach: Metall Nr. 5/1977)

Vor dem 15. Juni 1977 müssen die Delegierten für den **11. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier** gewählt werden. Die Delegierten werden in den Landesbezirken gewählt. Die Landesbezirksvorstände legen die Termine der Wahlen fest. Der entsprechende Beschluß des Hauptvorstandes ist in der „druck und papier" vom 31. Januar veröffentlicht.

Der **Landesbezirkstag Niedersachsen** der IG Druck und Papier findet am 14./15. Mai in Hannover statt. Anträge der Ortsvereine und Bezirke müssen bis spätestens 15. April 1977 beim Landesbezirksvorstand eingegangen sein.

Im Kampf für die Durchsetzung der Festgeldforderung wird die Rationalisierung angegriffen

Unterschriftensammlung in der IG-Druck und Papier Osnabrück

Osnabrück. In der vorletzten Woche hat die Tarifkommission der IG Druck und Papier schnell die 9 %-Forderung beschlossen. In der letzten KVZ haben wir geschrieben, daß das nicht von den Arbeitern hingenommen wird.

Am Freitag, dem 25.2., stand die Meldung über die aufgestellte Forderung in der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Kaum hatten das einige Arbeiter bei Fromm gelesen, begannen die heftigen Debatten. „So eine Sauerei, heimlich, still und leise beschließen die eine Forderung, und das müssen wir auch noch aus der Zeitung erfahren." „Das mit der Eröffnung der Diskussion in der Zeitung ‚Druck und Papier' war bestimmt ein Manöver, um uns diskutieren zu lassen, ob Prozente oder Festgeld, damit die die Situation nutzen, um schnell zu beschließen." „Von dem Mahlein sind wir solche Sachen ja schon aus dem letzten Jahr gewohnt, mit der Sechs vor dem Komma."Schon mittags wurde ein Brief aufgesetzt, der an die Tarifkommission, den Hauptvorstand und zur Veröffentlichung im Zentralorgan gehen sollte. Bis zum Nachmittag waren schon über 15 Unterschriften zusammen.

Die Resolution richtete sich gegen die 9 %-Forderung, weil sie Spaltung und Lohnraub bedeutet. Demgegenüber wurde in der Resolution festgehalten an der Forderung 150 DM mindestens mehr für alle gleich, Abschaffung der Staffelung der Gehilfenjahre, Abschaffung der untersten Lohngruppen. Diese Forderungen waren auf der Ortsvereinsversammlung beschlossen worden. In der Resolution wurde der Zusammenhang zwischen dem Lohnkampf und den Maßnahmen der Kapitalisten mit der Rationalisierung aufgezeigt. Gefordert wurde ausdrücklich, die 9 % müssen umgeworfen werden, neue Beschlußfassung, Festgeldforderung von mindestens 150 DM muß beschlossen werden.

Auf Initiative einiger Arbeiter wurde dann noch unter die Resolution ein Zusatz gemacht, der den Hauptvorstand auffordert, alles dafür zu tun, die Rationalisierung durch Einführung von Fotosatz zu verhindern.

Auf der Betriebsversammlung bei Fromm, die zwei Tage nach der Ortsvereinsversammlung, wo die 150 DM beschlossen worden sind, stattfand, wurde der Kapitalist Fromm angegriffen. Er war persönlich anwesend. Die Einführung des Fotosatzes wurde als Maßnahme der Rationalisierung angegriffen, daß es ihm ja gerade darum ginge, auf Kosten der Arbeiter die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen, um Profit einzustreichen. Ein Arbeiter sagte sinngemäß: „Tatsache ist doch, daß nur wir unseren Arbeitsplatz verlieren, Sie doch nicht. Das Risiko tragen wir, nicht Sie! Ihnen geht es nur um den Profit!" Ein Arbeiter: „Jetzt wird Fotosatz eingeführt. Das soll zu Entlassungen führen, aber jeder weiß auch, daß in einiger Zeit die beiden großen Betriebe Fromm und M & E zusammengelegt werden sollen, und dann kommt wohl der nächste große Schlag gegen uns Arbeiter."

Immer mehr wurde diskutiert, wie kann man die Rationalisierungen zurückschlagen. Auf der Ebene der ganzen Branche ist das klar, der 7-Stundentag steht im Mittelpunkt der Diskussion gegen die Verschärfung der Arbeitshetze und Auspressung von Mehrarbeit. Wie man sie aber bei Fromm zurückschlägt, da gibt es noch nicht Klarheit. An dieser Front muß gearbeitet werden! Vorgeschlagen wurde schon ein Seminar der Gewerkschaft, wo man die Schritte von Seiten der Arbeiter diskutiert und festlegen kann.

Aber all diese Auseinandersetzungen in den letzten Wochen haben schon dazu beigetragen, die Aktionen der Druckarbeiter zu beflügeln. War die Resolution erst von einzelnen Arbeitern gefaßt worden, so hat sie jetzt der Ortsverein Osnabrück der IG DruPa übernommen. Sie hat sich ausgedehnt in den anderen großen Betrieben am Ort, M & E. Insgesamt sind es wohl so um die 50 Unterschriften geworden. Die Resolution wurde am Freitag abgeschickt.

In der Entfaltung des Tarifkampfes durch Umwerfung der Spalterforderung wird man voranschreiten gegen Lohnraub und kapitalistische Rationalisierung. Dabei wird man sich auf die eigene Kraft stützen, wie sie die Druckarbeiter im Streik des letzten Jahres bewiesen haben! – (ma, Osnabrück)

„Die 175-DM-Forderung, Herr Hauenschild, ist das mindeste, was wir brauchen

IG-Chemie-Delegiertenversammlung der Vertrauensleute Bremen /westliches Niedersachsen

Bremen. Am 24.2. hat die Delegiertenversammlung der Vertrauensleute der chemischen Industrie für den Bereich Bremen und einen Teil von Niedersachsen für die Tarifrunde die Forderung von 173 DM aufgestellt.

Am 4. März kam der Vorsitzende der IG Chemie, Hauenschild, nach Bremen geeilt, um diese Forderung zu Fall zu bringen. Auf einer Funktionärsversammlung der Verwaltungsstelle Bremen versuchte er, die Arbeiter auf die Interessen der Kapitalisten festzulegen. Er sprach über die Themen Lohn, Arbeitslosigkeit und Kernenergie.

Die 173 DM Forderung versuchte er gleich vom Tisch zu wischen: Es sei eine viel zu „abstrakte Forderung" und außerdem eine „KBW-Forderung". Es sei merkwürdig, aber von Nordenham bis Freiburg würden Vertrauensleutekonferenzen über diese Forderung diskutieren. Hauenschild: „Da muß doch einer dran gedreht haben." Es komme außerdem nicht darauf an, was die Arbeiter bräuchten oder was gerecht sei, sondern ob die Arbeiter in der chemischen Industrie bereit seien, dies gegen den Willen der Arbeitnehmer durchzusetzen. Dies bezweifle er aber. Nur des Prinzips wegen könnte man auch nicht streiken. Außerdem seien viele Kollegen bestimmt für eine Prozentforderung.

Zum Thema Arbeitslosigkeit äußerte er: Das sei zwar zu bedauern, aber so schlimm sei es ja auch wieder nicht: Erstens habe die BRD noch „eine gute Stellung im internationalen Konkurrenzkampf, und es sei auch in den nächsten zehn Jahren keine Reduzierung des Lebensstandards zu erwarten. Dies gelte auch – dank der positiven Rentenpolitik – für die Rentner. Die Schuld an der Arbeitslosigkeit sah er nicht im kapitalistischen Profitsystem, sondern in der „Erpressung der OPEC-Länder" mittels Rohstoffversorgung, in der technischen Entwicklung und daß die Arbeiter zu viel Geld (15 % ihres Lohnes angeblich) auf die Sparkasse brächten statt in die Kaufhäuser. (!)

Eine Möglichkeit der Lösung des Problems sah er unter anderem in der „Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit" der westdeutschen Industrie, in einem „öffentlichen Investitionsprogramm", d.h. kräftigen Finanzspritzen für die Kapitalisten zur weiteren Rationalisierung (Hauenschild: „Wir (!) müssen konkurrenzfähig bleiben), die über Steuererhöhungen den Werktätigen aus den Taschen gezogen werden sollen und notfalls in einer Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Verringerung der Löhne (Hauenschild: Das verschlechtere sonst die „Konkurrenzbedingungen").

Zur Kernenergie meinte er: Entweder Kernenergie oder „weniger Wirtschaftswachstum", „Einschränkung der Energie" und dann hohe Arbeitslosigkeit. Auch hier hatte er die Interessen der Kapitalisten im Auge: „Wenn wir keine Kernkraftwerkwerke bauen, dann können wir (!) auch keine mehr verkaufen."

Doch die anwesenden Arbeiter sprachen sich für die 173 DM Forderung aus, die breit in den Betrieben an der Basis diskutiert worden sei und den Interessen der Arbeiter entspreche. Allein durch diese Forderung werde verhindert, daß die Masse der unteren und mittleren Einkommen unter das durchschnittliche Lebensniveau sinke, die unteren Lohngruppen immer weniger, die oberen aber immer mehr bekämen. Hauenschild aber, so wurde gesagt, vertrete nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Unternehmer und der Regierung.

Dem Versuch Hauenschilds, den Arbeitern die Unmöglichkeit der Einigung einzureden, traten Arbeiter aus Nordenham entgegen.

Sie haben Briefe gen Süden an die Arbeiter in den Großbetrieben geschickt. Sie berichteten von ihrer einstimmig beschlossenen Festgeldforderung und fordern die Arbeiter dort auf, auch 173 DM als Forderung aufzustellen.

Ein Arbeiter wandte sich gegen Hauenschilds Vorwurf, die 173 DM Forderung sei eine „ordinäre Forderung". 9 % bedeute bei Lohngruppe IV 137.50 DM brutto im Monat. Er habe vier Kinder und verdiene 1 200 DM netto. Wo er denn etwa die von Hauenschild erwähnten 15 % sparen könne. Er wisse vielmehr gar nicht, wie er die Miete bezahlen und seine Kinder ernähren solle. Die 9 %-Forderung sei ordinär, nicht die 173 DM-Forderung, die das mindeste sei, was man brauche.

Ein weiterer meinte, Hauenschild rede groß daher, in Wirklichkeit interessieren ihn die Nöte und Sorgen der Arbeiter aber gar nicht: „Wir müssen in unserer eigenen Organisation Ordnung schaffen", meinte der Arbeiter, „in unserem eigenen Haus hart durchgreifen." Ein anderer wandte sich gegen Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Lohnsenkung. Vielmehr müsse man die Überstunden verbieten. Alle diese Beiträge wurden von den anwesenden Kollegen mit großem Beifall bedacht.

Deutlich zeigt diese Versammlung: Nur wenn man mit der Sozialdemokratie bricht, kann die Einheit und Selbständigkeit hergestellt werden. Die Empörung der Arbeiterklasse über die Sozialdemokraten, die versuchen, die Interessen der Arbeiter an die Interessen der Kapitalisten zu binden, wächst zusehends. Es gilt jetzt, die erreichte Einheit im Lohnkampf zu festigen, an der beschlossenen Forderung festzuhalten und die 173 DM voll durchzusetzen. – (th, Stadtteilzelle Bremen-Westend)

Verabschiedete Anträge der Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier Ortsverein Stuttgart am 2. März an den Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier.

„Der Gewerkschaftstag fordert die für die Rentengesetzgebung verantwortlichen Staatsorgane auf, am 1. Juli 1978 die fällige Rentenerhöhung auf Grundlage der Bruttolohnsteigerung durchzuführen und bei der Berechnung der Neurenten im Jahr 1978 die Bruttolöhne der Jahre 1974, 1975 und 1976 als allgemeine Bemessungsgrundlage festzusetzen. Die Erhebung einer Rezeptgebühr von bis zu 3,50 DM pro Rezept für die Rentner lehnt der Gewerkschaftstag ab und fordert deren Abschaffung.

Darüberhinaus fordert der Gewerkschaftstag:
– die gleichzeitige und regelmäßige einheitliche Erhöhung der Renten mit den Löhnen
– die Festsetzung einer Mindestrente in Höhe von 75 Prozent eines Facharbeiterlohnes."

„Der Gewerkschaftstag beschließt die Forderung nach der Verkürzung des Arbeitstages: Siebenstundentag an fünf Arbeitstagen in der Woche ohne Kürzung des Lohnes oder einer Lohnerhöhung; Verbot der Überstundenarbeit für alle Beschäftigten in der Druckindustrie; für Jugendliche unter 18 Jahren Beschränkung des Arbeitstages auf 6 Stunden."

Westberlin. Auf den Bezirksversammlungen der IG Druck und Papier Westberlin wurde eine Sammlung zur Unterstützung der streikenden Druckarbeiter in Holland und Dänemark durchgeführt. Letztes Jahr im Druckerstreik haben z.B. die dänischen Arbeiter abgelehnt, Streikbrecherarbeit zu leisten und Aufträge aus der BRD und Westberlin zu drucken. Weder die dänischen noch die holländischen Arbeiter bekommen Streikgelder. Deshalb haben die Arbeiter in Westberlin gesammelt und zusammen mit Kampfesgrüßen wurden zum Beispiel aus zwei Bezirksversammlungen (Charlottenburg/Moabit, Schöneberg) 210 DM abgeschickt.

Wolfenbüttel. Am 25.2. hat die Vertrauensleute-Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Chemie, Bezirk Wolfenbüttel, den 9 %-„Vorschlag" des Hauptvorstandes zurückgewiesen. Ein Vertreter der Verwaltungsstelle wollte die Vertrauensleute auf die Spalterforderung des Hauptvorstandes festlegen. Mehrheitlich wiesen die Vertrauensleute in einer Resolution zurück, daß der Hauptvorstand überhaupt „Empfehlungen" beschließt, bevor die Beratungen unter den Mitgliedern abgeschlossen sind. Die Forderung kann nur nach der mehrheitlichen Meinung der Mitglieder beschlossen werden.

Hamburg. Eine zentrale Kundgebung zur anstehenden Lohntarifrunde im Baugewerbe findet am Samstag, den 12. März in Hamburg durch die IG Bau, Steine, Erden statt. Bereits in Stuttgart und Düsseldorf haben solche Kundgebungen staatgefunden, die sich die Sozialdemokraten zum Anlaß genommen haben, für Arbeitsplätze durch Kernkraftwerke zu werben.

Diese Illusion muß bekämpft werden und die Forderung von 1 DM mehr Lohn gefordert werden.

Auslese durch Orientierungsstufe

„Die Welt, in der leben, wird immer arbeitsteiliger, Kommunikationsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit werden immer wichtiger. Elternhaus und Schule dürfen deshalb in den Heranwachsenden nicht nur Einzelwesen sehen, deren größtmögliche individuelle Entfaltung ihnen anvertraut ist, sondern es müssen Verhaltensweisen geübt, es müssen Formen und Inhalte des Lernens gefunden werden, die die Gruppenfähigkeit der Schüler entwikkeln." So schreibt der Hamburger Senat in einer Broschüre (Das richtige Ziel erreichen, 31.5.76) über seine Absichten.

Das Elternhaus und die Schule sollen die Heranwachsenden „für die Welt, in der wir leben" gemeinsam erziehen. Dies sind kurz gesagt die Interessen der Hamburger Bürgerschaft, die den Interessen der Bundesregierung gleichen.

Zumindest die Eltern und diejenigen, um die es geht, die Schüler, halten von diesen handfesten Absichten nichts. Die Demonstrationen der 4 500 Schüler und auch Eltern gegen das Hamburger Schulgesetz in der letzten Woche in Hamburg haben dies schlagend bewiesen. Sie wissen, daß die bürgerlichen Parteien eine Bildungspolitik betreiben, die sich nach den Interessen der kapitalistischen Produktionsweise richtet und den Interessen der Volksmassen entgegensteht. „Durch die neue Orientierungsstufe sollen die Schüler nach ihren Fähigkeiten ausgebildet werden", sagen die bürgerlichen Politiker immer. Selbst dieses abgeschmackte Argument widerlegen die bürgerlichen Politiker schon selber in ihren Publikationen: „Mindestens ein Drittel der Schüler muß so orientiert werden können, daß für diese Schüler ohne unnötige und schädliche Mißerfolgserlebnisse ihre Eignung für die Hauptschule deutlich wird." Der Krach, den es um die Orientierungsstufe vor allem in Niedersachsen gibt, geht gegen die Schikane und Unterdrückung der Eltern und Schüler. Die Orientierungsstufe umfaßt die Klassen 5 und 6. Schon in der Klasse 5 werden Leistungskurse eingeführt, bisher ist dies erst in der siebten Klasse der Fall gewesen. Nach der sechsten Klasse werden nicht wie bisher die Eltern entscheiden, ob der Schüler die Hauptschule, Realschule oder das Gymnasium besucht, sondern die Lehrerkonferenzen entscheiden dies für den bürgerlichen Staat. Proteste gegen die Orientierungsstufe gibt es jetzt schon reichlich, weil: Die Klassen sind zu groß, Klassen sollen zusammengelegt werden, der Schulweg ist zu lang, Lehrer sollen eingespart werden, die Versorgung der Schüler ist schlecht. Die Bücher sind zu teuer und werden nicht auf längere Zeit benutzt, Schüler sollen der Schule verwiesen werden oder durch den Notenterror sollen viele Schüler das besagte Lernziel nicht erreichen. Um all diese Auseinandersetzungen haben schon größere Kämpfe an den Schulen stattgefunden.

Die Orientierungsstufe, die vom bürgerlichen Staat als das große Reformmodell angesagt wurde, soll die Aussortierung der Schüler für qualifizierte und weniger qualifizierte Zwecke für den Produktionsprozeß beschleunigen. Im Verwaltungsbezirk Oldenburg ist die Zahl der Sonderschüler seit 1959 um 370 % gestiegen, im Bundesgebiet von 1960 141 888 auf 1975/76 406 330 (betrifft: Erziehung 12/76). „Rund 8 000 Jugendliche werden in diesem Jahr in Schleswig-Holstein die Haupt- und Sonderschule ohne Abschluß verlassen." (Kieler Nachrichten, 8.2.77)

Diese Meldungen nehmen die bürgerlichen Politiker und vor allem die Kapitalisten mit Genugtuung auf, denn billige Arbeitskräfte werden wieder frei und gleich so billig, daß sie weit unter dem Existenzminimum bezahlt werden können.

Daß die Orientierungsstufe der Schulunterdrückung noch besser dient, wissen Eltern und Schüler. Die Elternversammlung der Gesamtschule West in Bremen hat dem Bremer Senat ein Ultimatum bis zum 15. März gegen die Einführung der Orientierungsstufe gestellt.

Mit Hilfe der Noten werden die Schüler noch mehr getrieben und unterdrückt. Wollte der bürgerliche Staat bisher über die Noten und Einbeziehung der Eltern festlegen, wer welche Schule oder welchen Abschluß bekommt, ist bei der Orientierungsstufe festgelegt, daß die Lehrerkonferenz entscheidet, welchen Schulweg der Schüler fortsetzt. Dies hat man wahrscheinlich aus dem Grund getan, weil einzelne Lehrer auch positive Noten oder gleich keine geben. Sicher ist sicher, hat sich der bürgerliche Staat gesagt, und daß eine ganze Lehrerkonferenz nicht siebt, ist unwahrscheinlich.

Sind noch vor zehn Jahren die Schüler der Klasse 4 für eine Woche zusammengezogen worden, um sie für die Realschule und das Gymnasium zu prüfen, zieht der bürgerliche St aat dies heute über zwei Schuljahre hin. Alle möglichen Kenntnisse und Fähigkeiten will die Bourgeoisie für ihre Interessen nutzbar machen. Gleichzeitig wird heftig unterdrückt, damit die Fähigkeiten auch das richtige Maß bekommen. Die Schüler werden nach allen Seiten abgeklopft und dann in eine bestimmte Richtung über das Kurssystem ausgebildet.

Die Arbeiterklasse führt seit Jahrzehnten den Kampf darum, daß sie zu günstigen Bedingungen ihre Ware Arbeitskraft verkaufen kann. Daß sie so eine Ausbildung erhält, daß sie unter vielfältigen Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses sich verkaufen kann.

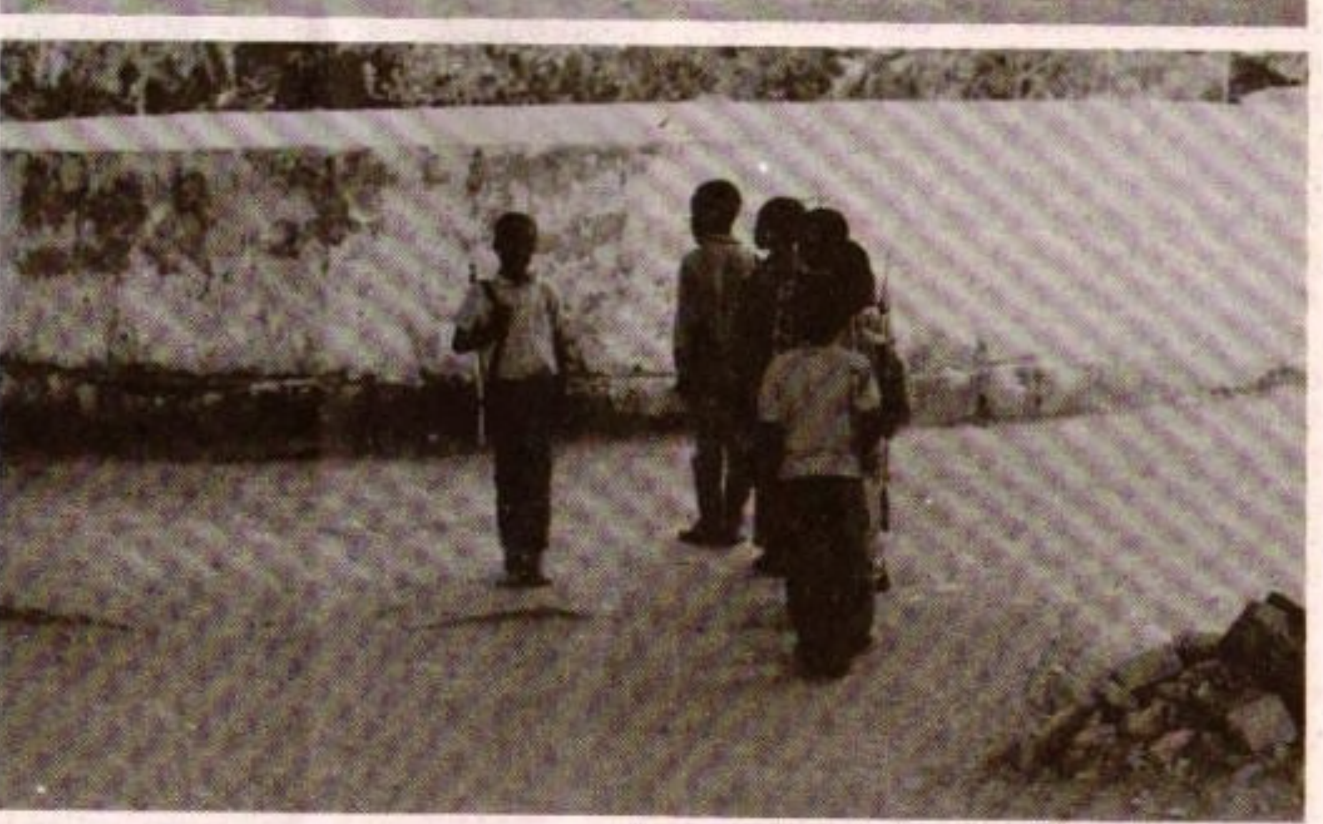
Aber nicht nur deshalb, sondern um auch den Kampf der eigenen Klasse auszubilden und zu organisieren, muß die Bildung in der Arbeiterklasse beachtet werden. Das sind auch Gründe, warum die Arbeiterklasse für die Einheitsschule kämpft. Weil sie die Ausbildung für die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie nicht nur durchsetzen will, sondern auch gesetzlich vor dem ständigen Zugriff der Kapitalisten abgesichert haben muß. – (jd)

Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Das Volk von Zimbabwe befreit sich!

Immer mehr Schüler und Jugendliche in Zimbabwe marschieren geschlossen in die Ausbildungslager der ZANU. Zwei Wochen, nachdem 400 Schüler der Manama Missionsschule nach Botswana gegangen waren, meldet die bürgerliche Presse, daß weitere 800 bis 1 000 Schüler „geflohen" seien. Am 3. März wurde in den Nachrichten gemeldet, daß das Siedlerregime die Herausgabe von 15 „ermordeten" Kindern aus Sambia und von 11 „entführten" Kindern aus Botswana fordere. Die bürgerliche Presse hetzt und schreibt von „Ermordungen und Entführungen", weil sie nicht zugeben kann, daß sich das ganze Volk im bewaffneten Kampf gegen das Smith-Regime erhebt, um es zu stürzen. „Wir werden Befreiungskämpfer" hat ein 14jähriger Junge, der die Manama Missionsschule verlassen hat, in einem Interview mit einem amerikanischen Reporter gesagt. In den Lagern der ZANU wollen sich die Jugendlichen von Zimbabwe für den Kampf ausbilden lassen. Die Jugendbünde des KBW führen zur Unterstützung des Kampfes der Schüler von Zimbabwe eine Spendenaktion für Gewehre für die Jugend Zimbabwes durch. Die Schüler und Jugendlichen Zimbabwes haben die Unterstützung der westdeutschen Jugend.





In den Ausbildungslagern der ZANU bereiten sich die Jugendlichen auf den bewaffneten Kampf vor

In den Ausbildungslagern der ZANU bereiten sich die Jugendlichen auf den bewaffneten Kampf vor

5. Schuljahr, Sonderschule Stolberg

Die Schüler diskutierten die Lage in Zimbabwe und den Befreiungskampf des Volkes. Dazu studierten sie das Kinderbuch „Freiheit für Zimbabwe". Eine furchtbare Wut haben sie gegen die Unterdrücker und weißen Siedler in Zimbabwe. „Die Reichen sind richtige Schweine, die lassen die Armen immer für sich arbeiten. Ich wollte niemals reich sein und so sein wie die Reichen. Und wenn ich Geld hätte, wollte ich, daß alle gleich viel hätten." Die Schüler wissen genau, woher das Reichsein kommt. Schon vorher hatten sie gesagt, daß es hier in Westdeutschland nicht anders ist. „Die Arbeiter in den Fabriken müssen immer arbeiten und arbeiten und arbeiten und sind arm, und die, denen die Fabriken gehören, sitzen nur manchmal in ihren Büros oder fahren in Urlaub und werden immer reicher, nur weil ihnen die Fabriken gehören." Das ist auch genau der Grund, warum die Schüler sofort die Gerechtigkeit des Befreiungskampfes sehen und sofort klar war, daß sie das unterstützen müssen. Deshalb erkannten sie auch gleich richtig die besten Vertreter der Bourgeoisie. Die Oberkommandierer müßten als erste weg, meinten sie. So, als sie das Bild vom ersten Chimurenga sahen, riefen sie: „Mensch, klasse, da haben sie einen General getroffen. Das ist richtig. Die muß man immer zuerst erschießen. Die kommandieren ja die anderen immer rum." Die Schüler waren so begeistert vom Befreiungskampf, daß alle überlegten, was wir dazu beitragen könnten. Wir hatten gerade darüber gesprochen, daß die Missionsschüler nicht wie hier von der Bourgeoisie behauptet entführt worden sind, sondern die Schulen verlassen hatten, um sich der ZANU anzuschließen. Ein Schüler fragte: „Können wir uns nicht schwarz machen?" Auf die Frage, warum: „Damit wir nach Afrika gehen können und den Kindern dort helfen." Wir haben dann überlegt, wie wir hier von Westdeutschland den Kampf unterstützen können. Klar wurde, daß das Volk von Zimbabwe schon den Kampf selbst führen kann und auch will. Daß sie dabei aber Unterstützung brauchen, z.B. Gewehre. „Das machen wir", sagte ein Schüler. „Wir bringen alle drei Mark mit und schicken die nach Zimbabwe, damit die Kinder sich dort Gewehre kaufen können."

Vertreter der Bourgeoisie. Die Oberkommandierer müßten als erste weg, meinten

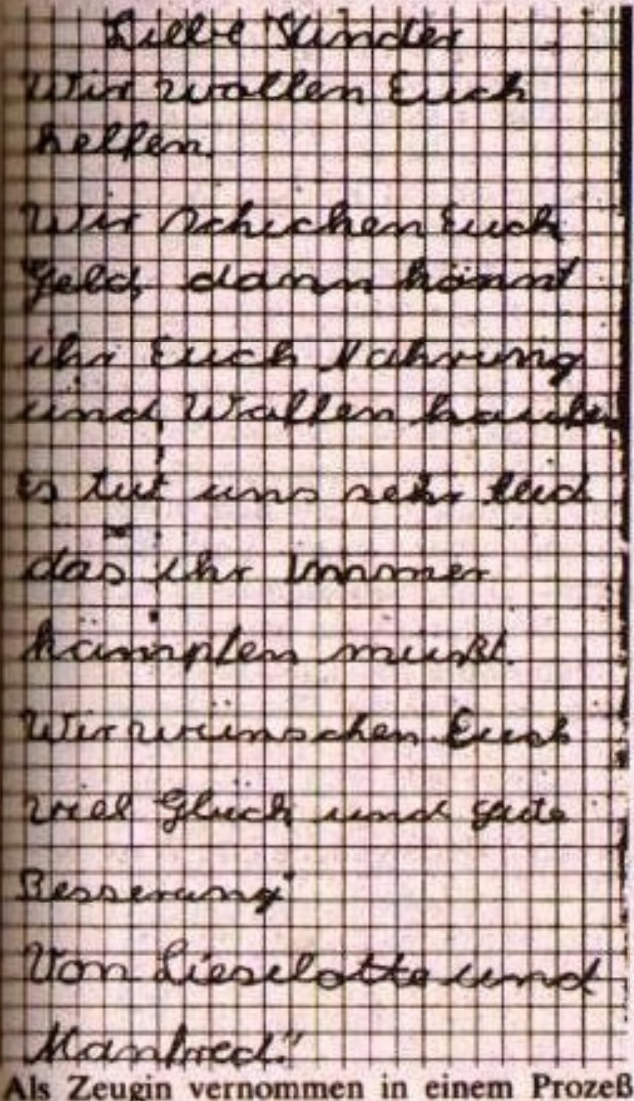
damit die Kinder sich dort Gewehre kaufen können."

E.v.Thadden-Gymnasium Heidelberg

Letzte Woche haben wir im Schulhof eine Wandzeitung aufgehängt, auf der stand, daß der Schritt der 400 Schüler in Zimbabwe, die sich entschlossen haben, am bewaffneten Befreiungskampf teilzunehmen, ausgezeichnet ist. Aufgefordert wurde, daß wir diese Schüler aus allen Kräften unterstützen,

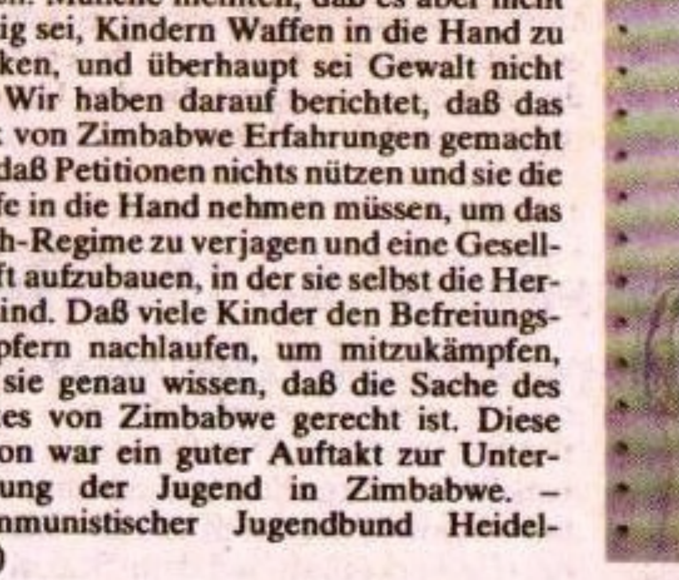


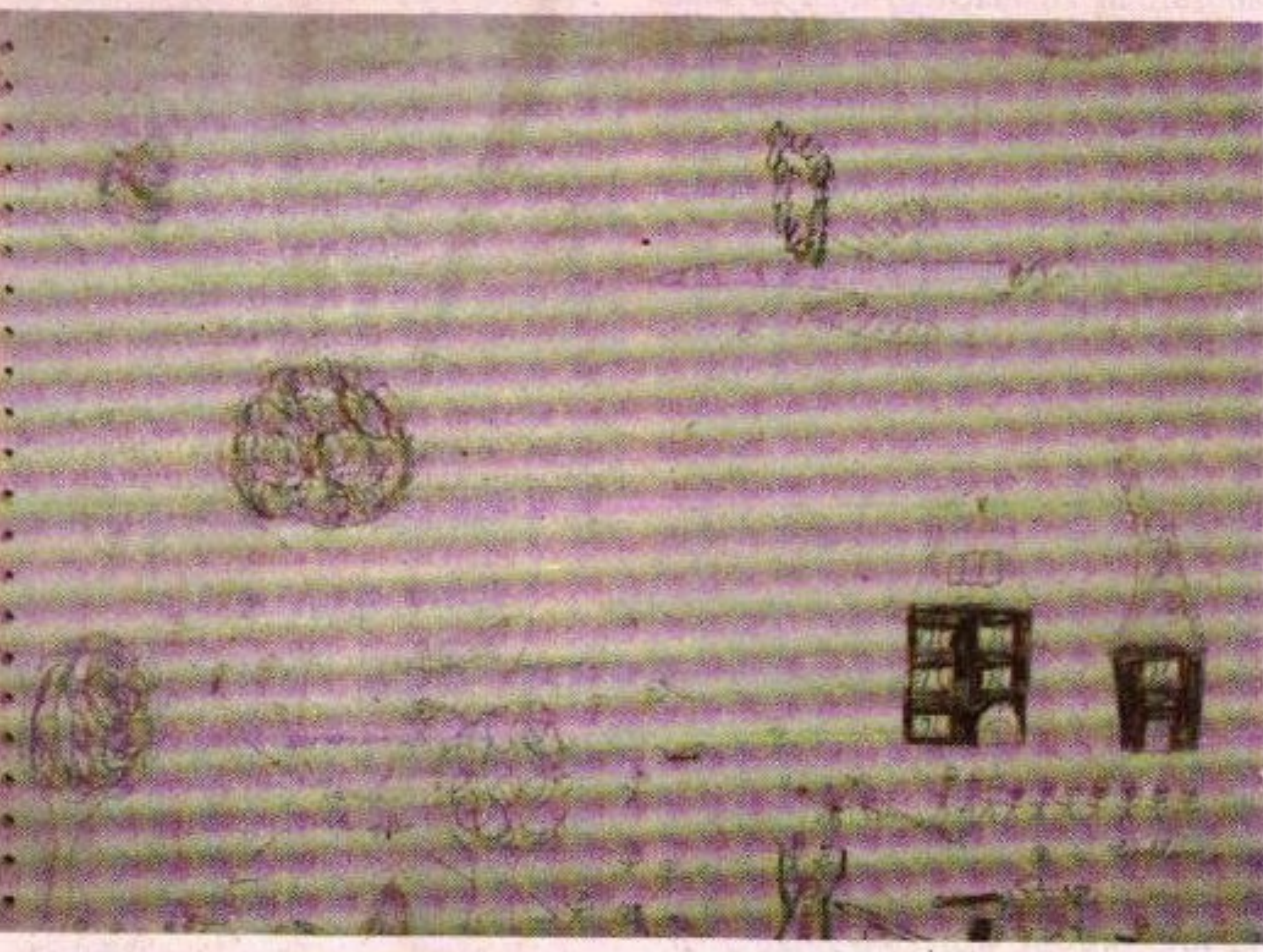
indem wir Grußadressen abschicken und Geld sammeln für Gewehre, die die Schüler unbedingt brauchen, um das Siedlerregime in Zimbabwe zu besiegen. Kurz nachdem wir die Wandzeitung aufgehängt haben, kam die FDP-Stadträtin Walz, die bei uns Lehrerin ist, angewackelt, hat die Wandzeitung abgerissen und gemeint, das würde gegen die Schulordnung verstoßen und sei Sachbeschädigung. Wir haben sie gleich aufgefordert, doch mal Stellung zu nehmen zu den 400 Schülern, und ob sie meint, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen gerechtfertigt ist, worauf sie nur sagen konnte, sie habe davon noch gar nichts gehört. Ein kläglicher Versuch, sich um eine Stellungnahme zu drükken. Aber sowas kennt man schon von ihr.



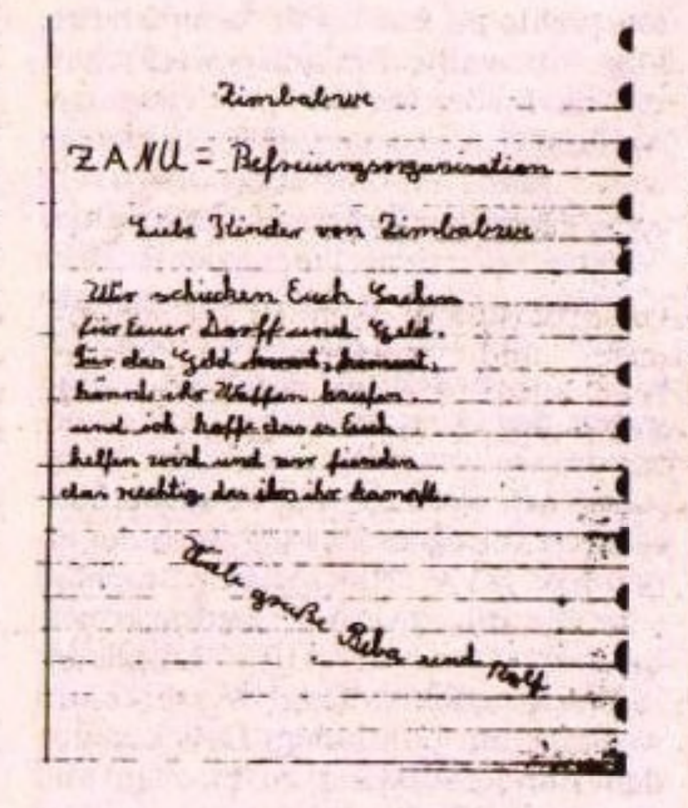
Liebe Kinder
Wir wollen Euch helfen
Wir schicken Euch Geld dann könnt ihr Euch Nahrung und Waffen kaufe
Es tut uns sehr leid das ihr immer kämpfen müßt
Wir wünschen Euch viel Glück und gute Besserung
Von Lieselotte und Manfred."

Als Zeugin vernommen in einem Prozeß gegen Gegner der Fahrpreiserhöhung, wußte sie nicht einmal, wieviel die Erhöhung betrug. Aber dafür gestimmt hat sie damals mit der Begründung: „Solange die Leute noch in Urlaub fahren und Farbfotos machen, können sie auch zahlen!" Als wir nicht locker ließen, schrie sie nur noch hysterisch rum: „Was ihr für ein dummes Zeug schwätzt!" Darauf fiel die Bemerkung: „Und sowas ist Gemeinderat!" Zu dieser „Kommunalpolitik" gehört auch, daß der Gemeinderat z.B. Schulungen für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe verboten hat. Bei den Schülern, die inzwischen dazugeströmt waren, hat sie sich ganz schön lächerlich gemacht. Ihr Ziel, die Debatten über dieses Thema zu verhindern, hat sie nicht erreicht. Im Gegenteil. Bei den anschließenden Diskussionen hat man z.B. gemerkt, daß die Hetze in der bürgerlichen Presse nicht zieht. Vielmehr haben viele gesagt, daß sie die Unterdrückung der Schwarzen auch nicht gerecht finden. Manche meinten, daß es aber nicht richtig sei, Kindern Waffen in die Hand zu drücken, und überhaupt sei Gewalt nicht gut. Wir haben darauf berichtet, daß das Volk von Zimbabwe Erfahrungen gemacht hat, daß Petitionen nichts nützen und sie die Waffe in die Hand nehmen müssen, um das Smith-Regime zu verjagen und eine Gesellschaft aufzubauen, in der sie selbst die Herren sind. Daß viele Kinder den Befreiungskämpfern nachlaufen, um mitzukämpfen, weil sie genau wissen, daß die Sache des Volkes von Zimbabwe gerecht ist. Diese Aktion war ein guter Auftakt zur Unterstützung der Jugend in Zimbabwe. – (Kommunistischer Jugendbund Heidelberg)





Briefe und Zeichnungen schicken die Schüler von Stolberg an die Jugendlichen in den Ausbildungscamps



Zimbabwe
ZANU = Befreiungsorganisation
Liebe Kinder von Zimbabwe

Fernmeldelehrlinge Göttingen

Sechs Fernmeldelehrlinge des Fernmeldeamtes Göttingen haben beschlossen, eine Wandzeitung auszuhängen, und schrieben einen Brief, den sie in ihrer Berufsschulklasse diskutieren und verabschieden wollen. In dem Brief heißt es unter anderem: „Am 10. Februar war im ‚Göttinger Tageblatt' die Rede von 370 Schülern, die ... sich der Befreiungsbewegung angeschlossen haben und in Botswana für den Befreiungskampf ausgebildet werden wollen. Das ‚Göttinger Tageblatt' hat das ziemlich aufgeregt. Wir freuen uns und unterstützen das. (...) Wir wissen, warum wir den Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützen. Wir wissen das aus eigener Erfahrung und Anschauung über die Schulunterdrückung und Ausbildung. Das Volk von Zimbabwe muß das weiße Siedlerregime im bewaffneten Kampf besiegen. Wir wollen die Schüler und die Jugend Zimbabwes ermutigen, sich dem Kampf anzuschließen. Wir finden es richtig, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Sammlung für die Jugend Zimbabwes unterstützt und sich mit dem Befreiungskampf solidarisch erklärt und fordern die Gewerkschaftsjugend dazu auf."

Schülerkomitee des Berufsschulzentrums Biberach

Auszüge aus einem Brief an die ehemaligen Schüler der Missionsschule Manama:

„Liebe Freunde! Wir beglückwünschen Euch zu Eurem Schritt, die Missionsschule zu verlassen und am Befreiungskampf Eures Volkes teilzunehmen. (...) Daß Ihr Euch selbständig und aus eigener Kraft aufgemacht habt, versuchen die westdeutschen Imperialisten mit allen Mitteln zu verheimlichen. (...) Sie müssen Lügen verbreiten, um zu verhindern, daß wir uns mit Euch solidarisieren und Euren Kampf unterstützen und daß wir Jugendlichen in Westdeutschland selber uns ein Beispiel nehmen an Euch. (...) Wir wollen alles in unseren Kräften Stehende tun, Euch zu unterstützen, und wir bitten Euch, uns zu schreiben, was Ihr benötigt, um als Befreiungskämpfer am Kampf für die Freiheit Eures Volkes teilzunehmen." (Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung)

Braunschweig. In der Pestalozzischule ist vor einiger Zeit ein Umlauf durch die Klassen gegangen, wonach sich die Eltern einverstanden erklären sollten, wenn ihre Kinder schon nach der achten Klasse die Schule verlassen. Die Jugendlichen sollen frühzeitig den Kapitalisten zur Ausbeutung freigegeben werden, das ist der Plan, der hinter dieser Erklärung steht. Besonders widerlich ist es noch, daß die Eltern selbst die „Genehmigung" dafür erteilen sollen.

Nordenham. „Lehrlingsausbildung" im Kleinbetrieb: Ein Fleischerlehrling aus Einswarden berichtete in einer Diskussion in der Stadt beim KVZ-Verkauf über seinen Tagesablauf. Morgens um halb sechs muß er den Meister wecken, dann macht er Laden und Fleischerei zurecht. Abends ist er nach 12 Stunden Knochenarbeit der letzte und muß aufräumen und saubermachen. Sein „Wochenende" beginnt samstags um 15.00 Uhr. Von seinem 300 DM Lehrlingslohn muß er 220 DM abgeben für Kost und Logis, weil er beim Meister wohnt. Bis jetzt wollte er nichts dagegen unternehmen, weil er Druck von den Eltern hat, nur ja seine Lehrstelle nicht zu verlieren. „Aber das halte ich keine zwei Jahre mehr aus!" meinte er. Jetzt hat er sich entschlossen, in die Gewerkschaft einzutreten. Großes Interesse hatte er an unserer Veranstaltung über die Einheitsschule in der nächsten Woche. „Da komme ich auf jeden Fall."

Lüneburg. 300 Kinder und Jugendliche demonstrierten am Mittwoch, den 23.2.77, gegen den Plan des Stadtrates Lüneburg, die Mittel für Jugendinitiativen zu streichen. Unter der Forderung: „Für ein freies und selbstverwaltetes Jugendzentrum" zogen die Jugendlichen vor das Rathaus, wo dem dort tagenden Stadtrat ein Ultimatum überbracht wurde. Bis zum 31.3.77 sollen die Forderungen der Jugendlichen erfüllt sein. Mit einem Demonstrationsverbot hat der Stadtrat versucht, die Demonstration vom Rathaus fernzuhalten. Das ist ihm nicht gelungen.

Kiel. Der Stadtschülerrat Kiel verabschiedete auf seiner Sitzung am 17.2. folgendes Programm, auf dem er arbeiten

Kiel. Der Stadtschülerrat Kiel verabschiedete auf seiner Sitzung am 17.2. folgendes Programm, auf dem er arbeiten

wird: Verbot der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit für Jugendliche, Abschaffung der Stufenausbildung, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen. Weg mit den SV-Verordnungen, mit denen die Schulaufsicht die Schülervertretungen kontrolliert. Über die Aufgaben der Schüler im Kampf gegen die Schule, speziell gegen das Notensystem, wird auf der nächsten Sitzung des Stadtschülerrats die Auseinandersetzung geführt.

Wolfsburg. An der Hauptschule 18, Orientierungsstufe, ist den Lehrern mitgeteilt worden, daß zu viele Schüler nach der Orientierungsstufe auf die weiterführenden Schulen geschickt werden. Das müsse geändert werden. Diese Feststellung kommt einer Anweisung gleich. Konrektor und Oberstufenleiter haben durchweg schlechter zensiert und haben bei der „Schullaufbahnempfehlung" jeweils eine niedrige Stufe vorgeschlagen, also statt Realschule – Hauptschule, statt Gymnasium – Realschule.

Barmherzigkeit soll spalten

„Anders leben, damit andere überleben", das ist das Motto, unter dem Misereor zur diesjährigen Fastenaktion aufruft, die ihm jedes Jahr mehrere Millionen Spenden einbringt. Misereor ist ein „Hilfswerk" der katholischen Kirche für die Länder der Dritten Welt. Der Name ist lateinisch und heißt „ich erbarme mich".

Das diesjährige Motto soll die katholischen Volksmassen zum „Nachdenken über ihr Konsumverhalten" anregen. „Anders leben, damit andere überleben", heißt dann: Nur wenn die Volksmassen hier billiger leben, können die Völker der Dritten Welt überleben. Umgekehrt: Leben die Volksmassen hier nicht billiger, sind sie verantwortlich für Elend und Hunger in den Ländern der Dritten Welt.

Nicht die Profitsucht der Imperialisten ist Ursache allen Übels, sondern die angeblich zu üppige Lebensweise der Volksmassen hier. Den gemeinsamen Feind der Völker der Welt aus dem Blickfeld gerückt, versucht so die Kirche die Völker unter der Fahne der Barmherzigkeit gegeneinander zu hetzen.

Die Gelder, die die Volksmassen an die Kirche spenden, werden Eigentum der Kirche. Jede Schule, die die Kirche in Zimbabwe errichtet, ist im Besitz der Kirche. Die Kirche bestimmt, was dort gemacht wird und sie diktiert die Bedingungen, unter denen die Völker Anteil an den Spenden haben können. Eine Schule in Zimbabwe zu errichten, ist für die Kirche nicht gewinnbringend, es sieht nützlich aus, ist aber Imperialismus, nur schöner verpackt. Denn die Volksmassen müssen sich den Bedingungen der Kirche beugen, die die Kirche diktiert. Das ist Barmherzigkeit.

Solidarität ist etwas vollständig anderes. Solidarität kennt keine Bedingungen. Spenden die westdeutschen Volksmassen Lastwagen und Gewehre für die ZANU, dann überlassen sie es dem Volk von Zimbabwe, wer damit was transportiert. Solidarität geht von gemeinsamen Interessen aus. Die Losung ist: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch! Wo kämen wir hin, uns unserer gegenseitig zu erbarmen, anstatt zusammenzuschließen. Es ist falsch, an die Pfaffen zu zahlen.

Kiel. Am 22. hat die ÖTV-Betriebsgruppe Abteilung Arbeitsverwaltung einen Beschluß gegen die laufenden Rationalisierungsmaßnahmen am Arbeitsamt gefaßt. Darin heißt es unter anderem: „a. Sie (die Abteilung, Red) unterstützt alle Initiativen unter der Belegschaft gegen die Heraufsetzung von Arbeitsanforderungen.
b. Sie tritt ein für eine vollständige Ablehnung der Überstunden.
c. Sie tritt ein für die Umwandlung aller bestehenden Zeitverträge."
Die gewerkschaftlich organisierten Personalräte werden aufgefordert, diese Punkte zu unterstützen und Ende März dazu eine Personalversammlung einzuberufen. Es werden neue Manteltarifverhandlungen gefordert, zur Durchsetzung der Forderung nach Streichung der Gehaltsgruppen IX und X und der entsprechenden Lohngruppen. Der Kreisvorstand und der Personalrat werden aufgefordert, eine öffentliche Veranstaltung zu den Rationalisierungen im Amt und zu den Zeitverträgen durchzuführen. Eine Konferenz der Personalräte und Vertrauensleute soll einberufen werden, um den Kampf dagegen zu organisieren.

Einen Rekordstand hat die Mitgliederzahl der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) im zweiten Halbjahr 1976 erreicht. Bei den Bahnarbeitern stieg der Organisationsgrad um 0,3 % auf 93,5 %, bei den Angestellten um 0,5 % auf 77,4 % und bei den Beamten um 0,6 % auf 64 % Organisierte. Die Kampfentschlossenheit der Lohnabhängigen bei der Bahn wird erst richtig deutlich, wenn man berücksichtigt, daß in den letzten Jahren tausende von Eisenbahnern ihre Arbeitsplätze durch die Rationalisierungspolitik des Staates verloren haben. Zur Zeit sind 463000 Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Eisenbahnergewerkschaft organisiert.

Westberlin. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe haben wir unter den Beschäftigten des Rudolf-Virchow-Krankenhauses eine Sammlung durchgeführt. In die Briefkästen der Wohnheime haben wir zur Vorbereitung ein Flugblatt eingeworfen, auf dem die Lügen der bürgerlichen Presse über den Überfall auf die Missionsstation in Zimbabwe entgegengetreten und der bewaffnete Kampf des Volkes propagiert wurde. Vor dem Ausgang des Krankenhauses zu den Wohnheimen hin haben wir dann einen Stand aufgebaut und anschließend die Sammlung in den Wohnheimen fortgesetzt. Von den knapp 40 Beschäftigten, die wir angetroffen haben, haben elf gespendet. 32 DM sind so zusammengekommen. Wir haben 11 KVZ, zwei Zimbabwe-Broschüren und ein Programm des KBW verkauft. Wir werden die Sammlung fortsetzen. Eine Kollegin meinte schon, sie würde, wenn sie sich nächsten Freitag die KVZ kauft, eine ordentliche Spende mitbringen, weil sie im Moment nur einen Hundert-Mark-Schein dabei hätte. – (KHG Westberlin, Zelle Wirtschaftspolitik)

lung fortsetzen. Eine Kollegin meinte schon, sie würde, wenn sie sich nächsten Freitag die KVZ kauft, eine ordentliche Spende mitbringen, weil sie im Moment nur einen Hundert-Mark-Schein dabei hätte. – (KHG Westberlin, Zelle Wirtschaftspolitik)

Kiel. Am 4.3. fand die Fortsetzung der GEW-Landesvertreterversammlung Schleswig-Holstein vom November statt. Im November war es der Staatsfraktion noch gelungen, die Übernahme der Bundessatzung durchzusetzen und einen Antrag des AjLE Pinneberg mit einem Aktionsprogramm für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lehrer gegen den Dienstherrn zu vertagen. Der Antrag enthielt die Forderungen: Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Ausbildungsplätze für alle Hochschulabsolventen, Ablehnung der Zeitverträge für Hochschulabsolventen ohne schulpraktische Ausbildung, Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Gleichbehandlung von arbeitslosen Lehrern und arbeitslosen Hochschulabsolventen mit Arbeitlosen, keine Arbeitszeitverlängerung, Angleichung der Arbeitszeit der Lehrer an die 40 Stunden Woche im Öffentlichen Dienst, kein Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Betätigung im Öffentlichen Dienst. Weg mit den Berufsverboten. Auf der jetzigen Landesvertreterversammlung wurde der Antrag, erweitert um die Forderungen: Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Öffentlichen Dienst, Keine Gehaltsrückstufungen, mit überwältigender Mehrheit gegen den Widerstand des Landesvorstandes angenommen. Bundesdelegierte wurden gewählt, was der Vorstand unter den Tisch fallen lassen wollte.

Westberlin. Telegramme an die Große Tarifkommission:
Schwestern der Anästhesie-Abteilung des Martin-Luther-Krankenhauses am 2.3.:
„Wir fordern Zurücknahme der 5,3 %! Urabstimmung für 170 DM! Streik für 170 DM!"
Auszubildende bei der BVG (Verkehrsbetriebe):
„Wir Auszubildenden der BVG lehnen den Tarifabschluß 1977 ab – halten am alten Beschluß 700 DM für alle Auszubildenden fest. Wir fordern Urabstimmung. Ziel: Aufhebung des Lohnabschlusses. Aufstellung einer Festgeldforderung im Öffentlichen Dienst."
Nach Bekanntwerden des Abschlusses wurde von den **Vertrauensleuten der TU-Bereiche Telefunkenhaus und Viktoria-Studienhaus** ein Transparent rausgehängt: „5,3 % unbedingt ablehnen". Gleichzeitig wurde ein Telegramm an die Große Tarifkommission geschickt.

Universitätskliniken Göttingen

Mit dem Tarifabschluß ist nichts gegessen. Der Kampf gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Entrechtung geht weiter

Göttingen. „Diese 5,3 % und 150 DM Urlaubsgeld reichen nicht hinten und nicht vorne. Schon gar nicht über 13 Monate. Und einen Urlaub für 150 DM – das sollen die mir mal vormachen." Ca. 800 DM netto bekommt diese Putzfrau bei einer 30-Stunden-Woche. Letzte Woche mußte sie mal wieder eine erkrankte Kollegin vertreten und ein zweites Labor mitputzen. Ob sie mit ins neue Klinikum übernommen und dann nicht zurückgestuft wird, das alles weiß sie noch nicht.

Die Empörung dieser Putzfrau über den Lohnraubabschluß wird von der ganzen Klinikbelegschaft getragen. In den Abteilungen entwickeln sich die Diskussionen: Wie konnte es dazu kommen, was ist jetzt zu tun? Eine Krankenschwester in der Chirurgie meinte: „Da seht ihr mal, alle Aktionen haben doch nichts gebracht. Die da oben machen doch, was sie wollen." Ein Pfleger entgegnete ihr: „Hätten wir den Kampf um die 170 DM nicht geführt, wäre noch ein schlechterer Abschluß herausgekommen."

Gleich am Tag nach Bekanntwerden des Abschlusses verabschiedeten 14 Beschäftigte der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein Protesttelegramm an die Große Tarifkommission. Sie stellten sich gegen die 5,3 %, gegen Lohndrückerei und Rationalisierung und halten fest an der Festgeldforderung von 170 DM. Sie fordern, der Prozentabschluß muß zu Fall gebracht werden. Keine Laufzeit von 13 Monaten.

Nichts ist gegessen mit diesem Abschluß. Die Belegschaft weiß, der Lohn wird auf keinen Fall reichen, und man ist nicht bereit, dafür auch noch die Mehrarbeit zu machen. Daß es dem Dienstherrn aber genau darum geht, zeigen seine Pläne für das neue Klinikum. Bereits im alten Klinikum kann der Stationsbetrieb nur noch durch Überstunden und Mehrarbeit einigermaßen aufrechterhalten werden. So wie auf der Medizinischen Männerstation, wo von 13 Pflegekräften acht wegen Urlaub und Krankheit ausfielen und jetzt fünf Schwestern an die 26 Patienten versorgen müssen. „Das können wir nicht durchhalten, zehn Stunden und länger zu arbeiten. Wir diskutieren gerade auf der Station gegen das Widerstand der Ärzte Zimmer zu schließen."

Für das neue Klinikum hat der Verwaltungsdirektor zusammen mit der Pflegedienst- und ärztlichen Leitung ausgekocht: Alle Stationen bestehen aus 20 Betten. Siebeneinhalb Pfleger und Schwestern sollen über 24 Stunden die Arbeit machen. Das ist schnell ausgerechnet: Einer macht jeweils Nachtwache und einer nachtwachenfrei. Dann braucht nur noch einer krank zu werden und der Tagdienst besteht aus viereinhalb Beschäftigten für 20 Betten. Pro Schicht hat dann jeder ca. neun Patienten zu versorgen. Dieser Schlüssel ist auf Überstunden und Mehrarbeit und auf den von der Belegschaft erkämpften Schichtdienst angelegt. Keiner glaubt der neuen Zentraloberschwester Deubel, wenn sie sagt, im neuen Klinikum wird alles besser. Die Belegschaft der Neurologie, die in der letzten Woche umgezogen ist, hat diese Erfahrung bereits praktisch schon gemacht. Verringertes Personal, der Tagdienst muß die Nachtwache stellen, winzige Aufenthaltsräume ohne Fenster, am ersten Tag kein Telefon vorhanden, ab 16 Uhr fuhren keine Aufzüge mehr, die Klimaanlage ging nicht, und die Belegschaft drohte dem Verwaltungsdirektor: „Wir ziehen sofort zurück, wenn das nicht unverzüglich abgestellt wird." Und es wurde abgestellt.

Nichts ist besser geworden im Neubau, im Gegenteil. Für das Personal die letzten Löcher und noch schlechtere Arbeitsbedingungen, und die Deubel sitzt uns ständig im Nacken, was sogar soweit geht, daß sie uns die Zigaretten ausdrückt in den Aufenthaltslöchern. Bei den Arbeitern sieht es keinen Deut besser aus. Putzfrauen sollen entsprechend dem Runderlaß des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst größere Reinigungsflächen putzen. Heruntergruppierungen sind geplant. Auf einer von der Verwaltung einberufenen Versammlung der Putzfrauen wollte der Beauftragte des Verwaltungsdirektor Willms einen Teil der Putzfrauen in den Drei-Schicht-Betrieb der Zentralküche zwingen und drohte, wenn sich keiner dafür melden wolle, könne er sofort Zweihundert übers Arbeitsamt besorgen. Wobei ihm eine Putzfrau entgegnete: Das sei doch gut, wenn zusätzlich Zweihundert neu eingestellt würden.

Diese Lage zwingt die Klinikbelegschaft zum Kampf, und sie hat ihn bereits aufgenommen. In allen Resolutionen für die 170 DM Festgeld wurde zum Ausdruck gebracht: Wir werden uns keinen Lohnraub gefallen lassen, gegen jede Rationalisierungsmaßnahme auftreten.

Dieser Abschluß von 5,3 % gibt allen Grund, diesen Kampf energisch fortzusetzen. Auf den anstehenden ÖTV-Mitgliederversammlungen, die gegen die Sozialdemokraten in der ÖTV-Führung erkämpft werden müssen, wie auch auf der vom Personalrat der Medizinischen Klinik beschlossenen Personalversammlung wird die Belegschaft ihren Zusammenschluß gegen den Dienstherrn weiter festigen. – (Zelle Unikliniken Göttingen)



Flensburg. Am Mittwoch letzter Woche streikten etwa 100 Beschäftigte des Fernmeldeamtes Flensburg aus Protest gegen die Rationalisierungspläne des Bundespostministeriums: Das Ministerium hat die Zahl der Fernmeldehandwerker für das ganze Bundesgebiet auf 185 000 höchstens festgelegt. Das sind erheblich weniger als gegenwärtig beschäftigt. Die über diese Zahl hinaus beschäftigten sollen berufsfremd, das heißt vielleicht als Fahrer, Briefzusteller o.ä. eingesetzt werden – für niedrigeren Lohn, obwohl die anstehende Arbeit bereits jetzt mit den vorhandenen Kräften nicht bewältigt werden kann und private Firmen beauftragt werden.

GEW-Landesverband Westberlin

Zur Revision des Ausschlusses ist die Durchsetzung der a.o. Bundesvertreterversammlung notwendig

GEW-Landesverband Westberlin

Zur Revision des Ausschlusses ist die Durchsetzung der a.o. Bundesvertreterversammlung notwendig

Der Landesverband der GEW in Westberlin hat auf seiner Landesvertreterversammlung in der letzten Woche beschlossen, sich nicht aufzulösen. Dieser Beschluß bedeutet eine schwere Schlappe für die sozialdemokratische Fraktion mit dem ehemaligen Schulrat und Stadtrat für Volksbildung Erich Frister an der Spitze. Angesichts der sich täglich verschärfenden Widersprüche an den Schulen, der Unterdrückung der Schüler, der verschärften Aufsicht der Lehrer, die diesem Auftrag nicht nachkommen, der Mehrarbeit für Lehrer, der Lehrerarbeitslosigkeit, der teilweise unerträglichen Raumverhältnisse und der überfüllten Klassen, des ständigen Ausfalls von Unterrichtsstunden und vielem mehr, entfaltet sich der Kampf gegen die bürgerliche Schule und für eine Ausbildung im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes. Schüler und Lehrer beteiligen sich an diesem Kampf. Immer mehr Lehrer haben sich in den letzten Jahren gewerkschaftlich in der GEW organisiert, um mit der Gewerkschaft den Kampf gegen verstärkte Mehrarbeit und politische Unterdrückung zu führen. Die sozialdemokratische Regierungsfraktion innerhalb der GEW verfolgt ihren Auftrag zu verhindern, daß sich die GEW eng mit den Gewerkschaften des DGB auf der Grundlage einer klassenbewußten Politik verbindet. Ziel und Hoffnung der Sozialdemokraten ist es, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lehrer zu zersetzen und die GEW zu einem staatstreuen Dienstherrenverein zu machen. In der GEW gibt es dagegen großen Widerstand. Für einen solchen Verein haben sich die Lehrer nicht organisiert. In Westberlin hat sich der Kampf soweit zugespitzt, daß Frister mit Urteilen und Unterstützung bürgerlicher Gerichte den Ausschluß des Landesverbandes aus der GEW durchsetzen muß, will er sich und seine Fraktion retten. Er hat im Bundesvorstand die Auflösung des Landesverbandes beschließen lassen und betreibt seitdem den Versuch, einen Spalterverein in Westberlin unter dem Namen GEW zu gründen. Bisher hat er für diesen Verein nur die Schulaufsicht begeistern können.

Auf der Landesvertreterversammlung (LVV) in der letzten Woche hoffte er nun mit Hilfe der bis zu diesem Zeitpunkt Vorsitzenden Frau Eleonore Kujawa, Sozialdemokratin, mit dem Posten einer Schulleiterin bedacht, den Landesverband durch Beschluß der LVV auflösen zu lassen. Er hoffte darauf, daß dieser Coup gelingen könne, weil sich der Versuch von Opportunisten um das Sozialistische Büro und der Gruppe Rote Fahne, die Auflösung durch Gerichtsbeschluß zu umgehen, als Sackgasse erwiesen hatte und das Geschiebe vor den bürgerlichen Gerichten den Aufbau einer klaren Kampffront ständig behinderte. Die sozialdemokratische Fraktion im Bündnis mit den Revisionisten der SEW machten den Versuch, alle Delegierten zum bedingungslosen Übertritt zu bewegen. Als ihnen dies nicht gelang, zogen sie aus dem Saal. Einige wenige Opportunisten wollten die Delegierten für einen weiteren Gang vor die Gerichte gewinnen. Da ihre Klage gegen die Auflösung abgelehnt worden war, weil es sich nicht um ein Organ der GEW handele, das den Prozeß führe, sondern „nur" um einfache Mitglieder, wollten sie jetzt einen Beschluß der LVV, die Klage weiterzuführen. Die Mehrheit der Delegierten verwehrte dies zu Recht. Sie wollten nicht noch mal die GEW in die Abhängigkeit der bürgerlichen Justiz begeben. So kam der Beschluß zustande, den Landesverband nicht aufzulösen.

Doch damit ist noch nichts gewonnen. Nach dem Auszug der Fraktionen von SPD und SEW war keineswegs geklärt, welche Aufgaben jetzt für die Mitglieder des Landesverbandes anstanden. Die SB-Führer setzten auf ihr Konzept, die GEW Berlin als Parteiersatz zu benutzen und die Gruppe Rote Fahne schien auch endlich, einen Durchbruch für eine „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" gefunden zu haben. Diese beiden im Saal verbliebenen politischen Richtungen haben mit dem Kampf um die Einheit der Gewerkschaft auf dem Boden des Klassenkampfes, also für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften nichts zu tun. „Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften" hieß aber bereits eine der zentralen Forderungen des GEW-Blocks auf der 1. Mai-Demonstration 1976. In diese Richtung gingen Beschlüsse der Mitgliederversammlungen der Bezirke Kreuzberg und Neukölln sowie des AJLE, die die Delegierten vor der LVV aufgefordert hatten, den Kampf gegen den Ausschluß des Landesverbandes weiterzuführen mit der Forderung nach Revision des Ausschlußbeschlusses des Bundesvorstandes auf einer a.o. BVV. Ein solcher Beschluß setzt die Initiative des Landesverbandes frei, sich an alle GEW-Mitglieder in Westdeutschland und Westberlin zu wenden, um politischen Druck gegen den Bundesvorstand zu machen und die a.o. BVV durchzusetzen, um dort mit der Politik des Herrn Frister abzurechnen. Die Fraktion des KBW in der GEW hat für die Durchsetzung dieses Beschlusses gearbeitet. Lange Zeit konnte sie sich damit nicht durchsetzen. Durch zähes Beharren auf dem selbstverständlichen Recht auf Revision des Ausschlußbeschlusses durch die a.o. BVV waren die oben genannten Beschlüsse durchgesetzt worden. Geduldige und unermüdliche Aufklärungsarbeit über die Bedeutung des Kampfes um die Gewerkschaft und die Aufgaben der Gewerkschaft waren dem vorausgegangen. Auf der LVV wichen dann unsere Delegierten von der festgelegten Linie ab. Sie setzten auf die augenblickliche Einheit gegenüber den anwesenden Sozialdemokraten und Revisionisten höher als die notwendige Klärung der nächsten Aufgaben. Sie sahen nicht, daß wirkliche Einheit nicht im Erlangen eines Augenblickerfolges möglich ist, sondern nur im Schritt voran zur nächsten Aufgabe. Sie setzten auf Versöhnung mit dem Opportunismus und verhielten sich selbst opportunistisch. Sie gaben sich damit zufrieden, daß man gegenüber den eindeutigen Beschlüssen von zwei Mitgliederversammlungen und des AJLE die Behandlung der Revision auf der ordentlichen BVV in Aussicht stellte. Das ist ein schwerwiegender Fehler. Das gibt Frister die Initiative zurück. Eine a.o. BVV muß gegen ihn durchgesetzt werden. Im Kampf darum wird sich die politische Lage zu seinen Ungunsten verändern. Er steht dabei von vornherein in der Defensive und gibt den Gewerkschaftern die Möglichkeit nachzusetzen. Die Kollegen, die uns in der Forderung nach einer a.o. BVV unterstützt haben, riefen nach dieser LVV empört bei den Delegierten aus der Fraktion des KBW an und beschwerten sich, daß von der Forderung abgewichen wurde. Einige machten uns darauf aufmerksam, daß sie erst auf der LVV begriffen hätten, warum der KBW so beharrlich an der Forderung nach der a.o. BVV festgehalten hat. Sie waren erstmalig bereit, dies zu unterstützen und waren enttäuscht über unser Verhalten. Zu Recht! Opportunismus zahlt sich nicht aus. Das hat unsere gesamte Fraktion in den nächsten Tagen in ihren Schulgruppen erfahren. Dieser Fehler muß korrigiert werden. Die Korrektur ist angepackt. Die Delegierten haben in den Schulgruppen ihr eigenes Verhalten kritisiert und treten für eine neue a.o. Landesvertreterversammlung ein, um dort den Kampf zur Durchsetzung der a.o. BVV weiter zu organisieren und den Kampf gegen den Ausschluß des Landesverbandes weiter zu führen. In Kreuzberg ist der Bezirksvorstand der GEW verpflichtet worden, ein Informationsblatt an alle Schulgruppen zu senden, in dem die Forderung nach einer a.o. BVV umfassend erläutert wird. Dabei wird der Landesverband der GEW in Westberlin die Aufgaben im Kampf gegen erhöhte Mehrarbeit der Lehrer, für den Lohn und mit den Schülern gegen die Unterdrückung in der bürgerlichen Schule nicht liegen lassen. Er setzt dabei auf die Unterstützung der ganzen GEW. – (hs)

Aus den Fehlern in Brokdorf lernen! Den Zusammenschluß gegen das imperialistische Energieprogramm stärken!

Osnabrück. Folgende Resolution, unterzeichnet von 19 Arbeitern und Angestellten der Klöckner-Georgsmarienhütte, wurde geschickt an die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Bürgerinitiative gegen Atomenergie Osnabrück, Neue Osnabrücker Zeitung, die „Metall", Zeitschrift der IG Metall, und an die Kommunistische Volkszeitung: „Wir sind gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung, weil es nur den Zweck hat, billigen Strom für die Industrie zu liefern. Sie will mehr Maschinen betreiben, um Arbeiter wegzurationalisieren. Es stimmt nicht, wenn behauptet wird, daß durch Kernenergie Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Industrie erhält den Strom für Billigtarife, die Masse der Bevölkerung muß für die Kilowattstunde Strom ein Mehrfaches von dem bezahlen. In der Hand der Kapitalisten ist der Betrieb von Kernkraftwerken ein lebensgefährliches Abenteuer. Sie sind nicht fähig, diese sicher zu betreiben, sie wissen noch nicht einmal, wo der Atommüll hinsoll, sie sehen nur ihre Gewinne. „Nach mir die Sintflut" ist ihre Devise.

Deshalb ist eine breite Bewegung gegen den Bau von Kernkraftwerken entstanden. Die ganze Hetze in der Presse, das Verbot der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf und das gewaltige Polizeiaufgebot haben nicht verhindern können, daß über 30 000 Menschen dem Aufruf der Bürgerinitiativen gefolgt sind. Der Bau des KKW in Brokdorf kann nur verhindert werden, wenn man auf den Bauplatz geht. Die große Einheit der Demonstration hätte das ermöglicht. Es war nicht richtig, auf dem halben Wege wieder umzukehren. Wir fordern die Bürgerinitiativen auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um den Bau des KKW zu verhindern."

Syke. Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Syke hat auf ihrer Sitzung in der letzten Woche beschlossen, die Kundgebung in Gorleben am 12.3. zu unterstützen. Gleichzeitig haben sie einen Brief verfaßt an die örtlichen Bürgerinitiativen in Gorleben, in dem sie kritisieren, daß Wüstenhagen und Schuchardt als Redner für die Kundgebung ausgewählt wurden. Sie schreiben, daß sie der Auffassung sind, daß solche Redner wie Wüstenhagen, der mitverantwortlich ist für die Spaltung der Brokdorf-Demonstration und die Aussöhnung mit dem Staat predigt, daß solche Redner dort nicht zu Wort kommen sollten und daß doch ein Redner ausgewählt werden soll, der tatsächlich für die Forderungen der Bewegung arbeitet.

Pinneberg. Die Bürgerinitiative in Pinneberg hat beschlossen, daß eine Landeskonferenz einberufen werden soll, auf der die Vorgänge auf der Brokdorf-Demonstration geklärt werden sollen.

Pinneberg. Die Betriebsgruppe Kreiskrankenhaus Pinneberg hat beschlossen: Auf der Zahlstellenversammlung soll der Antrag gestellt werden, daß am 1. Mai eine Demonstration in Pinneberg durchgeführt wird und dort die Forderungen gegen das KKW Brokdorf vorgetragen werden.

Bremen. Die Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke (BBA) haben auf ihrer Vollversammlung am 3.3.1977 (600 Teilnehmer) beschlossen, die Kundgebung gegen den Bau einer Atommülldeponie in Gorleben am 12.3. zu unterstützen.

In Beziehung auf die Auswertung der Brokdorf-Demonstration hat die Vollversammlung sich noch nicht vereinheitlichen können. Von verschiedenen Rednern sind die Manöver der Opportunisten auf der Demonstration angegriffen worden, aber nach einer halben Stunde wurde die Debatte von der Versammlungsleitung abgebrochen, so daß eine Vereinheitlichung nicht möglich war.

Ergebnisse der Ostseeküstenkonferenz vom 28.2.

Die Konferenz beschließt:
1. Zum schnellmöglichsten Termin wird eine Landeskonferenz einberufen. 2. Verantwortlich für die Kontaktaufnahme mit den anderen Regionalkonferenzen wird Eckernförde, Kiel und Lübeck. 3. Bis zum 10.3. muß allen Initiativen ein Bericht der Demonstrationsleitung zugestellt werden. 4. Am 11.3. findet die nächste Ostseeküstenkonferenz statt.

Grohnde/Weser. Eine Konferenz von 49 Bürgerinitiativen aus dem Bundesgebiet hat am 5.3.77 beschlossen, zu einer Demonstration am Baugelände des Atomkraftwerks Grohnde aufzurufen. In dem Beschluß heißt es unter anderem:

„Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir: Wir wollen kein AKW in Grohnde oder anderswo!

Die Bürgerinitiativen fordern:
- Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten in Grohnde und Räumung des Bauplatzes!
- Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo!
- Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien!
- Weg mit dem Atomenergieprogramm!
- Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Strafverfolgungen gegen AKW-Gegner!

Wir suchen kein Konfrontation mit der Polizei, wir wollen das AKW verhindern. Polizisten und Arbeiter auf dem Bauplatz sind nicht unsere Gegner, es geht um die Sache selbst, um die Verhinderung des Atomkraftwerks.

Alle Bürgerinitiativen werden aufgefordert, sich an die hier formulierten Beschlüsse zu halten und Vorbereitungen zur Großkundgebung zu treffen.

Dieser Beschluß ist auf der Regionalkonferenz einstimmig, ohne Enthaltungen, angenommen worden.

Wilster. Gruppe Rote Fahne für imperialistisches Energieprogramm. Die Demonstration am 19.2. wollte die „Gruppe Rote Fahne" in Wilster auf einer Veranstaltung als Erfolg verkünden. Diese Ansicht hatte die Bourgeoisie über ihre Zeitungen bereits vorweggenommen. In dem Flugblatt zu dieser Veranstaltung machten sie sich jetzt noch stärkere Sorgen um die „Abhängigkeit der BRD in der Energieversorgung". Also: „Die KPD kämpft deshalb für die verstärkte Nutzung der einheimischen Energie, z.B. der Kohlevorkommen und der Erschließung neuer Energiequellen, z.B. Sonnen, Wasserkraft und Windenergie etc.". Es waren nur einige Sozialdemokraten erschienen, um der „Gruppe Rote Fahne" ihr Lob auszusprechen. Der anwesende Vertrauensmann aus der Itzehoer Bürgerinitiative fragte nach der Entscheidung der sogenannten „BUU-Leitung", in Neufeld an einer schwachen Polizeisperre umzudrehen. Die „Gruppe Rote Fahne" beantwortete diese Frage nicht, sondern erklärte die anwesenden Veranstalter für Nicht-GRF-Mitglieder. Die Mitglieder der KBW-Ortszelle Itzehoe gaben deshalb eine Erklärung ab, in der sie die Empfehlung aussprachen, den unpassenden Namen „KPD" für die proimperialistische Unterstützung der Bundesregierung durch geschlossenen Übertritt in den „Verein zur Förderung der Windenergie e.V., Sitz in Eckernförde, zu bereinigen.

Den ersten Orden hat der KB(Nord)

Seit der Demonstration in Brokdorf und der Verhinderung des Marsch der 30000 Demonstranten zum Bauplatz durch die Opportunisten vom KB(Nord) und der Vaterlandsverteidigervereinigung „Gruppe Rote Fahne" und der Benennung der Verantwortlichen durch den KBW tobt diese „Szene". In Hamburg sind sie als Steinwerfer auf das KBW-Büro aufgetreten. In Hannover sind 20 der gleichen „Szene" ebenfalls unter Führung des KB(Nord) in das KBW-Büro eingedrungen, haben Fischmehl gestreut und ein Toilettbecken abgestellt. Tags darauf verbreiteten sie ihren Heldenmut per Flugblatt. Wir hatten nach der Brokdorfdemonstration in einem Extrablatt gesagt, daß die Bourgeoisie wissen muß, wie die Namen der verantwortlichen Verräter sind, damit sie die entsprechenden Orden den Richtigen verleiht, und haben sie veröffentlicht. Zu welchen Bourgeoisehren diese Leute gelangen werden, wird man noch sehen. Aber die Volksmassen sollen um den Mut dieser Leute wissen. Wir haben dem hannoverschen Führer des KB(Nord) auf der Versammlung der hannoverschen Bürgerinitiativen deswegen entsprechend gekürt und ihnen das erste Exemplar des Hasenfußordens an goldener Kette um den Hals gehängt, der alljährlich für den mutigsten dieser Szene verliehen werden soll.

Hannover. Gegen die von der niedersächsischen Landesregierung geplante Kreisreform demonstrierten am 5.3. über 20 000 in Hannover. Bis zum Sommer will die Regierung Albrecht 12 oder 14 Landkreise und vier der acht Regierungsbezirke auflösen. Der Unterdrückungsapparat soll dadurch gestrafft und die planmäßige Verödung ländlicher Gebiete vorangetreiben werden. Für die Volksmassen bedeutet diese „Reform" noch weitere Wege zu den bürokratischen Schikanen der Kreisveraltungen, für die Lohnabhängigen in den Kreis- und Bezirksverwaltungen verschärfte Rationalisierung, Versetzungen und Entlassungen.

Göttingen. Am Montag abend wurde erfolgreich mit 350 Menschen ein Wohnhaus in der Göttinger Innenstadt besetzt. Die Aktion wurde nach einer Demonstration gegen eine vorangegangene polizeiliche Räumung des Hauses durchgeführt. In einer 3/4 Stunde wurde ein 40 Meter langes und fünf Stockwerke hohes Baugerüst abgebaut und als Barrikade benutzt. Die aus dem Umland zusammengezogenen Polizeikräfte konnten den Abriß nicht durchsetzen. Aus vier Betrieben wurden Resolutionen für die erfolgreiche Hausbesetzung geschickt.

Westberlin. Die Klasse 1162 der Pölzig-Oberschule, einer Berufsschule für Baulehrlinge, verabschiedete folgende Resolution: „Die Situation der arbeitenden Bevölkerung hat sich verschärft. Bei steigenden Lebenshaltungskosten, durch Tariferhöhungen bei Bewag, GASAG, Müllabfuhr usw. und steigende Preise wird der Lohn gesenkt. Bei der Arbeiterjugend reicht die Ausbildungsvergütung nicht aus, die eigenen Kosten für Unterbringung und Verpflegung zu decken, das heißt, die Auszubildenden müssen den Eltern auf der Tasche liegen. Diese Situation, von der der größte Teil der Bevölkerung betroffen ist, bestimmt die Frage des Nachwuchses. Weil vom Volk die Kosten für eine größere Wohnung, für die Nahrung des Kindes und später für die Kindertagesstätte nicht zusätzlich aufgebracht werden können, ist es zur Abtreibung gezwungen. Das bürgerliche Strafgesetz stellt die Abtreibung unter Strafe. Das Bundesverfassungsgericht hat das in seinem Urteil vor ca. zwei Jahren bekräftigt. Weil dieser Paragraph angewendet wird als Unterdrückungsinstrument gegen die arbeitende Bevölkerung, fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218. Das Volk soll über seine eigenen Interessen selbst entscheiden. Wir fordern deshalb: Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgericht! Volksentscheid gegen den § 218! Am 14.3. wird der DGB eine Veranstaltung durchführen, auf der beraten werden soll, wie der § 218 angewandt werden kann. Wir wollen diese Veranstaltung besuchen und dort unsere Meinung sagen."

Nach der Lohnsenkung imperialistische Aufbruchstimmung

„Öffentliche Arbeitgeber sind mit Heinz Kluncker zufrieden"

„Tarifabschluß mit Maß und Ziel." Und: „Ein tolerierbarer Abschluß." So der „Mannheimer Morgen" und die „Süddeutsche Zeitung". – „Ein öffentliches Ärgernis" und „ein Skandal", so die „Zeit" und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung"; dies sind Kommentare der Bourgeoisie in ihren Presseorganen zu dem Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst für insgesamt 4,4 Millionen Lohnabhängige und ihre Familien.

Diese Kommentare reichen von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Dieser Betrag übersteigt weit das Notwendige" bis zu „Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst in Wohlgefallen aufgelöst" (Handelsblatt). Worauf sich das Wohlgefallen gründen und was gleichzeitig das „Notwendige" übersteigen soll, darüber gibt das Deutsche Fernsehen Auskunft: „Der Diplomingenieur verdiente netto 2 571,91 DM. Er hat jetzt 128,88 DM mehr. Real aber bleiben nur 20,85 DM. Die Krankenpflegerin, Nettogehalt bisher 1 120,20 DM, Zugewinn 48,47 DM. Beim Müllader, der bisher 1 148,15 DM verdiente, er,höht sich der Nettolohn um 69,00 DM. Rechnet man 4 % Teuerung ab, bleiben 20,20 DM."

Wundern kann sich über den „schnellen" Abschluß nur das Blatt der sozialdemokratischen Klassenversöhnler selber, die „Frankfurter Rundschau": „Erstaunlich war höchstens, daß sich die Tarifparteien trotz des harten Streits über das Urlaubsgeld schon in der dritten Runde einigten."

Die „Frankfurter Rundschau" betreibt mit ihrer Heuchelei über das „schnelle" Ergebnis Gesichtsmassage für Heinz Kluncker, der in Schwierigkeiten ist, den Lohnraub als Erfolg aufzumöbeln. Diese sind erheblich und lassen sich nicht auflösen in Wohlgefallen, dazu fehlt den Beschäftigten in öffentlichen Diensten die materielle Basis.

Das „Handelsblatt" faßt die Sache so zusammen, was alle Bourgeois auf jeden Fall zu dem Ergebnis sagen können: „Öffentliche Arbeitgeber mit Heinz Kluncker zufrieden." Teils kommt sogar richtiger Jubel über den Lohnraub zum Ausdruck. „Ein vorbildliches Ergebnis" schätzt Halstenberg, Vertreter der Länder, der sich rühmt, mitverantwortlich zu sein für den Lohnraubabschluß. Das soll er z.B. mal den Krankenpflegeschülern erzählen, für die an die 70 DM minus ausgehandelt wurden, eine direkte Lohnsenkung im Tarifkampf um die Lohnerhöhung. Das ist das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, daß die Sozialdemokratie es wagt, mit „Minuslohnerhöhung" Tarife abzuschließen. Dazu sucht sie sich besondere Gruppen von Beschäftigten aus. Was beim Haushaltssicherungsgesetz von der ÖTV-Führung noch mit dem Beamtengesetz entschuldigt und durch „Besitzstandswahrung" notwendig bemäntelt wurde, wird jetzt offen per Tarifvertrag ausgehandelt. Ein Versuchsballon!

Der Versuch, für die Bahnbeschäftigten einen anderen, schlechteren Abschluß auszuhandeln, geht in dieselbe Richtung. Die Spaltung des öffentlichen Dienstes in einzelne autonome Tarifbereiche scheint der Bourgeoisie ein weiteres Mittel für den Einsatz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung; sie soll sich gegenseitig in Minusabschlüssen überbieten.

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer der GdED, Vomberg, ließ die Regierung schon am Wochenende erkennen, daß er mit dem „Einfrieren" der Zulagen für erhöhte Schweißauspressung (Leistungszulagen) und unerträgliche Arbeitsbedingungen (Erschwerniszulage) einverstanden ist, er sieht den „fairen Kompromiß" darin, daß die Tariferhöhung für Zulagen lediglich für einige Monate eingefroren wird. Genauso sieht jetzt auch der Abschluß aus, bis 1. September werden die Zulagen nicht erhöht.

In der bürgerlichen Presse wird auch schon ganz offen darüber verhandelt, daß man den Beamten die Streckungszulage von 100 DM gut streichen kann als Beitrag für die Arbeitslosenkassen. ÖTV-Vorsitzender Kluncker hat selber mit seinem Vorschlag, die Beamten zu einer Sonderabgabe heranzuziehen, den Boden für diesen Angriff auf den Lohn der Beamten im öffentlichen Dienst bereitet. Die Politik der Sozialdemokraten richtet sich immer unverblümter gegen die Interessen der Lohnabhängigen. Die Kapitalisten stehen ihnen auf den Zehen, sie haben mehr vor als nur, „einfachen" Lohnraub. In diese Richtung gehen auch die Kommentare von „Frankfurter Allgemeiner Zeitung" und „Zeit", die trotz allgemeiner Zufriedenheit über den Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst für die Zukunft vorzubauen suchen und unvermindert gegen die Beschäftigten in öffentlichen Diensten hetzen: „Das ist für die Bürger, die das alles zahlen müssen, kein ‚fairer' Kompromiß mehr; das ist ein Skandal", und vergißt auch nicht die Streiks zu erwähnen, die schuld sind, daß es zu dem „Skandal" kam. Das Bewußtsein der Bourgeoisie über die Unvermeidlichkeit weiterer Kämpfe mischt sich in die Zufriedenheit über den Abschluß um so mehr, weil die Bourgeoisie ihre weiteren imperialistischen Pläne im Auge hat. Den „Mannheimer Morgen" stimmt denn auch die „zähneknirschende und ablehnende Reaktion vieler Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes" bedenklich.

Regierung macht Stimmung

Die Unkenrufe weitblickender Bourgeois übertönt Bundeswirtschaftsminister Friderichs: „Auftriebskräfte gewinnen wieder an Gewicht". Vor der „überraschend gut besuchten" Messe konnte der Minister „grundsätzlich zuversichtlich" die Messe eröffnen. Was er zu sagen hatte, interessiert die Bourgeoisie, hatte doch knapp 24 Stunden zuvor der Kanzler die Marschroute für die Verhandlungen im öffentlichen Dienst festgelegt. „Mehrere Kabinettsmitglieder haben an der Besprechung teilgenommen." (FAZ) Das mußte sich auf Friderichs' Eröffnungsrede auswirken: „Die inländische Nachfrage sei kräftiger geworden – die Auslandsbestellungen bewegten sich weiter auf hohem Niveau – und die inländischen Investoren hätten gegen Ende des vergangenen Jahres einen deutlichen Schritt nach vorn gemacht." (FAZ)

Die Stahlkapitalisten z.B. machen wahrhaftig „deutliche Schritte nach vorn", sie werfen einige tausend Arbeiter auf die Straße.

Mehr Zuversicht am Aktienmarkt

HANDELSBLATT, Mittwoch, 2. 3. 1977

H.K. DÜSSELDORF. Am Aktienmarkt hat sich die Stimmung zur Wochenmitte verbessert. Ausgehend von der Entspannung durch die sich abzeichnende Einigung im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes und beflügelt von der kräftigen Erholung an der New Yorker Börse machte die Stabilisierung der Kurse weitere Fortschritte. Käufe lagen vor allem von institutionellen Anlegern aus dem Inland vor. Auffallend war die deutliche Erholung der Siemens-Aktie.

Offensichtlich geht die Bourgeoisie davon aus, daß die Siemens-Kapitalisten größere Geldmittel aus dem Lohnraub für weitere Rationalisierungsinvestitionen erhalten werden, zum Beispiel für die Einrichtung eines elektronischen Vermittlungssystems bei der Post.

Man wird sich erinnern: Die Sozialdemokraten priesen den Lohnraubabschluß für die Stahlarbeiter von 6 Prozent als Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze. Kluncker sabbelt jetzt dasselbe herunter: „Die ÖTV hoffe, daß sie mit ihrem Verhalten einen Beitrag zum sozialen Ausgleich im Jahre 1977 geleistet habe!" Insgesamt machen die BRD-Imperialisten auf diese Art Fortschritte in ihrem Kampf um Marktanteile auf dem Weltmarkt.

Im Monatsbericht der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Lage heißt es am 25.2.: „Trotz Verlangsamungstendenzen in der Weltkonjunktur lag die Auslandsnachfrage zuletzt weiterhin merklich höher als im ersten Halbjahr (plus 7,5 Prozent, saisonbereinigt)."

Verlangsamt sich die Weltkonjunktur, heißt das, der Umfang der Geschäfte auf dem Weltmarkt nimmt zwar weiter zu, aber nicht im gleichen Maße wie bisher. Steigen dabei die Auslandsbestellungen für die BRD-Kapitalisten stärker an, so heißt das nichts anderes, als daß auf sie dieser Verlauf nicht zutrifft, im Gegenteil, es ihnen gelungen ist, Aufträge zu ergattern durch Ausschalten der Konkurrenz. Ausgestochen werden kann die Konkurrenz aber lediglich durch günstigeres Angebot, das geht aber wiederum nur, wenn in der BRD billiger produziert wird als anderswo. Das wiederum geht nur durch die Verbilligung der Arbeitskraft: Unter der imperialistischen Konkurrenz ist die Produktivkraft der Arbeit vergleichbar hoch entwickelt, Maschinerie und Technologie sind auf vergleichbarem Stand und muß auch sein. Innovationen müssen von allen Kapitalisten international übernommen werden, wollen sie in der Konkurrenz bleiben.

Hier gibt es kaum Spielraum, der längerfristig Vorteile im Kampf um die Marktanteile auf dem Weltmarkt bringt. Unterschiede gibt es aber in dem Grad der Ausbeutung, dem Grad, wie die Kapitalistenklasse eines Landes gegenüber den Arbeitern in diesem Land Lohnsenkung und zusätzlich mehr unbezahlte Mehrarbeit (kapitalistische Rationalisierung) durchsetzen kann.

Gelingt den Kapitalisten ein Schlag gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land, machen sie „einen Schritt nach vorn" auf dem Weltmarkt.

Dabei ist interessant, daß die imperialistischen Konkurrenten hauptsächlich Investitionsgüter aus der BRD bestellen, „Innovationen" also, um bei sich selber den Vorteil der BRD aus der kapitalistischen Rationalisierung wettzumachen.

Laut Wirtschaftsbericht sind die Auslandsaufträge im Zweimonatsvergleich (November / Dezember 1976) „sowohl bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (–4,5 %) als auch bei der Verbrauchsgüterindustrie (–9,5 %)" zurückgegangen. Das ist wichtig für die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen in Westdeutschland, die sich von dem sozialdemokratischen Geschwätz freimachen müssen, 'nach der Lohnsenkung würde es bald wieder aufwärts gehen mit den Arbeitern'. Die Arbeiter und alle Lohnabhängigen bezahlen diesen Beitrag mit ihrer Lebenskraft. Absehbar ist: Wollen die westdeutschen Imperialisten, die ihre „Investitionsgüter" exportieren und damit die Fortschritte in der kapitalistischen Rationalisierung, müssen sie durch verstärkte Ausbeutung diesen „Ausgleich" wiederum wettmachen.

Der Abschluß im öffentlichen Dienst stimmt sie dabei insofern optimistisch, weil sie glauben, in den noch anstehenden Tarifkämpfen damit landen zu können. Kommentator Werner Mühlbrat gleich am 2.3.1977 in den ZDF-Nachrichten: „Für die lohnpolitischen Entscheidungen, die jetzt in der Bauwirtschaft, der Chemie- und der Textil- und Bekleidungsindustrie anstehen, ist der Stuttgarter Abschluß ein bemerkenswertes Signal."

Die Sozialdemokraten treffen auch schon die entsprechenden Vorbereitungen. In der Druckindustrie hat die Gewerkschaftsführung ohne Berücksichtigung der Beschlüsse der Mitglieder eine Prozentforderung aufgestellt. In der Chemieindustrie bereitet Hauenschild entsprechend das Feld vor. Prozente seien die richtige Forderungsart. Mit langatmigen Veröffentlichungen zu der Schädlichkeit der Festgeldforderungen bereitet die Gewerkschaftsführung der IG Druck den Lohnraub vor. Sie wissen, daß sich die Arbeiterbewegung in diesen Bereichen zum Kampf rüstet unter einer einheitlichen Festgeldforderung von 170 DM. – (hr)

Resolution des Kongresses der Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde am 5. März 1977 in Frankfurt

Am 5. März trafen in Frankfurt die Delegierten der Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde zur Beratung zusammen. Dieser Kongreß war bereits beschlossen von dem Delegiertenkongreß, der vor Beginn des vergangenen Semesters stattfand, und vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland einberufen. Die an etwa 90 Universitäten und Hochschulen arbeitenden Mitglieder wurden durch 209 Delegierte vertreten. Die im folgenden abgedruckte Resolution, die die Ergebnisse dieser Beratung festhält, wurde nach viereinhalbstündiger Debatte durch den Kongreß einstimmig beschlossen.

Damit haben die Delegierten klargestellt, daß keineswegs – wie von den Opportunisten behauptet – der auf dem Kongreß zu Beginn des vergangenen Semesters beschlossene Kurs, „im Aufbau der Studentenkoalitionen den Kampf gegen die materielle Abhängigkeit der Studentenmassen vom imperialistischen Staatsapparat an die erste Stelle setzen", verantwortlich ist für das Hochkommen des Opportunismus im vergangenen Semester und für die schwerwiegenden Stimmeinbußen bei den Studentenparlamentswahlen auf seiten der Kommunisten. (Vgl. Resolution des Kongresses der Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde am 9./10. Oktober 1976, Heft 7/1976 Kommunismus und Klassenkampf, und: Stimmergebnisse der Studentenparlamentswahlen, Heft 2/1977 Kommunismus und Klassenkampf.)

Die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus um Durchsetzung dieses Kurses oder aber Verhinderung der notwendigen Streikaktion für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt und des Aufbaus der Studentenkoalitionen wurde in den Lehrveranstaltungen verloren.

In den Auseinandersetzungen in den Lehrveranstaltungen wurde Fragen, die durch den Klassenkampf längst in aller Schärfe aufgeworfen sind, ausgewichen. Das ist eine Tendenz zur Klassenversöhnung, und so konnte eine wesentliche politische Aufgabe im vergangenen Semester nur begonnen, aber nicht gelöst werden: den Deckmantel wissenschaftlicher und politischer Autorität zu lüften, unter dem sich eine Riege liberaler „Profs" und „Assis" als Führung der Studentenbewegung ausgibt und ihr Geschäft der ideologischen Entwaffnung der Studentenbewegung, der Abstumpfung der Gegensätze zum imperialistischen Staatsapparat verrichtet.

Die Bourgeoisie macht sich Hoffnungen, mit Hilfe dieser Hochschulbeamten und der Opportunisten, die dieses Amt erst noch erreichen wollen, im kommenden Semester den notwendigen Aufbau von Studentenkoalitionen unterminieren zu können, um die beabsichtigte Verschärfung der materiellen Abhängigkeit der Studentenmassen mit Hilfe des BAFöG, der politischen Entrechtung mit Hilfe der Hochschulgesetze und der Dressur in den Lehrveranstaltungen mit Hilfe der Studien- und Prüfungsordnungen in die Tat umzusetzen.

Empfindliche Rückschläge der Studentenbewegung sind unvermeidlich, wenn im Kampf gegen diese Reaktion der Bourgeoisie der notwendige Fortschritt im Aufbau der Studentenkoalitionen nicht erreicht wird, sondern es den bürgerlichen Professoren und Assistenten und denen, die diese Würden noch nicht einnehmen, gelingt, die Lösung dieser Aufgabe weiter hinauszuzögern. Jedoch sind diese Rückschläge keineswegs notwendig. Darüber sind sich auch die Bourgeois im klaren. Ende Februar ließ der Verband ihrer Hochschullehrer durch einen Leitartikel in der Zeitung „Die Welt" seine Beunruhigung mitteilen: „An der Göttinger Universität mit ihren fast 20 000 Studenten registrierten Hochschullehrer und Staatsanwaltschaft von Dezember 1976 bis Semesterende eine ununterbrochene ‚Serie von Bedrohungen, Nötigungen, Hausfriedensbrüchen und Beschädigungen' ..."

Die Hochschulbeamten haben mit sicherem Instinkt erkannt, daß der Aufbau der Studentenkoalitionen im Kampf gegen die Dressur durch die imperialistischen Hochschulbeamten den Zielen der Bourgeoisie gefährlich wird.

Die Delegierten der auf Grundlage des Programms des KBW zusammengeschlossenen Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünde stellen fest:

1. Umfassende, alle Erscheinungen des Studiums wie alle gesellschaftlichen Beziehungen der Studenten ergreifende Verschärfung der Widersprüche zwischen den Studentenmassen auf der einen, der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat auf der anderen Seite bestimmt den Verlauf des vergangenen Semesters. Die kraftvollen Bewegungen der Studentenmassen sind sowohl Ergebnis dieser Verschärfung aller Widersprüche als auch Ausdruck eines gesteigerten Bewußtseins der Studentenmassen von diesen Widersprüchen. Die Reaktion der herrschenden Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparates auf diese verschärften Widersprüche bestand in verstärkten Anstrengungen zur Unterdrückung der Interessen der Studentenmassen wie zur Unterdrückung der Kämpfe der Studenten. Die verschärfte Unterdrückung, die offene Reaktion konnte durch Täuschungsmanöver und Betrugsversuche einer ganzen Legion eigens dafür angestellter Hochschulbeamter und eigens dafür abgestellter Bourgeoispolitiker kaum kaschiert werden. Das Bewußtsein vom *gegensätzlichen* Charakter der Interessen der Studentenmassen und der Interessen der Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparates an diesen Studenten ist heute unter den Studenten stärker als je.

Damit ist der *Fortschritt*, den die Bewegung im vergangenen Semester gemacht hat, bestimmt.

2. Die konkreten Interessen, von denen her die herrschende Kapitalistenklasse ihren Staatsapparat in Gang gegen die Studentenmassen setzt, traten im Verlauf der Kämpfe klarer hervor und können jetzt genauer bestimmt werden. Diese konkreten Interessen sind:

– Das Interesse an ausreichender Ver-

- Das Interesse an ausreichender Versorgung des Marktes mit Arbeitskräften, die qualifiziert sind, Teilfunktionen des Kapitals, also Teilfunktionen der Kapitalistenklasse gegen Lohn zu verrichten.
- Das Interesse, die Abhängigkeit dieser Lohnabhängigen zu steigern, woraus die Überzufuhr an solchen Arbeitskräften zu einem Interesse der Kapitalistenklasse wird.
- Das Interesse, sowohl die Zufuhr von diesen Arbeitskräften als auch die Überzufuhr nicht zu bezahlen, sondern von der Arbeiterbevölkerung bezahlen zu lassen, so daß der Widerspruch von der Lohnarbeit, die im Kapital ihren eigenen, feindlichen Gegensatz hervorbringt, seine Entsprechung findet in der Zumutung an die Arbeiterbevölkerung, Funktionäre der Kapitalistenklasse als Vermehrung der Truppen ihres Feindes hervorzubringen.
- Das Interesse, innerhalb dieser Ausbildung den Konkurrenzdruck zu steigern, da dieser Konkurrenzdruck entscheidendes Mittel zu Anerziehung des Kadavergehorsams bildet, welcher der wesentliche Inhalt der Hochschulausbildung ist. Die Konkurrenz ist die einzige Form, in welcher die herrschende Kapitalistenklasse den Widerspruch zwischen der Lohnabhängigkeit ihrer Funktionäre und der Antreiber- und Unterdrükkungsfunktion dieser Funktionäre zu bannen vermag.
- Der Konkurrenzdruck wird von zwei Seiten her entwickelt, nicht nur von einer Überzufuhr von ausgebildeten Studenten auf den Markt, sondern auch von einer Überzufuhr von ausbildungswilligen Studenten zum Studium und vom Arbeitsmarkt. Ebenso, wie die herrschende Kapitalistenklasse die Überzufuhr auf den Markt von der Arbeiterbevölkerung zahlen läßt, ebenso läßt sie die Überzufuhr zum Hochschulstudium von der Arbeiterbevölkerung zahlen.
- Freie Wirkung der Gesetze des Arbeitsmarktes auf die Hochschulausbildung wie die Studenten, umfassende Verschärfung der Konkurrenz der Studenten gegeneinander, volle Wirkung des Drucks der industriellen Reservearmee, insbesondere der jugendlichen industriellen Reservearmee auf die Studenten, so lassen sich die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse an der reaktionären Reorganisation des Studiums umreißen.
- Dies unterscheidet die gegenwärtigen Maßnahmen der herrschenden Kapitalistenklasse und ihres Staates von jenen, die mit Ausgang der sechziger Jahre getroffen wurden. Damals war die herrschende Kapitalistenklasse gezwungen, ihre Interessen unter der Bedingung eines leergefegten, insbesondere bei der Jugend leergefegten Arbeitsmarktes zu verwirklichen. Deswegen war die Kapitalistenklasse damals zu allerhand Manövern gezwungen und mußte ihre Reaktion unter dem Deckmantel von Zugeständnissen betreiben. Heute ist der Arbeitsmarkt überführt, die kapitalistische Produktion hat die industrielle Reservearmee produziert, der Deckmantel fällt, die nackte Reaktion wird sichtbar.

wird sichtbar.

- Volle Entfaltung der Konkurrenz, freie Wirkung der Gesetze des Arbeitsmarktes auf Studium und Studenten, das ist das taktische Ziel der herrschenden Kapitalistenklasse bei ihren gegenwärtigen Maßnahmen.
- Strikte Unterbindung von Koalitionen, in welchen die Konkurrenz aufgehoben werden kann und in gemeinsame Konkurrenz, in einheitlichen Kampf der Studentenmassen gegen den kapitalistischen Staatsapparat, der ihre Arbeitskraft vernutzt, überführt werden kann, das ist der politische Gehalt aller Maßnahmen der Entrechtung und Unterdrükkung, die von der herrschenden Kapitalistenklasse gegen die Studentenmassen ergriffen werden.

3. Ohne Studentenkoalitionen kann es keine Aufhebung der wirkenden Gesetze der freien Konkurrenz innerhalb der Studentenmassen geben. Die Aufgaben der Studentenbewegung lassen sich mithin in einer Aufgabe zusammenfassen: Aufbau von Studentenkoalitionen, Kampf um die volle Koalitionsfreiheit, Kampf um das Recht, Tarife über Dauer, Bezahlung und sonstige Bedingungen der Ausbildung abzuschließen.

Die Revisionisten haben jahrelang die „Politik der gewerkschaftlichen Orientierung" propagiert. Damit wollten sie erreichen, daß die politische Linie der Sozialdemokratie, der fixierte Reformismus und Revisionismus unter Berufung auf die Arbeiterklasse in die revolutionäre Bewegung der Studenten eingepflanzt werden kann. Wir haben uns lange gescheut, die gestellte Aufgabe klar zu benennen, denn der Widerstand, den die Studentenbewegung diesem Manöver der „gewerkschaftlichen Orientierung" entgegengebracht hat, war vollständig gerechtfertigt und wurde von uns stets unterstützt. Wir sagen heute: Falsch und voller opportunistischer Absicht ist es, die Studentenbewegung an den Grundsätzen sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik „orientieren" zu wollen. Richtig und revolutionär ist es, die Studenten koalitionsmäßig, also gewerkschaftlich zu organisieren.
Wir steuern den Kurs der gewerkschaftlichen Organisierung der Studentenmassen und kämpfen in diesen Koalitionen um die Durchsetzung der revolutionären Linie.

4. Obwohl die Opportunisten der verschiedenen Spielarten allerlei unternehmen, um in der Studentenbewegung das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Aufbaus von Studentenkoalitionen zu verschütten, beweist der Gang der wirklichen Bewegung eindrucksvoll: Weil diese Studentenkoalitionen objektiv notwendig sind, objektiven Interessen der Studenten entsprechen, weil sie die offensichtlich zweckmäßige Antwort der Studentenmassen auf die Bemühungen der herrschenden Kapitalistenklasse sind, den Krach innerhalb, den Konkurrenzdruck innerhalb der Studentenmassen zu verschärfen, deswegen bilden sich diese Studentenkoalitionen *spontan* heraus.
Obwohl dem Anschein nach die politische Spaltung der Studentenbewegung zugenommen hat und die politischen Kämpfe um die Richtung der Bewegung immer heftiger werden, ist es doch so:

Parallel zu den Seminaren bilden sich Seminargruppen, die der Vorbe- sich Seminargruppen, die der Vorbe- reitung des Seminars ebenso dienen, wie der Vorbereitung von Kämpfen gegen die Willkür des Seminarleiters, entlang der Institute bilden sich Institutsgruppen, die Kämpfe gegen die Unterdrückung durch die Institutsbeamten organisieren. Die Fachschaften gehen bereits dazu über, einheitliche Kämpfe der Studenten bestimmter Fachrichtungen über das ganze Land hinweg zu organisieren.
Dies alles ist unbestreitbar, und dieser Prozeß hat sich im Verlauf des letzten Semesters schwungvoll weiterentwickelt. Er ist nicht aufzuhalten. Er kann bloß verzögert werden.

5. Die Aufgabe der Revolutionäre ist es, den Aufbau der Studentenkoalitionen zu beschleunigen. Die Aufgabe der Opportunisten ist es, einen „Mittelweg" zwischen den Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse, die den Studentenkoalitionen feindlich gegenübersteht, und den Interessen der Studentenmassen „vorzuschlagen". Dieser „Mittelweg" soll die Herausbildung von Studentenkoalitionen verhindern und kann sie tatsächlich verzögern. Es kann nicht bestritten werden, daß im vergangenen Semester die Förderung von Opportunisten und Opportunismus bis hin auf Lehrstühle sich ausgezahlt hat für die herrschende Kapitalistenklasse.

6. Die Kämpfe der Studenten bestimmter Fachrichtungen gegen Unterdrückung durch besondere Studienordnungen sind gerechtfertigt und müssen unterstützt werden. Die Kämpfe von Studenten an bestimmten Hochschulen gegen spezielle Unterdrückungsmaßnahmen an ihren Hochschulen sind gerechtfertigt und müssen unterstützt werden. Das gleiche gilt von Kämpfen an einzelnen Instituten und an einzelnen Seminaren. Aber in der Verschiedenheit und der Vielfältigkeit dieser Unterdrückungsmaßnahmen liegt ein Moment der Aufsplitterung, das überwunden werden muß.

Die Kämpfe, die sich gegen den Versuch der reaktionären Umgestaltung des Bewußtseins der Studenten durch entsprechende Lehrpläne richten, sind gerechtfertigt und müssen unterstützt werden. Die Kämpfe, die sich gegen verschärfte Prüfungen im Fortgang und zum Abschluß des Studiums richten, auch.
Aber wie sollen alle diese Kämpfe zusammengefaßt werden, wenn nicht der Gegensatz zwischen den Studentenmassen und dem imperialistischen Staatsapparat, der sie ausbildet, in der Forderung nach einer tariflich vereinbarten Bezahlung seinen ersten Ausdruck findet. Ohne Kampf gegen die materielle Abhängigkeit der Studentenmassen vom imperialistischen Staatsapparat und ohne ihre Einschränkung durch diesen Kampf kann es keinen tiefgreifenden Fortschritt im Aufbau der Studentenkoalitionen geben.

Dies war unsere Ansicht zu Beginn dieses Semesters, dies ist unsere Ansicht geblieben, zumal die praktischen Erfahrungen der Kämpfe dieses Semesters diese Ansicht bestätigen.

7. Gegenwärtig haben wir ein heftiges Geschrei von seiten der – in dieser Hinsicht – vereinigten Opportunisten zu verzeichnen. Da wir die Bedeutung des Kampfes gegen das BAFöG hervorgehoben haben, und da wir zweifellos schwere Einbußen bei den Studentenparlamentswahlen hatten, heißt es, an diesen Einbußen wäre ten, heißt es, an diesen Einbußen wäre der Kurs schuldig, beim Aufbau von Studentenkoalitionen den Kampf gegen das BAFöG an die erste Stelle zu setzen. Man rät uns, wir sollten von diesem Kurs Abstand nehmen. Über diesen Ratschlag müssen wir schmunzeln. War es nicht zu Beginn des Semesters so, daß alle den notwendigen Kampf gegen das BAFöG von der Tagesordnung wischen wollten? Wurde nicht im Verlauf des Semesters kenntlich, daß dieser Versuch von der Absicht ausging, die Studentenbewegung durch Klassenversöhung zu lähmen? Was wäre gewesen, als in die Kämpfe der Studenten ein BAFöG-Angebot der Regierung, noch schlechter als das gegenwärtige BAFöG, hineingeplatzt ist, wenn es nicht mit *erhobenen* Forderungen der Studentenmassen konfrontiert gewesen wäre? Es hätte abstumpfend auf die Kämpfe gewirkt und wäre als ein Einlenken der Regierung erschienen.

Wo doch bereits das gegenwärtige Angebot nichts ausdrückt, denn die Absicht der herrschenden Kapitalistenklasse, die besondere Abhängigkeit der Studenten noch über den Abschluß des Studiums hinauszudehnen.

Dies sind die Gründe, die die Opportunisten der verschiedenen Schattierungen motivieren, uns „gute Ratschläge" zu erteilen. Wir danken freundlich, lehnen aber bestimmt ab.

8. Worin liegen aber die Gründe, daß der Drang nach Aufbau von Studentenkoalitionen zwar zugenommen hat, aber die politische Spaltung in den bestehenden Ansätzen um sich greifen konnte?

Die politische Spaltung der Studentenkoalitionen ist ein objektives Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse. Die Überwindung dieser Spaltung ist nur auf einer revolutionären Linie möglich. Ohne daß die Revolutionäre ihre politischen Aufgaben in der Studentenbewegung erfüllen, kann der Aufbau der Studentenkoalitionen nicht gelingen.

Wir sind zu der Ansicht gekommen, daß Ursache für das Hochkommen von Opportunismus und die Spaltung der Studentenkoalitionen Fehler und Schwächen der Revolutionäre im Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft ist.

Der Kampf gegen die Opportunisten und gegen den Opportunismus wurde in den Seminaren verloren. Die Initiative zum Kampf gegen bürgerliche Wissenschaft und gegen bürgerliche Wissenschaftler, mit der das Semester begonnen wurde, blieb in sehr vielen Fällen im Verlauf des Semsters stekken. Es kam in den Seminaren zu Niederlagen gegenüber bürgerlichen Wissenschaftlern. Sodann kam es auch zur Kapitulation vor gewissen bürgerlichen Wissenschaftlern. Manchmal wurde die Arbeit in den Seminaren regelrecht gesteckt unter dem Hinweis, es sei nun diese oder jene Bewegung zu unterstützen und es bleibe keine Zeit.

Die Aufgabe der Gegenwehr gegen die Verkrüppelung des menschlichen Verstandes durch Hochschulausbildung kann von den Studentenmassen spontan nicht gelöst werden. Hier ist revolutionäre Bewußtheit vollständig unerläßlich. Scheitern die Revolutionäre vor dieser Aufgabe oder kapitulieren sie gar, so können die Studentenmassen kein sonderliches Vertrauen in die Revolutionäre setzen.

9. Warum kam es zu diesen schlimmen Erscheinungen, von denen die schlimmste die Erscheinung der Kapitulation ist? War es mangelnde Aufmerksamkeit? Dies nicht, denn die Bedeutung der Frage war klar umrissen. War es mangelnde Ausbildung? Dies nicht, denn nach wie vor gilt, einen bürgerlichen Wissenschaftler schlagen, ist im Zeitalter des Imperialismus nicht sonderlich schwer. Woran hat es dann gelegen?

„Der Zweck der Hochschulausbildung steht im Gegensatz zu den Interessen der Menschenmassen, die als Material dieser Ausbildung von der Bourgeoisie angesaugt werden. Diese Ausbildung läuft demzufolge darauf hinaus, die gesamten Lebenserfahrungen der Studentenmassen umzustülpen und sie zu nötigen, die Welt von einem Standpunkt aus zu betrachten, den sie nie eingenommen haben und nie einnehmen werden."

So haben wir vor einem halben Jahr die Situation umrissen. Wir meinen, daß bei dem Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft nicht beachtet wurde, daß von seiten der Bourgeoisie die *Erfahrungen* der Studentenmassen umgemodelt werden müssen. Diese Erfahrungen sind aber Erfahrungen aus der Praxis des Klassenkampfes. Wir meinen, daß bei der Vorbereitung und Durchführung des Kampfes in den Seminaren und gegen die bürgerlichen Wissenschaftler nicht, genauer nicht Wissenschaftler nicht, genauer nicht immer oder eben leider nur selten, von den praktischen Erfahrungen des Klassenkampfes ausgegangen wurde, nicht von den aktuell aufgeworfenen Fragen des Klassenkampfes, sondern vom „Marxismus-Leninismus" als einem Dogma, das man kennen muß, damit man versteht, was die Marxisten-Leninisten sagen.

Nur so ist es denkbar, daß sehr oft Genossen, die in den Seminaren in Schwierigkeiten mit dem Hochschulbeamten kamen, sich nicht auf die Studenten stützten und diese Studenten weder nach ihrer Ansicht befragten noch sie etwa gar gebeten haben, bei der Vorbereitung des Kampfes gegen diese Menschen und ihren Unsinn mitzuwirken, sondern still gebrütet und unauffällig die Flagge gestrichen haben. Wenn nicht von den praktischen Fragen des Klassenkampfes ausgegangen wird, so kann die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft nicht erfolgreich sein. Ist die Kritik der Wissenschaft nicht erfolgreich, kann kein Vertrauen der Massen in die Revolutionäre entstehen, greift die politische Spaltung um sich und wird der Aufbau der Studentenkoalitionen verzögert.

Hand in Hand mit den Fehlern in der Seminarkritik geht der Fehler, die Herstellung einer praktischen Verbindung von den Kämpfen der Studenten mit den Kämpfen der Arbeiterklasse wie überhaupt der Volksmassen nicht anzupacken, nicht selten geht es dann so aus, daß die Studenten auch keine Unterstützung finden, wenn sie dringend Unterstützung und Teilnahme bräuchten.

Die Herstellung von festen Verbindungen zwischen den verschiedenen Abteilungen der Arbeiterbevölkerung, der Volksmassen, im Kampf ist vornehmer Zweck einer Parteiorganisation, die nicht gebraucht wird, wenn sie diese Aufgabe nicht oder nur schlecht erfüllt.

Das ist der zweite Grund für die Verzögerung, mit der die vereinigten Opportunisten den notwendigen Aufbau von Studentenkoalitionen belasten konnten.

10. Es ergibt sich, daß wir auf der vor einem halben Jahr festgelegten Linie fortzufahren alle Gründe haben.

Korrektur ist erforderlich in der Vorbereitung der Seminare, die Richtung der Kritik muß auf Klärung der praktischen Fragen des Klassenkampfes ausgerichtet sein und darf dieser Klärung nicht ausweichen.

Eine Tendenz, politische Fragen, die durch Kampf der Studenten und an der Hochschule nicht ausreichend behandelt werden können, gleich ganz fallen zu lassen, ist erkennbar, ist schädlich und muß bekämpft werden.

Westberlin. Der Arbeitskreis Praktisches Jahr hat zusammen mit etlichen weiteren Medizinstudenten eine Unterschriftensammlung an einigen der Lehrkrankenhäuser in Westberlin durchgeführt, mit der die Krankenhausbeschäftigten die Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr und ausreichenden Planstellen unterstützen und dafür eintreten, daß die Absolventen des Praktischen Jahrs auf Personalversammlungen gleiche Rechte wie die übrigen Beschäftigten im Krankenhaus haben und in die Gewerkschaft eintreten können. Bisher haben ca. 500 Beschäftigte in kurzer Zeit unterschrieben. Die Sammlung wird weitergeführt, an einigen Krankenhäusern wird gerade erst begonnen. Im Klinikum Steglitz haben sich Beschäftigte leere Listen geben lassen und nach einer Stunde voll, das heißt mit etwa 20 Unterschriften, zurückgebracht. Im Krankenhaus Spandau führt die ÖTV-Betriebsgruppe die Unterschriftensammlung eigenständig durch. Auf einer von der ÖTV einberufenen Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Krankenpflegekräfte zu den Rationalisierungsmaßnahmen des Westberliner Senats verabschiedenten ca. 100 Gewerkschafter den Text der Unterschriftensammlung als Resolution.

Bremen. Schuldknechtschaft durch das BAFöG. Ein Student, der vor seinem jetzigen Studium bereits an der Fachhochschule studiert und dort BAFöG-Gelder erhalten hatte und dewegen jetzt einen Stundungsantrag für die Rückzahlung des bisher erhaltenen Darlehensanteils gestellt hatte, hat jetzt vom Studentenwerk folgende Bedingungen für eine Stundung gestellt bekommen: Die Stundung erfolgt unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, das Studium muß im nächsten Semester abgeschlossen werden. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, ist sofort die gesamte Summe fällig. Innerhalb von drei Wochen soll er sich dieser Erpressung fügen. Andernfalls, so heißt es, „müssen wir davon ausgehen, daß Sie an einer Neuregelung ihrer Rückzahlungsverpflichtung nicht interessiert sind.“ Das „ordnungsgemäße Studium“ bescheinigen die Professoren. Die Schuldknechtschaft mittels des BAFöG ist der Stachel, um die besitzlosen Studenten zur Unterwerfung unter die Auffassungen und Grundsätze der besitzenden Klassen zu zwingen.

Kiel. Am 25.2. fand eine Veranstaltung der Medizinstudenten des sechsten klinischen Semesters statt, der Studenten, die jetzt kurz vor dem zweiten Teil des Staatsexamens stehen und danach mit dem Praktischen Jahr beginnen sollen. Vertreter des Sozial- und Kultusministeriums und der Dekan sollten klar Stellung

Kiel. Am 25.2. fand eine Veranstaltung der Medizinstudenten des sechsten klinischen Semesters statt, der Studenten, die jetzt kurz vor dem zweiten Teil des Staatsexamens stehen und danach mit dem Praktischen Jahr beginnen sollen. Vertreter des Sozial- und Kultusministeriums und der Dekan sollten klar Stellung

beziehen zur Durchführung des Praktischen Jahres. Zum Tarifvertrag im Praktischen Jahr mit Existenzlohn von 700 DM erklärte der Vertreter des Kultusministeriums, daß „die soziale Frage der Studenten abschließend durch das BAFöG-Gesetz geregelt“ sei. Daraufhin wurde ihm von einer Studentin, verheiratet und zwei Kinder, vorgerechnet, daß sie sich im Praktischen Jahr mit Nachtwachen, das heißt teilweise Arbeit rund um die Uhr und dazu in den vier Wochen erlaubter Fehlzeit, durchschlagen muß.

Die Bourgeois-„Studenten für das Grundgesetz“ versuchten, die Empörung zu beschwichtigen: Sie hätten zusammen mit den Jusos einstimmig „Akutforderungen“ beschlossen: einen PJ-Zuschlag für die BAFöG-Bezieher, Aussetzen der Höchstförderungsgrenze und Bezahlung von Dienstkleidung und Verpflegung im Praktischen Jahr. Dieser Spaltungsversuch, der der Regierung in die Hände arbeiten soll, wurde von der Versammlung zurückgewiesen: Ohnehin erhielten viel zu wenige BAFöG-Gelder, der Tarifvertrag allein sichere die Ausbildung für alle.

Auf die Frage, wieviel Lehrassistenten das Kultusministerium denn zusätzlich einzustellen gedenke, meinte der Vertreter des Kultusministeriums: „Über den *Begriff* des Lehrassistenten sind wir noch im Gespräch.“ Das heißt: Es ist Mehrarbeit für die vorhandenen Assistenzärzte in großem Ausmaß geplant. Die PJ-Studenten sollen ohne Anleitung herumstehen oder Routinearbeiten erledigen.

Die Studenten beschlossen zum Schluß einstimmig, den bereits beschlossenen Boykott des Praktischen Jahrs zum vorverlegten Termin am 1.4., die bundesweite Urabstimmung und den Streik jetzt gründlich vorzubereiten.

Bremen. Jeder Student der Hochschule für Sozialökonomie und Sozialpädagogik muß im Laufe seines Studiums zweimal acht Wochen ein Praktikum ableisten, um „Erfahrungen in der Praxis“ zu machen, wie es heißt. Das sieht so aus: Ein Student arbeitet als Praktikant im Wichernstift Delmenhorst, einer Bewahrungsanstalt für „auffällige und schwererziehbare Kinder und Jugendliche“ und alte Menschen, die „ihren Lebensabend verbringen“. Das Wichernstift zahlt für die Arbeit der Praktikanten keinen Pfennig, noch nicht einmal für Essen oder Fahrtkosten (immerhin 50 bis 60 DM bei Fahrt mit eigenem Auto). Nicht nur, daß die Praktikanten in dieser Zeit kein Geld verdienen können, sie müssen noch draufzahlen. Ein anderer Student erhält für das Praktikum in einem Kindergarten 300 DM im Monat. Weil er verheiratet ist und ein Kind hat, muß er nach dem Praktikum noch zur Spätschicht im Hafen arbeiten gehen. An BAFöG erhält er gerade 180 DM. Beide Studenten werden im Semester die ausgefallenen Möglichkeiten zum Geldverdienen nachholen müssen.

„Soldaten sind Männer, in deren Brust ein Herz schlägt“

Die Absolventen der Bundeswehrhochschulen werden jetzt auf die Truppe losgelassen

Mit Beginn dieses Jahres befinden sich die ersten Absolventen der 1973 gegründeten Bundeswehrhochschulen in der „Bewährung in der Truppe“. Die Bundeswehrhochschulen gehören zu den Reformen, welche die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse und den Volksmassen beschert hat.

Die Bundeswehrhochschulen waren die Antwort der Bourgeoisie auf folgende fatalen Zustände.

In den ganzen zwanzig Jahren des Bestehens der Bundeswehr bildete die Ignoranz, die Ahnungslosigkeit der Offiziere von der technisch wissenschaftlichen Seite ihres Auftrages eine dauernde Quelle von Hohn und Spott der Soldaten. Bemühungen von Offizieren mit dem „Gerät“ zurechtzukommen, bildeten in aller Regel erheiternde Vorstellungen.

Die Bundeswehrhochschulen waren ferner die Antwort auf einen Widerspruch innerhalb der herrschenden Kapitalistenklasse. Bekanntlich ist die Armee nach dem Laufbahnprinzip aufgebaut. Da nun die älteren Offiziere die höheren Kommandoposten besetzt haben, entsteht eine Verstopfung der Laufbahn. Würden jüngere Offiziere an den älteren vorbeibefördert, entstünde große Unruhe. Infolgedessen muß sich die Bundeswehr eines Teils ihrer Offiziere nach „außen“, also in die zivile kapitalistische Gesellschaft hinein entledigen. Aber wie das,

wenn die Kapitalisten einen solchen Mann nicht sinnreich beschäftigen können? Ein Offizier, der nichts kann als anschaffen, ist im zivilen Bereich vielleicht als Gefängnisdirektor geeignet. Zu sonst nichts ist er geeignet. Gefängnisdirektorposten gibt es nicht viele.

Vermittels der Ausbildung auf den Bundeswehrhochschulen soll ein Teil der Offizierscorps befähigt werden, der herrschenden Kapitalistenklasse nicht nur als Organisator von Unterdrückung zu dienen, sondern auch als Organisator der Ausbeutung der Arbeiter. Dazu ist in gewissem Umfang Wissen vom Produktionsprozeß ebenso erforderlich wie Wissen von den Methoden der Organisation der Ausbeuterei. Die Bundeswehrhochschulen dienen dem Zweck, dieses Wissen zu vermitteln.

Zudem sind diese Hochschulen da, um einen besonders schmerzlichen Effekt der historischen Entwicklung des Imperialismus der westdeutschen Bourgeoisie auszugleichen. Die zwei verlorenen großen Kriege haben die Offizierskaste zersetzt. Die Offiziersfamilien, wo die Indoktrinierung vom Vater auf den Sohn übergeht, was gar keine besonderen Kosten macht, aber

besonders fest sitzt, sind dahin. Zumindest können sie nicht die Masse des Offiziersnachwuchses stellen. Die Herausbildung einer solchen Kaste dauert lange Jahrzehnte. Sie muß gefördert werden. Sie wird gefördert, indem das „Ansehen“ des Offiziersberufes gesteigert wird. Das ist ein weiterer Grund für die Bundeswehrhochschulen.

Man bemerkt, daß die Truppenbewährung dieser diplomierten Unterdrücker für die Bourgeoisie ein wichtiges Kettenglied zur Festigung der imperialistischen Armee ist. Prompt war bei den Prüfungsabschlußfeierlichkeiten der Verteidigungsminister Leber da. Von dieser Ehrung waren etliche der Absolventen ganz besoffen:

„Zum Schluß sei noch erwähnt, daß infolge der exponierten Stellung der HSBw es weitere Anlässe gab, die Verbundenheit mit der gesamten Bundeswehr zu erfahren und bestärkt zu fühlen. So werden die Feierlichkeiten und der Besuch wichtiger Persönlichkeiten aus der Truppe anläßlich der eigenen Beförderung zum Leutnant jedem von uns in Erinnerung bleiben.“

Und was erzählen diese „wichtigen Persönlichkeiten“? Wenn sie Georg Leber heißen und sozialdemokratischer Verteidigungsminister sind, erzählen sie folgendes:

„Sicherlich ist ‚Bedarf‘ nicht der einzige Maßstab für Bildung und Ausbildung. Aber Bildung ohne Bezug zu dem, was den Soldaten ausmacht, was die Streitkräfte brauchen, würde ihr Ziel verfehlen ... Sie müssen sich jetzt als Führer von jungen Männern bewähren, und Sie müssen lernen, Verantwortung zu tragen. Wer führen will, muß das Vertrauen seiner Soldaten haben, und er muß Vertrauen in seine Truppe setzen können.

Beides gelingt nicht über den Graben einer menschlichen Distanz hinweg. Ich rate Ihnen, nie zu vergessen, daß im Vordergrund gerade Ihres Berufes der Mensch steht. Soldaten sind Männer, in deren Brust ein Herz schlägt. Sie selber haben auch eines, und Sie brauchen eines, wenn gut werden soll, was Ihnen aufgegeben ist.“

Damit hat man eine schwache Vorstellung vom Charakter der Dressur des neuen Offiziersnachwuchses.

Es wird nicht ganz einfach sein, diesen diplomierten Unterdrückern den Schneid abzukaufen. Aber frühere Soldatengenerationen der Bundeswehr haben die ganze Garde ehemaliger Hitleroffiziere ideologisch aufgerieben.

Die heutige Soldatenbewegung wird auch diese neue Sorte Schinder schaffen. Das sind „Traditionen“, auf die die Mannschaften Wert legen. – (f)

Bilanz der Übung „Fester Griff: Sieben Soldaten tot

net. Zu sonst nichts ist er geeignet. Gefängnisdirektorposten gibt es nicht viele.

ten der Verteidigungsminister Leber da. Von dieser Ehrung waren etliche der Absolventen ganz besoffen:

auch diese neue Sorte Schinder schaffen. Das sind „Traditionen“, auf die die Mannschaften Wert legen. – (f)

Bilanz der Übung „Fester Griff: Sieben Soldaten tot

Bergen-Hohne. Vom 17. bis 20.2.77 lief auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne bei Munster die Übung „fester Griff“, an der ca. 50 000 Soldaten der 1. und 2. Panzergrenadierbrigade beteiligt waren. Im Verlauf dieser Übung sollte das neue Heeresmodell, nach dem die Panzergrenadierbrigade 2 aufgebaut ist, getestet werden. Dieses Heeresmodell besteht im wesentlichen darin, daß die einzelnen Brigaden der Bundeswehr selbständiger agieren können und einheitlicher und straffer geführt werden. Es geht darum, daß diese kleinsten selbständigen Einheiten in der Bundeswehr befähigt werden, auf sich gestellt im imperialistischen Raubkrieg im fremden Land kämpfen zu können.

Am Tag vorher fuhren die einzelnen Einheiten der Brigaden in ihre Ausgangsstellungen, um am nächsten Morgen mit der Übung zu beginnen. Es zeigte sich gleich in dieser Nacht, was es für die Truppen heißt, wenn die Imperialisten einen Krieg üben. Schon in dieser Nacht starben zwei Soldaten, die in einem PKW-Jeep unter einen Leopard-Panzer gerieten, weil beide unter „gefechtsmäßigen Bedingungen“ ohne Licht fuhren. Aber dies war erst der Anfang. Vier Tage lang waren die Mannschaften gezwungen, in kleinen Zelten bei Regen und Kälte oder in den Fahrzeugen zu schlafen. Die Versorgung mit Verpflegung klappte oft nicht.

Weiterhin gab es in den folgenden Tagen noch fünf weitere Tote, sei es dadurch, daß bei ungenügender Beleuchtung gefahren werden mußte, sei es, daß ein Panzer im Sumpf versank und die Besatzung sich nicht aus ihm befreien konnte oder ähnliches.

Die Herren des Führungsstabes waren von dieser Übung jedoch begeistert und hielten sie für einen gelungenen Test, in dem sich das neue Heeresmodell bewährt hatte. Ihnen war egal, was sonst auf dieser Übung geschah.

Anders die Mannschaften: Ihnen öffnete diese Übung oftmals die Augen und gab ihnen einen Vorgeschmack darauf, was sie von den herrschenden Imperialisten zu erwarten haben, wenn diese noch lange an der Macht bleiben und weiterhin ihre Ziele und Pläne verfolgen können.

Die Führer der Teileinheiten wurden angegriffen und laustark die Bundeswehr und die herrschende Klasse der BRD, so daß es oft schwer wurde für die Einheitsführer, noch „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuhalten. – (jr, Stadtoldendorf)

Kantinenpreise



„In den Mannschaftsheimen ist es billiger“, behauptet die Bundeswehr über die Kantinenreform.

Zum 1. Juli werden die Verkaufspreise im „offiziellen“ Sortiment der Kantinen erhöht. Das plant jedenfalls das Bundesverteidigungsministerium. Aber ob solche Vorhaben gelingen, hängt – wie man weiß – nicht nur von denen ab, die zahlen lassen, sondern auch von denen, die zahlen sollen. Und die Soldaten haben genug Gründe, den Kampf um die Kantinen auszutragen. Die Betrügereien in den Kantinen haben mit der großartigen Kantinenreform letzten Jahres nicht aufgehört. Sie haben manchmal andere Formen angenommen.

Die einfachste Prellerei, der offene Verkauf weit über Preis, steht weiter hoch im Kurs bei den von den Offizieren zugelassenen Kantinenpächtern. In der Kurpfalzkaserne in Speyer wird für den mit 9,90 in der offiziellen Preisliste ausgezeichneten Kasten Bier 17 DM verlangt. Die Brühwurst, als billiges Warmessen oft gebraucht, ist ergiebige Quelle von zusätzlichem Pächterprofit: Ausgezeichnet ist die (120 g) Brühwurst in der Preisliste der bundeswehreigenen Heimbetriebs-GmbH mit 1,20. Verkauft wird sie oft für 1,60 (Kaserne in Barme, Kreis Verden), oder in der 90g Sparform für 1,30 (wie in der Lützow-Kaserne Schwanewede). Teurer verkauft werden jeweils in den einzelnen Kasernen fast alle „Waren des Grundsortiments“, bis auf die einfache Flasche Bier (0,85 DM). Die wird dafür meistens in solcher Qualität angeboten, daß der Soldat gleich zur um 10 oder 20 Pfennig teureren Markenbierflasche greift. Das Bier vom Faß wird in Schwanewede für 3 DM pro Liter verkauft statt für 2.

In mehreren Kasernen werden Geschäfte mit dem Flaschenpfand gemacht. Die Cola-Flasche (1 Liter) soll für 1,25 verkauft werden, die Kantinenpächter nehmen 40 Pfennig Pfand, also 1,65. Fast überall führen sie Pfand- und Einwegflaschen und geben, wenn nicht ausdrücklich anders verlangt, die Einwegflasche für 1,65 ab. Die einzelnen Prellereien mit Pfand für Gläser (1 Mark z.B. in der Spielburg-Kaserne in Wetzlar) lassen sich kaum aufzählen.

Zu dem kommt, daß die Pächter bestimmte Waren überhaupt nicht führen, offensichtlich weil sie wenig Geld damit machen. Die Kantinenreform wurde als Maßnahme gegen die Pächterwillkür verkauft. Inzwischen weiß man, daß sich nichts geändert hat an der Prellerei. Preiserhöhungen im offiziellen Sortiment werden auch die Prellerei erweitern. Die Soldatenbewegung hat allen Anlaß, den Kampf gegen die Preiserhöhungen im Juli mit dem Kampf gegen die Herrschaft der Offiziere über das Kantinenwesen und für das Recht auf Einsetzung bzw. Entlassung der Pächter durch die Mannschaften zu verbinden.

Hungersold mit Tradition

Große Tradition hat die imperialistische deutsche Bourgeoisie in der unentgeltlichen Aneignung von Arbeitskraft für den Dienst in ihrer Armee.

1900 erhielten Wehrpflichtige „Gemeine“ 10,50 Mark im Monat, Gefreite 12 Mark. Vergleichbar mit heutigem Sold ist die Summe nur schwer. Den Umfang des Raubes an Arbeitskraft kann man ermessen im Vergleich des Soldes zum durchschnittlich gezahlten Lohn, also zum Preis der Arbeitskraft. Das „durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt“ betrug im Jahr 1900 nach den Angaben der Rentenversicherung im Durchschnitt 66,33 Mark. Der Sold betrug 15,8 % des durchschnittlichen Lohns. 84,2 % des Preises der Arbeitskraft wurde von der Bourgeoisie nicht gezahlt.

1935 betrug der Sold des Schützen 15 Mark. Der durchschnittliche Lohn 141 Mark. Nach gleicher Rechnung ergibt sich, daß 10,7 Prozent des Lohns als Sold gezahlt werden.

1960 werden 60 DM als Wehrsold gezahlt. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt 508,42 DM. Die Soldaten haben also 11,8 % des durchschnittlichen Lohns vom bürgerlichen Staat erhalten.

1975 erhält ein Wehrpflichtiger 170 DM. Der durchschnittliche Bruttolohn liegt bei 1 865, wieder nach Auskunft der Rentenkasse. 9,1 % beträgt jetzt also der stolze Betrag, immerhin 90,9 % sind unentgeltlich von der Bourgeoisie angeeignet, was man auch Raub nennt.

„Wehrpflicht verlangt Opfer“ heißt es im Weißbuch 1975/76. Die westdeutschen Bourgeois stehen ihren imperialistischen Vorgängern in nichts nach.

Hamburg. Umfrage über den Wehrsold. Das SRK Hamburg hat unter den Soldaten der 2./72 mit Fragebögen eine Umfrage zur materiellen Lage der Wehrpflichtigen gemacht. Im Durchschnitt wohnen die Soldaten 270 km vom Stationsort Hamburg entfernt. Eine Hin- und Rückfahrt kostet ca. 30 DM; bei drei Heimfahrten im Monat (eine Bahnfahrt ist frei) bedeutet das 60 DM monatlich – ein Drittel des Soldes. Noch schlechter sind die Autobesitzer dran; sie haben monatliche Kosten von 120 DM. An regelmäßigen zusätzlichen Kosten fallen im Monat 200 DM an, wovon 44 DM beim Kantinenpächter bleiben. Der Wehrsold reicht also bei stärkster Anstrengung nicht für die regelmäßigen Kosten. Das Geld muß vom Gesparten oder von den Eltern, Verwandten und Bekannten genommen werden. So wirkt der Hungersold als Hebel des Raubs von Lohngeldern und der Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse.

reicht also bei stärkster Anstrengung nicht für die regelmäßigen Kosten. Das Geld muß vom Gesparten oder von den Eltern, Verwandten und Bekannten genommen werden. So wirkt der Hungersold als Hebel des Raubs von Lohngeldern und der Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse.

Der Stückpreis des neuen Flugabwehrpanzers Gepard beläuft sich auf 3,5 Millionen DM in der Serienproduktion. Die Umrüstung vom veralteten Flak-Panzer Roland 2 und Gepard soll insgesamt 5,4 Milliarden DM kosten und gehört damit zu den höchsten Investitionen im Verteidigungshaushalt in den nächsten Jahren. Ein Gepard mit drei Mann Besatzung soll einen Zug mit vier M 42 und insgesamt 22 bis 25 Mann ersetzen. In der Hauptsache sollen Zeitsoldaten auf der neuen Panzerwaffe eingesetzt werden. (vgl. KVZ 6/77)

Clausthal-Zellerfeld. Das in der ‚Oberharz-Kaserne‘ stationierte Bataillon der ‚psychologischen Verteidigung‘ (PSV) soll in den nächsten acht Jahren für 15 Millionen DM aufgerüstet werden.

Die ‚Psychologische Verteidigung‘ hat die Aufgabe, die Bevölkerung, den Rückhalt des Gegners, zu zersetzen. Während des ‚kalten Krieges‘ in den 50er und 60er Jahren hat das Bataillon Flugblattabwürfe über dem Gebiet der DDR organisiert.

Ihre Aufgabe, die imperialistische Ideologie der westdeutschen Bourgeoisie unter das westdeutsche Volk und in die Armee zu tragen, erfüllt die ‚Psychologische Verteidigung‘ durch die Herstellung eines großen Teils der Bundeswehrpropagandaschriften sowie des Bundeswehr-Schulungsmaterials auf den mobilen und stationären Druckanlagen. Weiterhin verfügt die ‚Psychologische Verteidigung‘ über leistungsstarke Lautsprecherfahrzeuge. Deren Geräusche sind so ohrenbetäubend, daß sie, wie ein Offizier gegenüber einer Besuchergruppe erklärte, „auch bei Demonstrationen helfen“. Die ‚Psychologische Verteidigung‘ gibt die Abwehr von Demonstrationen und der Agitation vor den Kasernen ganz offiziell als ihre Aufgabe an.

Im imperialistischen Krieg selbst hat die ‚Psychologische Kriegsführung‘ die Aufgabe, das Hinterland der westdeutschen Bourgeoisie zu sichern und die Revolutione zu verhindern: „Konsolidierung im Hinterland, die Bevölkerung muß schließlich den Anordnungen der Bundeswehr Folge leisten ...“(Offizier der Besuchergruppe). – (s, Zelle Clausthal-Zellerfeld)

Die Besatzertruppen der US- und NATO-Armeen sind eine drückende Last für die Bevölkerung. 24 752 Schadensanträge wurden von der Oberfinanzdirektion Nürnberg im Jahr 1976 behandelt. Die der Oberfinanzdirektion unterstehenden Ämter für Verteidigungslasten zahlten 21 Mio DM (2,4 Mio DM mehr als im Vorjahr) als „Entschädigung“ für Manöverschäden. Hinzu kamen 4,3 Mio DM als „Entschädigung“ für sogenannte Unrechtsschäden – wie Verkehrsunfällen, Schlägereien, Vergewaltigungen – durch US-Soldaten. Dieser Betrag ist um 9,2 % gewachsen im Jahr 1976.

Portugal. Nach der Rückkehr der Großgrundbesitzer die der Fabrikherren. Die portugiesische Regierung hat die Reprivatisierung der Betriebe angekündigt, die nach dem Sturz des faschistischen Regimes verstaatlicht wurden, nachdem die Arbeiter die Eigentümer, von denen sie jahrelang mittels der Faschisten unterdrückt worden waren, davongejagt hatten. An die Verstaatlichung hatten sich seinerzeit große Illusionen geknüpft, wie an den Militärputsch überhaupt. Solche Illusionen waren auch von den Revisionisten und Opportunisten in der BRD systematisch verbreitet worden, um die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu verwischen. Wir haben damals in der Kommunistischen Volkszeitung geschrieben, daß die Verstaatlichung keineswegs notwendig Enteignung, sondern Treuhänderschaft des Staates für die Kapitalisten, solange sie sich nicht blicken lassen können, bedeuten kann. Genau das stellt sich jetzt heraus. Die gewerkschaftlichen Vertretungen von 106 Betrieben, die reprivatisiert werden sollen, haben sich versammelt und erklärt, daß sie sich allen Versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, entschlossen widersetzen werden.

Italien. Harte Kämpfe gegen die politische Reaktion. Zehntausend junge Arbeiter, Studenten und Oberschüler demonstrierten in Rom gegen die Verurteilung eines antifaschistischen Oberschülers zu 9 Jahren Gefängnis, der nach einem Zusammenstoß mit Faschisten, bei denen einer umkam, verhaftet worden war. Als die Polizei nach einer Provokation angriff, setzten sich die Demonstranten mit Barrikadenbau, Steinen und Molotowcocktails zur Wehr. „Der Kampflärm dröhnte bis ins Parlament hinein, wo die Lockheed-Affäre zur Debatte stand. Man vernahm den Lärm auch im KPI-Hauptquartier, wo Berlinguer über das Madrider Treffen berichtete", schreibt ein Korrespondent der „Stuttgarter Zeitung" aus Rom.

Frankreich. Räumung einer besetzten Fabrik mit Polizei. – Im Gießereibetrieb Eaton-Manil in den Ardennen hat die Polizei in der Nacht vom 27. auf den 28. Fe-

Frankreich. Räumung einer besetzten Fabrik mit Polizei. – Im Gießereibetrieb Eaton-Manil in den Ardennen hat die Polizei in der Nacht vom 27. auf den 28. Fe-
bruar um 1.30 Uhr die von mehreren hundert Arbeitern besetzt gehaltene Fabrik gewaltsam geräumt. Die Arbeiter, von denen die Mehrzahl arabischer Nationalität ist, besetzten den Betrieb, als die Geschäftsleitung eine vor drei Jahren in einem dreiwöchigen Streik erkämpfte Lohnzulage wegkürzen wollte. Sie hoffte, daß unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit in der Region die Arbeiter keine Gegenwehr wagen würden. Die Räumung durch eine spezielle Einsatztruppe der Polizei ist die zweite nach der Räumung des anderthalb Jahre lang besetzt gehaltenen „Parisien libéré" (eines großen Pariser Pressebetriebes, wo sich die Arbeiter durch Besetzung gegen Massenentlassungen zur Wehr setzten) Anfang Dezember. Offensichtlich will die Regierung Barre Schritt für Schritt darangehen, den französischen Arbeitern das Kampfmittel der Betriebsbesetzung aus der Hand zu schlagen, das sie häufig mit Erfolg anwenden. So waren Ende Dezember über 80 Betriebe in Frankreich als von den Arbeitern besetzt gemeldet, und seither ist es zu einer Reihe weiterer derartiger Aktionen gekommen. Wie beim „Parisien libéré" leisteten die Arbeiter unter dem Einfluß der revisionistischen Führung der Gewerkschaft CGT, auf deren Unterstützung sie angewiesen sind, der polizeilichen Räumung keinen Widerstand. Sie haben jedoch ihren Streik weitergeführt.

Belgien. Fortführung der Streikaktionen gegen den Tindemans-Plan. Regierungskrise. – Die Gewerkschaften haben wie geplant ihre jeweils 24stündigen Streikaktionen von ganzen Branchen und Regionen gegen den „Tindemans-Plan", der vor allem massive Steuererhöhungen vorsieht, weitergeführt. In der vergangenen Woche traten die Arbeiter und Angestellten der Nahverkehrsbetriebe im ganzen Land sowie in allen Betrieben der Provinzen Ostflandern und Luxemburg in den Streik. Besondere Bedeutung hat in diesem Kampf die Forderung nach der allgemeinen Einführung der 36-Stundenwoche. Angesichts dieser breiten Front des Widerstandes ist die Regierung Tindemans ins Schleudern gekommen und zersetzt sich das bürgerliche Lager. Die wallonische Sammlungsbewegung, die bisher die Regierung mitgetragen hatte, schied aus der Regierung aus. Die Streiks sollen weitergeführt werden.

Finnland. Welle von Streiks gegen die Einkommenspolitik der Regierung. – 16 000 Chemiearbeiter haben höhere Löhne gefordert und den Großteil der Branche lahmgelegt. 4 300 Arbeiter der Schuhindustrie traten ebenfalls für Lohnforderungen in den Streik. Die Arbeiter in den Schuhfabriken, die zu den am schlechtesten bezahlten im ganzen Land gehören, warnten die Kapitalisten, daß am 15. März die Arbeiter der ganzen Branche in den Streik treten werden, wenn bis dahin die Forderungen nicht erfüllt sind. Am 7.3. nahmen Arbeiter der Metallbetriebe den Kampf für ihren Lohn auf.

Großbritannien: Der „Sozialvertrag" gerät ins Wanken

Verschärfte Konkurrenz der europäischen Automobilkonzerne Streiks bei British Leyland

Die Arbeiter von British Leyland, dem größten englischen Automobilkonzern, wehren sich mit einer nicht abreißenden Kette von Abteilungsstreiks, die oft zur Stillegung der Produktion ganzer Werke führen, gegen die Folgen der wütenden Konkurrenz der Automobilkapitalisten, die auf ihren Knochen ausgetragen werden soll. Ihr Kampf verbindet sich jetzt eng mit der großen Bewegung der ganzen britischen Arbeiterklasse gegen die Fortführung des „Sozialvertrags" zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung über eine „freiwillige Lohnbegrenzung", die die Löhne der englischen Arbeiter nahezu auf das unterste Niveau der europäischen Arbeiterlöhne herabgedrückt hat. 300 Vertrauensleute aus allen Werken des Konzerns, die über 100 000 Arbeiter vertreten, haben einstimmig beschlossen, gegen die Verlängerung des „Sozialkontrakts" eine zentrale Demonstration, verbunden mit Streik, durchzuführen.

Die britische Automobilindustrie ist in der weltweiten Konkurrenz noch weiter zurückgefallen als ihre europäischen Rivalen, während auf dem Automobilmarkt allgemeine Überproduktion herrscht. Waren die europäischen Konzerne in den 50er und 60er Jahren die Hauptnutznießer der Ausdehnung des Automobilabsatzes in den kapitalistischen Ländern wie auch in der Dritten Welt und übertrafen 1969 mit 9,5 Millionen Pkw die amerikanischen Konzerne, so wurden sie mit Beginn der 70er Jahre, was die Exporte angeht, von Japan überholt, das ihnen nicht nur in den USA und der Dritten Welt, sondern auch auf dem europäischen Markt selbst zunehmend Konkurrenz machte. Die europäischen



Arbeiter von British Leyland demonstrieren ihre Entschlossenheit, den „Sozialvertrag" zwischen Gewerkschaftsführung und Regierung zu Fall zu bringen. „Wir bauen ‚Princess'-Wagen zu Mini-Löhnen", „Zerschlagt den Sozialvertrag", „Sozialvertrag – Sozialbetrug" – das sind einige der Aufschriften auf den Plakaten.

Arbeiter von British Leyland demonstrieren ihre Entschlossenheit, den „Sozialvertrag" zwischen Gewerkschaftsführung und Regierung zu Fall zu bringen. „Wir bauen ‚Princess'-Wagen zu Mini-Löhnen", „Zerschlagt den Sozialvertrag", „Sozialvertrag – Sozialbetrug" – das sind einige der Aufschriften auf den Plakaten.

ihnen nicht nur in den USA und der Dritten Welt, sondern auch auf dem europäischen Markt selbst zunehmend Konkurrenz machte. Die europäischen
Konzerne reagierten mit vermehrtem Kapitalexport in osteuropäische Länder und in die Dritte Welt, mit dem Ergebnis, daß für die kommenden Jahre in den europäischen Ländern mit Überkapazitäten im Automobilbau von über 20 Prozent gerechnet wird.

Womöglich noch härter ist die Konkurrenz auf dem Markt für Nutzfahrzeuge und Lkw, wo die Produktion in fast allen Ländern seit 1973 absolut zurückgegangen ist und ebenfalls bedeutende Überkapazitäten bestehen.

Besonders im Bereich der Pkw-Produktion sind die britischen Automobilkapitalisten die großen Verlierer, wie die folgende Tabelle zeigt:

Pkw-Produktion in Westeuropa

Länder	1975 Mio Stück	1975 in %	1965 Mio Stück	1965 in %
BRD	2,81	30,5	2,73	36,5
Frankreich	2,54	26,7	1,37	18,2
Italien	1,35	14,2	1,09	14,5
Großbritann.	1,27	13,3	1,72	23,0
Belgien/ Niederlande	0,26	2,8	0,20	2,7
EG insges.	8,33	87,5	7,11	94,9
Sonstige	1,20	12,5	0,38	5,1
Westeuropa	9,53	100,0	7,49	100,0

Auch auf dem britischen Markt selbst haben die britischen Autokonzerne immer mehr an Boden verloren. Die Importwagen aus den anderen europäischen Ländern und aus Japan halten einen Marktanteil von jetzt 38 Prozent, nachdem sie 1976 fast den gesamten Zuwachs der inländischen Verkäufe auf ihr Konto verbuchen konnten.

Von den 4 großen Autokonzernen in Großbritannien sind Ford, Vauxhall und Chrysler tatsächlich im Besitz der amerikanischen Automobilmonopole. Der einzige britische Autokonzern ist British Leyland. Seit 1975 sind die meisten britischen Automobilbetriebe zu einem einheitlichen Konzern unter diesem Namen zusammengefaßt und unter die Regie des Staates gestellt. British Leyland, worunter so bekannte Automobilmarken wie Austin, Morris, MG, Rover, Jaguar und andere fallen, ist der eigentliche Verlierer in der imperialistischen Konkurrenz und steht im Begriff, von Ford in der Pkw-Produktion überholt zu werden.

Der Grund dafür liegt darin, daß die altertümlichen Methoden der Profitschöpfung und Schweißauspressung durch einfachen Lohnraub und bloße Antreiberei, die das Leyland-Management vornehmlich angewendet hat, den raffinierteren Methoden der Rationalisierung mittels moderner Maschinerie und Arbeitsorganisation, die von der Konkurrenz angewendet wurden, nicht gewachsen zeigte. Zumal die Arbeiter der Leyland-Betriebe zu den bestorganisierten und kampferfahrensten in Großbritannien zählen. Während Ford Großbritannien, der Hauptkonkurrent, 1974 pro Kopf 6 900 Pfund investiert hatte, waren es bei British Leyland nur 2 600 Pfund. Demgegenüber hatte Fiat 11 200 Pfund, Volkswagen 9 600 Pfund und Opel BRD 8 800 Pfund pro Kopf investiert.

Die Löhne der britischen Automobilarbeiter liegen etwa um die Hälfte unter denen der Automobilarbeiter in Westdeutschland und selbst ein Stück unter denen ihrer italienischen Klassengenossen. Und skrupellos wird die Massenarbeitslosigkeit, die sich der 2-Millionen-Grenze nähert, genutzt, um die Löhne weiter zu drücken und die Arbeiter anzutreiben, indem die Peitsche der Entlassung geschwungen wird.

So streiken gegenwärtig einige tausend Werkzeugmacher und Maschinenschlosser in elf Werken des Leyland-Konzerns, trotz der Drohungen der Konzernleitung, der Regierung und auch der Gewerkschaftsführung, die den Streik nicht unterstützt, weil ihre Löhne noch niedriger sind als die vergleichbaren Löhne in anderen Automobilwerken. Sie verdienen im Durchschnitt 62 Pfund die Woche – das sind gerade 250 DM, also im Monat 1 000 DM brutto! Und wohlgemerkt, dies sind die qualifiziertesten und bestbezahlten Arbeiter.

Eben zu Ende ging ein Streik von 1 300 Arbeitern in der zentralen Lakkiererei des Werks in Castle Bromwich gegen die Entlassung von 32 Arbeitskollegen, die sich mit Unterstützung aller anderen geweigert hatten, andere schlechter bezahlte Arbeiten anzunehmen. Und 600 Arbeiter im Werk Longbridge traten in den Streik, als 80 Arbeiter zu schlechteren Bedingungen neu eingestellt werden sollten, um das Gesamtniveau zu drücken und andere, besser bezahlte Arbeiter über kurz oder lang hinauszuwerfen.

Jetzt ist die Regierung mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung zum Generalangriff übergegangen, um die Arbeiter von British Leyland unter die Knute zu bekommen. „Wie Industrieminister Eric Varley sagte, werde die Regierung sämtliche weiteren Zuschüsse einstellen und das Unternehmen unter dem Verlust von mehr als 20 000 Arbeitsplätzen ‚gesundschrumpfen' lassen, sofern derartige Auseinandersetzungen auch in Zukunft anhalten sollten." Das berichtet mit größtem Verständnis für ihre sozialdemokratischen Amtskollegen die „Welt der Arbeit", die von der Führung des DGB herausgegeben wird, und gibt so einen Begriff davon, was es mit der von den Sozialdemokraten geforderten „Investitionskontrolle" auf sich hat.

Tatsächlich dient die Drohung des Labour-Ministers zur bloßen Einschüchterung der streikenden Arbeiter. In Wirklichkeit plant die Regierung ein umfangreiches Investitionsprogramm von 140 Millionen Pfund zur Herstellung eines neuen Kleinwagens, der mit einer Jahreskapazität von 500 000 Stück auf den Markt geworfen werden soll anstelle des jetzigen Austin Mini, von dem 1976 nur noch 81 000 verkauft wurden. Das ist mehr, als der ganze Konzern gegenwärtig produziert. Ein weitangelegtes Eroberungsprogramm also, das jedoch nur dann einen Funken Aussicht auf Erfolg hat, wenn es gelingt, nicht nur die Löhne noch weiter zu senken, sondern den Widerstand und die Klassenorganisation der Arbeiter überhaupt zu brechen.

Obwohl sie von ihrer Gewerkschaft keinerlei Unterstützung bekommen, sondern von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern im Einvernehmen mit der Regierung direkt angegriffen werden, haben die Werkzeugmacher von British Leyland ihren Streik bis jetzt durchgehalten. Zusammen mit ihren Arbeitskollegen, die ohne einen Pfennig Lohn nach Hause geschickt wurden, um die Front zu spalten, bereiten sie jetzt die Teilnahme am Kampf gegen den „Sozialvertrag" vor, der in Kürze neu ausgehandelt werden soll und im dritten Jahr hintereinander eine massive Lohnkürzung bedeuten würde.

Es trägt angesichts der politischen Realitäten schon den Charakter einer *verzweifelten* Hoffnung, wenn die 300 Leyland-Vertrauensleute, hierin auch beeinflußt von Revisionisten und Trotzkisten, in ihrer Resolution gegen die Weiterführung des „Sozialvertrags" feststellen: „Ein radikaler Wechsel in der Einkommenspolitik der Regierung . . . wäre auch ein wesentlicher Beitrag zum Überleben einer Labour-Regierung." (Guardian, 16.2.77)

Die Bedingung für den Erfolg jedes einzelnen Kampfes der britischen Arbeiterklasse ist, daß mit den über mehr als hundert Jahre tief eingepflanzten Bindungen an die reformistische Politik der Labour-Party, des klassischen Vorbilds aller bürgerlichen Arbeiterparteien, gebrochen wird. – (gk)

Streik der Drucker und Setzer von Berlinske Tidende

Die Kapitalisten der größten Verlagsdruckerei Dänemarks „Berlinske Tidende" in Kopenhagen wollten die Arbeitszeit um 12 Stunden im Monat verlängern, mit der Einführung neuer Maschinen das Arbeitstempo erhöhen, der Lohn der Druckarbeiter sollte um 15 % gesenkt werden, 300 der 1 000 technischen Arbeiter des Verlages sollten entlassen werden. Bereits bevor diese Pläne Anfang des Jahres von den Kapitalisten offengelegt wurden, hatten die Arbeiter des Verlages den Kampf gegen Entlassungen und verschärfte Arbeitshetze aufgenommen, die mit der Umstellung auf Lichtsatz durchgeführt werden sollten. Über mehrere Monate verweigerten sie den Druck von Anzeigen im Lichtsatz, so daß die beiden größten Zeitungen Dänemarks mit einer Auflage von 235 000 und 130 000 stellen- und seitenweise weiß blieben.

Als Ende Januar die neuen Pläne der Kapitalisten bekanntgemacht wurden, arbeiteten sie geschlossen im alten Arbeitstempo weiter und verweigerten die angeordnete Verlängerung der Arbeitszeit, indem sie kamen und gingen wie gewohnt. Angesichts dieses unerwarteten Widerstandes griffen die Kapitalisten zum Mittel der Aussperrung und gingen vor das Arbeitsgericht.

Die 1 000 Drucker und Setzer von Berlinske antworteten auf die Aussperrung am 31.1. damit, daß sie weiterhin jeden Tag zum Arbeitsplatz gingen. Anfangs waren sie Tag und Nacht da, wie in ihren alten Schichten. Selbst die Arbeiter kamen, die eigentlich Überstunden abfeiern wollten und auch eine Reihe von entlassenen Arbeitern. Jeden Tag wurden mehrmals Versammlungen abgehalten, in denen die Lage und die weiteren Schritte beraten wurden.

Am 17.2. wurde die Sache vor dem Arbeitsgericht verhandelt. Es kam zu einem der härtesten Klassenurteile gegen die dänischen Arbeiter.

Die dänische Typographengewerkschaft wurde zu einer Geldbuße von 15 000 Kronen verurteilt und die Arbeiter zu einer Strafe von 300 Kronen pro Mann. Dies ist eine Konsequenz des staatlichen Stillhalteabkommens vom August 1976, das Arbeitskämpfe kriminalisiert. Außerdem wurde per Gerichtsbeschluß befohlen, sofort die Arbeit zu den von der Direktion verfügten Bedingungen aufzunehmen.

Am Tag nach dem Gerichtsurteil traten 10 andere dänische Zeitungsverlage in einen Solidaritätsstreik. Am 19.2. fand eine Solidaritätsveranstaltung statt, die zeigte, daß der Streik der Drucker und Setzer Unterstützung in der ganzen dänischen Arbeiterklasse und dem Volk hat. Über hundert Komitees wurden gegründet, die den Kampf mit Geldspenden und der Verbreitung von Informationsmaterial unterstützen.

Am 21.2. versammelten sich die Arbeiter von Berlinske, um über den Fortgang des Kampfes zu beraten. Reformisten und Revisionisten empfahlen die Unterwerfung unter das Urteil und Wiederaufnahme der Arbeit. Von Annahme des Urteils oder auch nur von Kompromissen war jedoch keine Rede. Einstimmig wurde beschlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor nicht Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen stattgefunden haben. Die Kapitalisten hatten die Aussperrung aufgehoben, die Arbeiter setzten den Streik fort. Sie haben gelernt, wer wen braucht. Nicht die Arbeiter brauchen die Kapitalisten, sondern die Kapitalisten brauchen die Arbeiter. Diese Erfahrung machten die Arbeiter von Berlinske unter anderem dadurch, daß sie die Produktionsmittel so einsetzten, wie sie es für richtig hielten. Es begann damit, daß sie die Zeitungen nicht so druckten, wie die Kapitalisten es wollten. Es ging weiter damit, daß sie während der Aussperrung ihre eigenen Flugblätter auf den Maschinen des Verlagshauses druckten. Schließlich schrieben und druckten sie eine eigene Zeitung, die im ganzen Land verteilt wurde. Dies zeigt, ohne die Arbeiter läuft nichts, aber es geht sehr gut ohne die Kapitalisten. Die Lage im Kampf der Druckarbeiter in Dänemark ist gut.

Entschieden ist der Kampf noch nicht. – (nach Korrespondentenbericht, ar, Bezirk Holstein)

Eine große Aktion der spanischen Bauernklasse

Die Wirtschaftskrise spitzt die Klassenwidersprüche zu

Wie ein Steppenbrand hat sich im Laufe der letzten beiden Wochen der Kampf der armen Bauern und Landarbeiter über die Provinzen Spaniens ausgebreitet. Mit Zehntausenden von Traktoren (Berichte vom 3. März sprechen von 80 000 Traktoren, das wären ein Drittel aller Traktoren in Spanien) blockieren die Bauern die großen Straßen an zahlreichen Punkten. Zum ersten Mal hat sich damit eine große einheitliche Kampfbewegung der Bauern mit einheitlichen Forderungen herausgebildet. Während die Regierung laviert und durch Verhandlungen Zeit gewinnen will, bereitet sie die bewaffnete Niederschlagung der Kampfbewegung vor. Aber die Bauern haben in voller Kenntnis dieses bevorstehenden Zusammenstoßes erklärt, daß sie die Blockade nicht eher aufheben wollen, als bis ihre Forderungen vollständig erfüllt sind: Anhebung der Erzeugerpreise, so daß die Bauern davon leben können; einheitliche und verbesserte Sozialversicherung; und Bildung einer einheitlichen, unabhängigen und demokratischen Bauernvereinigung anstelle des faschistischen Zwangsverbandes.

Die Kleinbauern und Landarbeiter gehören zu den ärmsten Volksklassen Spaniens. Sie bilden trotz der massiven Landflucht 30 % der Gesamtbevölkerung Spaniens.

Der kleinbäuerliche Besitz ist vor allem im Norden und Nordwesten Spaniens konzentriert, während im Süden der Großgrundbesitz und die Lohnarbeit vorherrschen. Jedoch existieren unzählige Mischformen: Nebenerwerbsbauern, die in die Fabrik gehen müssen oder sich beim Grundbesitzer nebenher als Tagelöhner verdingen; umgekehrt Landarbeiter oder Industriearbeiter, die sich bis über die Ohren verschulden, um einen Flecken Land zu kaufen, den sie nebenher bewirtschaften; größere und kleinere Pächter ohne eigenen Besitz oder mit zu kleinem Besitz, von dem sie ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Über 90 % der Bauern und Pächter sind arme Bauern, die kaum das Notwendigste zum Leben erwirtschaften. Etwa 60 % besitzen weniger als 5 ha Land, 40 % weniger als 1 ha. Ein Drittel aller Betriebe werden ganz oder teilweise in Pacht oder Unterpacht betrieben. Am untersten Ende befinden sich schließlich die reinen Tagelöhner und Saisonarbeiter, von denen es – trotz der Abwanderung von einer Million seit 1950 – allein in Andalusien immer noch eine halbe Million gibt. Hunderte von Dörfern leben vollständig nach dem Rhythmus der Saisonarbeit: sieben Monate Arbeit in den Oliven- oder Weinplantagen der Grundbesitzer, für 500 bis 600 Mark im Monat, und 5 Monate Arbeitslosigkeit. Zehntausende finden selbst so keine Arbeit und versuchen, in der Weinernte in Frankreich für einige Wochen ein Auskommen zu finden.

Das Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten liegt noch weit unter den Arbeiterlöhnen und fällt noch weiter. Darum steht der Kampf um das Einkommen der Bauern, die Forderung nach Anhebung der Erzeugerpreise, im Mittelpunkt aller Kämpfe, die sich im Laufe der letzten Jahre so gut wie in allen Provinzen Spaniens entwickelt haben, und ebenso im Mittelpunkt des jetzigen großen Kampfes. Die Abnehmerpreise sind für eine Reihe von Produkten durch den Staat festgelegt. 1976 forderten die Bauern eine Anhebung der Preise um 28 %, um mindestens die Inflation, die schon auf 20 % zuging, und ihre vorherigen Verluste auszugleichen. Aber in den Verhandlungen, die der offizielle faschistische Bauernverband mit den Agrarkapitalisten und Handelsgesellschaften führte, kamen nur 8 % heraus. Das ist kein Wunder: der Präsident des faschistischen Bauernverbandes COSA, ein Adeliger namens Saenz de Miera, ist nicht nur Großgrundbesitzer, sondern zugleich Präsident der Zentralmolkerei Asturiens.

Gerade gegen die Milchzentralen, die Konservenfabriken und großen Handelsgesellschaften, die engstens mit den Großgrundbesitzern und dem Bankkapital verbunden sind und die die Weiterverarbeitung und den Handel monopolisieren, richten sich aber die Forderungen der Bauern. Sie zwingen die Bauern, die vielfach bei ihnen verschuldet sind, dazu, bestimmte Produkte in Monokultur anzubauen und ihnen abzuliefern. So erzeugen sie regionale Überproduktion und können die Preise noch weiter drücken.

Dagegen haben die Bauern in allen ländlichen Provinzen Spaniens in den letzten Jahren schon erbitterte Kämpfe geführt, die oft ganze Provinzen erfaßten: in Navarra kam es zum „Krieg der Paprikaschoten"; in Asturien, Santander und Navarra traten die Viehbauern gegen die Milchzentralen in den Streik; die Gemüsebauern von Estremadura bestreikten die Tomatenkonservenfabriken; die Obst- und Gemüsebauern von Almeria, die Pfirsichzüchter von Murcia, die Maisbauern von Aragon – alle führten sie langwierige und hartnäckige Kämpfe, um einen angemessenen Preis für ihre Erzeugnisse zu erhalten. Jetzt zum ersten Mal fassen sich diese Bewegungen in einer einheitlichen großen Kampfbewegung zusammen.



Spanische Bauern halten Nachtwache bei ihren Traktoren und Wagen, die die Straße blockieren.

Eine Voraussetzung dafür war sicherlich der Aufbau von Gewerkschaften und selbständigen Zusammenschlüssen der Landarbeiter und Bauern in vielen Provinzen unter führender Beteiligung der marxistisch-leninistischen Organisationen. Auf einer Konferenz der CC.CC (Comisiones Campesinos, Bauern- und Landarbeiterkommissionen) von Albacete, Aragon, Andalusien, der Volkskommission von Navarra, der Vereinigung der Bauern Kataloniens und Sprechern der Bauerngruppen in Estremadura, Neu- und Altkastilien, Leon, Land Valencia und Santander (Delegationen aus Galizien, La Rioja und von den Balearen konnten nicht anwesend sein) waren bereits diejenigen Forderungen erhoben worden, wie sie auch im Vordergrund der gegenwärtigen Kämpfe stehen: außer der Forderung nach Anhebung der Mindestpreise und ihrer Ausdehnung auf alle Landwirtschaftsprodukte die Forderung nach einer einheitlichen und umfassenden Sozialversicherung sowie nach der Auflösung der staatlichen Zwangsorganisation der Bauern, die erwiesenermaßen ein Instrument in den Händen der Kapitalisten, der Banken, der Grundbesitzer und des Staates ist, und die Zulassung eines einheitlichen, unabhängigen und demokratischen Verbandes der Bauern und Landarbeiter.

Zugleich aber hat die Konferenz auch die grundlegende Forderung nach einer umfassenden demokratischen Landreform, d.h. Enteignung der Latifundien und Übereignung des Bodens an die, die ihn bebauen, von neuem erhoben.

Die Reaktionäre versuchen, die Kleinbauern mit „Enteignung" und „Kollektivierung" zu schrecken und auf ihre Seite zu bringen. Die Reformisten und Revisionisten versuchen, von dieser Forderung abzulenken. Gemeinsam versuchen sie, die Bewegung der Bauern zu spalten und in die Sackgasse zu führen, indem sie scheinbar ihre dringendsten Forderungen, wie die Anhebung der Erzeugerpreise aufgreifen, um dann zu behaupten, sie könnte solange nicht erfüllt werden, wie der Eintritt Spaniens in die EG nicht vollzogen sei. Dann aber würden sich alle Probleme der Bauern lösen. Die Handels- und Verarbeitungsbetriebe könnten dann gute Preise zahlen und die Bauern würden Subventionen und Kredite erhalten. Verschiedentlich haben die Reaktionäre, die Reformisten und Revisionisten versucht, die Bewegung der Bauern unter der Forderung nach „Eintritt in die EWG" unter ihre Führung zu bekommen und zu spalten. Aber wie sollte es gelingen, die große Armee der armen Bauern Spaniens auf die Dauer für die Perspektive einer kapitalistischen Entwicklung zu gewinnen, die ihnen nicht offen steht – während die Grundfrage: wem das Land gehört und wer es bebaut, ungelöst bleibt?

Der Kampf der Volksmassen Spaniens gegen die feudal-bürokratische Reaktion und für die Errichtung der Republik in den Jahren von 1931 bis 1938 war untrennbar verbunden mit der Forderung nach Landreform. Der halbfeudale Großgrundbesitz war das große Bollwerk der Reaktion, mit der Kirche als dem größten Großgrundbesitzer. Der spanische Bürgerkrieg, der nach der Intervention von Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien zu einem national-revolutionären Befreiungskrieg wurde, war in vielen ländlichen Gebieten ein großer Bauernaufstand. Mit der Republik wurde die Forderung nach Landreform unterdrückt. Der Sieg des Faschismus befestigte die Macht der Grundeigentümer von neuem und erweiterte sie noch.

Das gilt bis heute. Weniger als 2 % aller Betriebe halten über die Hälfte des bebaubaren Bodens in Besitz. Und unter diesen halten eine geringe Zahl von Betrieben über 1 000 Hektar über 20 % der gesamten nutzbaren Fläche.

Die ungebrochene Macht des Großgrundbesitzes und die nicht vollzogene Landreform ist eine der wesentlichen Ursachen für die Rückständigkeit der spanischen Wirtschaft und die Abhängigkeit des ganzen Landes vom Imperialismus.

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die herrschende Oligarchie durch die rücksichtsloseste Auspressung der Bauern und Ausbeutung der Landarbeiter auf ihren Gütern Kapital für eine eigenständige Industrialisierung Spaniens zu akkumulieren. Die Bauern wurden durch die vom Staat künstlich niedrig gehaltenen Preise in Massen ruiniert und flüchteten in die Stadt, um Arbeit in den neuen Fabriken zu finden. Die billigen Lebensmittel erlaubten gleichzeitig, die Löhne extrem niedrig zu halten.

Dennoch kam eine eigenständige kapitalistische Industrialisierung nicht zustande. Mitte der fünfziger Jahre wurde diese Politik der „Autarkie" aufgegeben und das Land weit für das US-Kapital und anderes imperialistisches Kapital geöffnet. Fabriken schossen aus der Erde wie Pilze nach einem warmen Regen. Die Faschisten nennen das stolz das „spanische Wirtschaftswunder". Aber dieses „Wunder" beruhte auf dem selben Rezept wie zuvor: den niedrigen Lebensmittelpreisen, dem Massenruin der Bauern und den entsprechend niedrigen Arbeitslöhnen. Nur daß das Kapital imperialistisch war. Der unselbständige Charakter dieser Industrialisierung wird dadurch erhellt, daß Spanien in immer wachsendem Umfang für Lizenzen, Patente etc. zahlen muß, im ersten Vierteljahr 1976 allein 123 Millionen Dollar, gegenüber 71 Millionen Dollar im ersten Vierteljahr 1975.

Die Ergänzung dazu ist die Ruinierung der Landwirtschaft. Weniger als die Hälfte des Bodens ist laut offizieller Statistik „bearbeitet". Der Rest, soweit er nicht brach liegt, ist extensiv genutztes Weideland. Im Rahmen der imperialistischen „Arbeitsteilung" hat die Landwirtschaft überdies immer stärker monokulturellen Charakter angenommen. Spanien ist der Lieferant der kapitalistischen und imperialistischen Länder für billige Zitrusfrüchte, anderes Obst, einige Gemüsesorten, für Wein, Olivenöl, Leder und Lederwaren und einige andere Produkte. Die vielseitige einheimische Produktion ist darüber weitgehend zum Erliegen gekommen. Grundnahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art müssen importiert werden, und diese Importe sind mittlerweile doppelt so hoch wie die entsprechenden Exporte Spaniens.

Das ist einer der Hauptgründe für die immer wachsenden Handels- und Zahlungsbilanzdefizite und die wachsende Außenverschuldung des Landes, die 1976 auf 12 Milliarden Dollar aufgelaufen ist.

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat daher Spanien mit doppelter Wucht getroffen. Mindestens 800 000 sind arbeitslos, die Inflation überschreitet die 20 % und die Investitionen der Imperialisten wie der einheimischen Kapitalisten stagnieren.

Die spanische Arbeiterklasse und die breiten Massen des Volkes, darunter auch besonders die Bauern und Landarbeiter, haben sich erhoben, um die faschistische Unterdrückung, die Ausbeutung und Ausplünderung zu beseitigen.

„Der allmählich nachlassende Polizeidruck auf die Arbeiterklasse hat zu starken Lohnsteigerungen und zu heftigen Streiks geführt ... Es gibt viele Unternehmer, die bereits heute nach einem *‚sozialen Pakt'* rufen, der es den Spaniern erlauben würde, mit dem Wachstum ihrer Wirtschaft fortzufahren. Doch die Arbeiterführer ... weisen solche Ansinnen energisch zurück. Zuerst, so betonen sie, müsse ein *legaler Rahmen* geschaffen werden ... Die eigentliche Neuorientierung der spanischen Wirtschaft wird auf die Zeit nach dem Zustandekommen eines gewählten Parlaments und einer aus ihm hervorgehenden Regierung verschoben werden müssen ... "

In dieser Darstellung der Lage durch die „Neue Zürcher Zeitung" findet man den Schlüssel zum Verständnis der „Demokratisierungs"-Bemühungen des Regimes wie der entsprechenden Bemühungen der bürgerlichen Opposition, bis hin zu der revisionistischen KP, die ebenfalls der Regierung einen „nationalen Pakt" vorgeschlagen hat. Mit einer neuen „legalen Regierung", die die Interessen der kleinen und mittleren Bourgeoisie und der Arbeiteraristokratie mit den Interessen des monopolistischen Kapitals und des Imperialismus vereinbart, soll ein neuer Wirtschaftsaufschwung eingeleitet werden, der in nichts anderem als in einem neuen, verschärften Hungerregime für die Arbeiter, die Bauern und Volksmassen und einer neuen Welle der politischen Unterdrückung bestehen kann – nur eben nicht mehr „für Gott und Vaterland", sondern für „Demokratie und Sozialismus".

Aber dafür besteht weder objektiv noch subjektiv eine Grundlage. Spanien kann in der imperialistischen Konkurrenz nicht mithalten, sondern ist viel eher Gegenstand dieser Konkurrenz. Wenn sich auch an einem Übergang zum Parlamentarismus momentan noch Hoffnungen und Illusionen knüpfen – in zahllosen Kämpfen hat die Arbeiterklasse und haben die Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten Spaniens ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, sich Imperialismus und Reaktion keinesfalls mehr zu unterwerfen. An einer Frage wie der Landreform wird die „Demokratisierung" der Bourgeoisie gemessen werden. Es wirft ein grelles Licht auf Regierung wie „demokratische Opposition", daß diese Frage sorgsam ausgeklammert wird. Allein die Arbeiterklasse ist willens und fähig, die Fahne der Landreform als eines der großen Banner der volksdemokratischen Revolution zu erheben, die den Weg zur sozialistischen Revolution eröffnet. Die gegenwärtige Bewegung der Bauern kann daher mit großen Schritten das revolutionäre Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernklasse Spaniens voranbringen. – (gk)



Portugal. Die bürgerliche Reaktion unter Führung der „sozialistischen" Regierung Soares betreibt mit aller Macht die Liquidierung der Landreform. Sie trifft auf den erbitterten Widerstand der Bauern und Landarbeiter im Süden Portugals, die die Böden jetzt kollektiv bewirtschaften. Mitte Februar sollten 100 Landgüter geräumt und den Grundbesitzern zurückgegeben werden. Aber bisher waren es erst eine Handvoll und die Landarbeiter bereiten ihre Belagerung und Wiedereroberung vor. Tausende demonstrierten auf einer Kundgebung in Beja ihre Entschlossenheit, sich keinesfalls erneut der Lohnsklaverei zu unterwerfen. In diesem Kampf stehen die Frauen in vorderster Front, wie hier auf der Kundgebung in Beja (Bild). Auf ihren Schildern steht: „Nein zur Rückgabe der enteigneten Ländereien" und „Arbeit ja – GNR (Nationalgarde) nein!"

Die Länder Lateinamerikas haben sich im Lauf der letzten Jahre die Souveränität über die wichtigsten mineralischen Ressourcen in ihren Ländern von den imperialistischen Konzernen zurückerkämpft. 1976 brachte Venezuela seine gesamte Ölförderung unter nationale Kontrolle; Anlagen im Wert von 1,8 Milliarden Dollar wurden enteignet. Guyana und Jamaica, die zu den größten Bauxitproduzenten der Welt gehören, haben die Nationalisierung der US-Monopole eingeleitet.. Zu Beginn 1977 hat auch Ecuador seine Beteiligung am US-Ölkonzern Texaco von 25 auf 62,5 Prozent erhöht. 1976 haben die Arbeiter der Ölgesellschaft mehrwöchige Streiks gegen die Ausbeutungsbedingungen geführt. Im ganzen Land haben sich unter führender Beteiligung der KP Ecuadors / Marxisten-Leninisten Komitees zur vollständigen Enteignung der Texaco gebildet.

Die Kämpfe der Arbeiter und der Volksmassen sind die Triebkräfte des Kampfes um die nationale Souveränität. Die Arbeiter der Zinngruben Boliviens haben im letzten Jahr im Kampf gegen den Lohnraub durch das Banzer-Regime wochenlang die Gruben besetzt und konnten nur mit Militär unterworfen, nicht aber besiegt werden. Jetzt hat sich die bolivianische Regierung geweigert, ein neues internationales Zinnabkommen zu unterzeichnen, durch das sich die Imperialisten weiterhin Billigstpreise wie bisher sichern wollen. Durch diese Weigerung Boliviens ist der Zinnpreis binnen drei Wochen von 3,77 auf 4,10 Dollar gestiegen.

Die Ausbeutung und Ausplünderung der Völker Lateinamerikas durch die US-Imperialisten ist trotz dieser wichtigen Erfolge im Kampf um die nationale Unabhängigkeit immer drückender geworden. Die US-Monopole haben sich vor allem auf die weiterverarbeitende Industrie geworfen. 1975 betrugen ihre Gesamtinvestitionen in Lateinamerika über 22 Milliarden Dollar, doppelt soviel wie 1968. Die offizielle Rate ihrer Profite betrug 15,5 Prozent im Durchschnitt. Noch größeren Umfang als die Direktinvestitionen hat der Kapitalexport in Form von Krediten, Anleihen usw. Die Gesamtverschuldung Lateinamerikas stieg von 21 Milliarden 1970 auf 45 Milliarden 1974 und fast 70 Milliarden Dollar 1976.

Nach den US-Imperialisten sind die BRD-Imperialisten die größten Räuber in Lateinamerika. „*Die Bedeutung Lateinamerikas als Wirtschaftsfaktor steht außer Frage ... und wir Deutschen tun gut daran, diesem Teil der westlichen Hemisphäre große Aufmerksamkeit zu schenken. Daß dies bereits geschieht, zeigt deutlich die Tatsache, daß unsere Direktinvestitionen in Lateinamerika mit über 5 Milliarden DM fast die Hälfte der deutschen Investitionen in der Dritten Welt ausmachen. (...) Lateinamerika hat auf uns Deutsche immer eine besondere Faszination ausgeübt. (...) Durch die geradezu explosive Entwicklung der modernen Kommunikation sind wir uns sehr nahe gerückt. Man nimmt mehr Anteil am anderen und meint, nicht ganz unberechtigterweise, beim anderen auch mitreden zu dürfen.*“ (Staatsse-

tion sind wir uns sehr nahe gerückt. Man nimmt mehr Anteil am anderen und meint, nicht ganz unberechtigterweise, beim anderen auch mitreden zu dürfen.“ (Staatsse-

kretär Hermes vor den Missionschefs der lateinamerikanischen Länder, Bonn, 21. Dezember 1976)

Mao Tsetung
Über die neue Demokratie
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
112 Seiten DM 1,10

Die drei Aufsätze handeln über die neudemokratische Revolution, die Taktik der nationalen Einheitsfront und über die unbedingte Selbständigkeit der Kommunisten als Führer der Arbeiterklasse und der armen Bauern.
(Auch enthalten in Ausgewählte Werke 2)

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager
Postfach 5129
6800 Mannheim

Nach dem **Scheitern der letzten Verhandlungen über den Panama-Kanal** erklärten die US-Imperialisten, eine „schnelle Lösung des Problems“ sei nicht in Sicht. Zwar werden neue Verhandlungen aufgenommen, die US-Imperialisten aber wollen die seit 12 Jahren dauernden Verhandlungen noch weiter hinausschieben. Sie konnten sich Panama gegenüber mit der Forderung nach dem Recht, die Kanalzone militärisch auch nach ihrem Abzug zu „schützen“, nicht durchsetzen. Also erklären sie die Verhandlungen für gescheitert, um den Abzug ihrer Truppen hinauszuzögern. Dem Abzug der Truppen hatten sie bereits 1972 zustimmen müssen, aber erklärt, erst nach Abschluß eines Vertrages dies auch zu tun.

Argentinien, eines der größten und reichsten lateinamerikanischen Länder, steht den Imperialisten weit offen. Bei einer Geldentwertung von fast 350 Prozent im Jahr 1976 können sie argentinische Waren und Fabriken zum Spottpreis erwerben, während für ihre Produkte Phantasiepreise gezahlt werden müssen. Die Last tragen die Arbeiter, Bauern und Werktätigen. Die Teuerung hat die Löhne 1976 auf weniger als die Hälfte gedrückt. Das wird durch eine blutige Militärdiktatur gesichert, die alle politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und Volksmassen liquidiert hat. 100 000 Arbeiter in den staatlichen Betrieben haben dagegen einen 30tägigen Bummelstreik durchgeführt.

Imperialistische Kritik an der Unterdrückung in Zimbabwe? Imperialistische Doppeltaktik!

Vor Tagen war im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens der Film „Zimbabwe – Rhodesien vor dem Ende der weißen Herrschaft?“ zu sehen. Der Film prangerte freimütig den schmarotzenden Reichtum, die „Kolonialherrlichkeit“ der weißen Siedler an und zeigte „Weiß und Schwarz“ als „zwei Rassen, die zugleich zwei Klassen darstellen“.

Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegung und des bewaffneten Kampfes im westdeutschen Fernsehen? Wir werden sehen. Die Enthüllungen, die der Film über den Widerspruch zwischen weißen Siedlern und dem hinter ihnen stehenden imperialistischen Kapital einerseits, den besitzlosen schwarzen Massen andererseits machte und mit eindrucksvollen Bildern belegte, verdienen es, in kurzen Auszügen wiedergegeben zu werden.

„**Das Land der Afrikaner:** (...) das ihnen zugeteilte Land besteht zum großen Teil aus unfruchtbarem sandigem Boden. Während die weißen Farmer 3 000 Hektar ihr eigen nennen, besitzt der afrikanische Farmer einen Acker, der um das Tausendfache kleiner ist. Handtuchgroße Parzellen, (...) die meist auch noch im regenarmen Gebiet liegen, (...) die Ernten (sind) so schlecht, daß sie häufig genug nicht einmal zur Selbstversorgung reichen. (...) Geringe Überschüsse der Maisernte können nur an weiße Farmer verkauft werden, zu Niedrigstpreisen, versteht sich. Weil sie mit ihrer Landwirtschaft kein Geld verdienen können, verlassen die Männer ihr Dorf und versuchen ihr Glück in der Stadt. Die Frauen beackern das Feld, sie arbeiten kollektiv. So etwas wie Sozialismus ist für sie nichts Aufgesetztes, keine Ideologie fremden Willens, sondern eine in der Tradition verwurzelte Existenzform.“

„**Gearbeitet wird im Akkord.** 180 solcher (Tabak-)Stangen müssen die Männer täglich pflücken, wenn sie ihren Job behalten wollen. **Tabakverarbeitung,** bei künstlicher Luftfeuchtigkeit von 90 Prozent und einer Temperatur von über 30 Grad arbeiten Frauen und Kinder. **Arbeitslosigkeit** ist für die Schwarzen eine Dauererfahrung. Deshalb ist glücklich, wer wenigstens als Bote Arbeit findet oder als Träger bei den schier endlosen Golfturnieren der weißen Oberschicht.“

„Die Gleichung Rasse gleich Klasse wird gesetzlich durch das **Herr- und Knechtgesetz** zementiert. Darin wird geregelt, daß Bedienstete auf Farmen, in Haushaltungen und Hotels nicht das Recht haben, Lohnverhandlungen mit ihren weißen Arbeitgebern zu führen. Auf Gedeih und Verderb sind sie vom Wohlwollen ihres Herrn abhängig, Lohnsklaven mit einem monatlichen Verdienst von etwa 40 DM.“

„**In den Townships,** wie die afrikanischen Gettos von den Weißen genannt werden, geht es für viele nur ums nackte Überle-

chen Verdienst von etwa 40 DM.“
„**In den Townships,** wie die afrikanischen Gettos von den Weißen genannt werden, geht es für viele nur ums nackte Überle-

ben.“

„Wie im tiefsten Busch müssen sie Wäsche und Trinkwasser oft kilometerweit von den Zapfstellen zu ihren Behausungen tragen. Aber das ist nur ein Ausschnitt aus dem System der zahllosen Demütigungen, die um so unerträglicher sein müssen, da in Sichtweite eine Welt des Überflusses und des Müßigganges vor Augen steht, eine Welt des Luxus, verwirklicht ausschließlich durch die Ausbeutung afrikanischer Arbeitskraft.“

„**Die Häuser der Schwarzen,** keine ausgesuchten Elendsquartiere, (...) im Gegenteil: die neueste, von der Regierung gebaute Anlage. Die Monotonie ist kein Zufall, sie gehört zu dem System totaler Überwachung, eine Siedlung in Planquadraten, freie Schußfelder gegen mögliche Aufstände. Architektur als Fertigware, genormte Baracken für je zwei Familien, pro Familie im Durchschnitt acht Personen, kein fließendes Wasser, keine Elektrizität. Zwei Zimmer und Küche zum Preis von einem Drittel des durchschnittlichen Arbeiterlohns. Ein Wohnlager, errichtet für Zehntausende, 20 Kilometer vor der Stadt, 20 Kilometer vom Arbeitsplatz. (...)“

„Die(se) Lichtmasten erhellen kein Fußballfeld. Es sind Beleuchtungstürme zur nächtlichen Überwachung der schwarzen Gettos. Ab Einbruch der Dunkelheit dürfen sich hier nicht mehr als sieben Personen versammeln.

Die Hütten werden von jenen gebaut, die sich Steinbaracken nicht leisten können, Hausdienern, Boys, Gärtnern, Arbeitslosen. Die weiße Verwaltung erhebt eine monatliche Hüttensteuer, eine Gebühr, die ein Viertel des durchschnittlichen Dienerlohns beträgt. Die friedlichen Bilder, die Ursprünglichkeit und Harmonie afrikanischen Lebens vortäuschen, verraten wenig von dem Elend, der Mühsal, der Armut, die hier den Alltag bestimmen. Nichts von Krankheiten durch mangelnde Hygiene, nichts vom Gestank, vom Chaos, das entsteht, wenn ein tropischer Regenguß die Strohdächer durchbricht und alle Habseligkeiten vom Wasser überschwemmt werden. Aber die Armut kennt Steigerungsformen.

Schlafstätten unter Plastikplanen am Rande der Townships, das Filmen dieser Lager wurde uns verboten. Diese Aufnahmen entstanden mit versteckter Kamera. Wer hier haust, ist meistens illegal in der Stadt, lebt im Niemandsland, in der weißen Überflußgesellschaft erniedrigt, mit der Wut und Ohnmacht dessen, dem als Ausweg nur das Krepieren bleibt.“

(Auf dem Land) „**Die Dörfer** sind schwer zu kontrollieren. Seitdem sich der Guerillakrieg verstärkt, wird hinter jedem Landbewohner ein Terrorist oder zumindest Sympathisant vermutet. Das Regime von Ian Smith fand auch hier eine Lösung, Wehrdörfer. Die Bewohner werden aus ihren Kraals in militärisch bewachte Internierungslager umgesiedelt – weitab von ihren Feldern, mit Ausgangssperren von 18 Uhr bis 6 Uhr früh, Maßnahmen, angeblich um die Dorfbewohner vor Überfällen zu bewahren, in Wirklichkeit, um die weiße Minderheit vor der Solidarität zwischen Bevölkerung und Freiheitskämpfern zu schützen. Jeder Fremde, jeder Freund ist im afrikanischen Dorf ein Gast, so ist es nur selbstverständlich, daß die Freiheitskämpfer, die oft tagelang bis zu 50 Kilometer durch den Busch marschieren, in den Dörfern verpflegt werden und in der Nähe der Hütten Unterschlupf finden.“

Die dargestellten Verhältnisse sind ein Aufruf zur Revolution, zum bewaffneten nationalen Befreiungskampf, wie er in Zimbabwe bereits in vollem Gange ist. Ein Aufruf zur Revolution im ARD? Keineswegs. Der Film verdreht nun diese Wirklichkeit, indem er Afrikaner selber eine neokoloniale Lösung propagieren läßt. Als Sprecher wählt er nicht die revolutionären Führer im revolutionären Befreiungskampf, sondern Figuren, angebliche Arbeiterführer und Oppositionspolitiker, die einige Reformen, die Herstellung bürgerlicher Verhältnisse mit schwarzen Bourgeois an der Macht fordern.

Ein afrikanischer Gewerkschaftsführer:

„... Der Europäer verdient das Zehnfache dessen, was der Afrikaner erhält. Das finden wir sehr schlecht, wir arbeiten hart, damit das ein Ende hat. Wenn weiterhin die guten Jobs nur von Weißen ausgeführt werden, dann wird es zu einem heftigen Kampf kommen, denn Hunger kennt keine Farbe, das gleiche Fleisch, das gleiche Brot, der gleiche Preis. Obwohl die Weißen so viel besser bezahlt werden, müssen wir die gleichen Preise in den Läden bezahlen. Das beunruhigt uns stark. Aber wir haben keine Wettbewerbschance.“

Können dies die Ziele der afrikanischen Arbeiter im Kampf gegen die Ausbeutung durch die Imperialisten und Kolonialisten sein? Bessere „Wettbewerbschancen“, „gute Jobs“? Die Arbeiterklasse in einem unterdrückten Kolonialland, nicht anders als in einem kapitalistischen Land, kann sich nur befreien, indem sie den Weg zum Sozialismus einschlägt. Dazu muß sie die Volksmassen im Kampf um die nationale Befreiung des Landes führen.

Als politischer Vertreter der afrikanischen Massen spricht im Film der **schwarze Parlamentarier Thomas Z., Salisbury.**

„Es ist ziemlich sicher, daß Afrikaner die Kontrolle hier übernehmen müssen, damit Friede in das Land zurückkehrt. Der Weiße hat versagt, und ich kann keinen Grund sehen, warum er seine privilegierte Position behalten sollte.“ „Nichts kann uns davon abbringen, genauso gut leben zu wollen, das gute Essen zu genießen, die gleichen Häuser wie die Weißen zu besitzen. Wir wünschen uns die gleichen Annehmlichkeiten, und wir sehen keinen Grund für die Unterschiede. Der soll gut leben, der es durch seine Leistung, durch seine Bildung und seinen Beitrag zur Wirtschaft des Landes verdient.“

Man blickt schon klarer: der Kampf gegen das imperialistische Ausbeutungssystem wird auf einen Kampf gegen die „Privilegien der Weißen“ zurückgestutzt. Sind sie beseitigt, und können schwarze Parlamentarier „genauso gut leben, das gute Essen genießen und die gleichen Häuser wie die Weißen besitzen“, dann kann „Friede in das Land zurückkehren“.

Die höhere Weihe für diese neokolonialistischen Pläne gibt der **Bischof Lamont,** zum Opfer des Smith-Regimes erhoben. Er wurde verurteilt, weil er Guerillas auf der Missionsstation angeblich nicht denunziert hatte.

„Wir haben gegen das Verfahren und die Hinrichtung protestiert. Über die Gründe der Hinrichtung kann man diskutieren. Aber das Verfahren in diesem Land ist entsetzlich.“

„Es gibt nur eine Lösung: Friede ist das Werk von Gerechtigkeit. Wo es eine Anstrengung für allgemeine Gerechtigkeit gibt, Chancengleichheit, Gleichheit vor dem Gesetz und eine gerechte Verteilung des Reichtums im Land, da gibt es eine Hoffnung auf Frieden. Es gibt sie nicht, wenn alle Entscheidungen zum Privileg einer bevorzugten Klasse gehören.“

Eine „gerechte Verteilung des Reichtums“, die an die Stelle von „Privilegien einer bevorzugten Klasse“ treten soll – das ist nichts als der ins Gewand christlicher Nächstenliebe gehüllte Raubtierstandpunkt des bürgerlichen Rechts. Ob einer ausgebeutet wird oder Ausbeuter ist – vor dem Recht ist er „gleich“. Daß es die Arbeiter und die Bauern waren, und zwar allemal Afrikaner, die den Reichtum geschaffen haben, welchen der Bischof „gerecht verteilen“ will unter schwarze und weiße Bourgeois gleichermaßen – das wird verschwiegen, weil es so bleiben soll. Auf dieser Grundlage soll „Frieden“ geschaffen werden – „über die Gründe der Hinrichtung kann man diskutieren“, jedoch das „Verfahren“ sollte geändert werden.

Um solche Ziele, wie sie der Fernsehfilm der ARD der Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe unterschieben will, kämpfen in Wirklichkeit die Volksmassen nicht. Ihre Ziele sind im Programm der ZANU als der führenden Befreiungsorganisation folgendermaßen zusammengefaßt:

„In einem freien, sozialistischen, unabhängigen und demokratischen Zimbabwe wird das Eigentum als Wirtschafts- und Ausbeutungsfaktor beseitigt werden. (...) Das Volk wird als Besitzer und Kontrolleur der Produktionsmittel und des Verteilungsapparates beteiligt sein, deren Eigentümer entweder der Staat oder Kooperativen sind. (...) Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem, das ein paar Siedler in Rhodesien und Kapitalisten in Südafrika, England und Amerika auf Kosten der arbeitenden Massen begünstigt, wird beseitigt werden. (...) Eine wahrhaft sozialistische, autarke Wirtschaftsform wird errichtet und nach marxistisch-leninistischen Prinzipien organisiert werden.“

Dieser Kampf allein vertritt im südlichen Afrika den Fortschritt. Das wissen die Imperialisten auch. Deshalb ja ihre plötzlichen Anstrengungen, sich als Sozialkritiker gegenüber einer „versunkenen britischen Kolonialherrlichkeit“ und der „weißen Herrschaftskaste“ aufzuspielen.

Sie bereiten den Gegenschlag vor: dieselben Kirchen, die plötzlich ihr Herz für die „benachteiligten Schwarzen“ in Zimbabwe und Azania entdeckt haben und ein Ende der „Rassentrennung“ usw. fordern – dieselben Kirchen machen sich zum Rammbock der imperialistischen Einmischung und Drohung gegenüber souveränen afrikanischen Staaten wie Uganda, das – wie Präsident Amin gegenüber den Fragen eines westdeutschen Fernsehteams nochmals nachdrücklich bestätigte – das Volk von Zimbabwe ebenso wie das palästinensische Volk in seinem Befreiungskrieg unterstützt.

Die scheinbar so radikale Kritik an der Unterdrückung der Afrikaner in Zimbabwe und die rassistische Hetze gegen das Volk von Uganda ist nichts als eine imperialistische Doppeltaktik gegen das Unabhängigkeitsstreben der Völker.

(Alle Zitate aus der Fernsehsendung sind nach Bandaufzeichnung wiedergegeben.)

die nationale Befreiung des Landes führen.
und weiße Bourgeois gleichermaßen – das wird verschwiegen, weil es so blei-
Völker.
(Alle Zitate aus der Fernsehsendung sind nach Bandaufzeichnung wiedergegeben.)

Chauvinistische Wasserträger

Gift und Galle spritzt die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ des KB-Nord gegen die Verteidigung und Unterstützung der Einheit der Völker und Staaten der Dritten Welt gegen den Imperialismus. Unter dem „Schlagwort von der ‚Einheit der Dritten Welt gegen die Supermächte“ würde „offen Partei ergriffen für proimperialistische Regimes“. (AK 99/21.2.77) In der Wirklichkeit würde es diese Dritte Welt und ihren Zusammenschluß als Triebkraft des antiimperialistischen Kampfes nicht geben, – weshalb er sie auch stets in Anführungszeichen setzt – das könne man z.B. schön an der OPEC sehen. Was es in Wirklichkeit geben würde, seien antiimperialistische und proimperialistische Regimes, fortschrittliche und reaktionäre. Aufgabe wahrer Revolutionäre wäre es, gegen die reaktionären Regimes den Kampf zu führen, das hieße, die internationale Solidarität als Klassenkampf ernst nehmen. Tatsächlich propagiert der KB (Nord) damit die Einheit mit den Imperialisten in der rassistischen Verhetzung der Völker der Dritten Welt und die imperialistische Intervention.

Als Feind in diesem ‚Klassenkampf‘ hat die Zeitschrift Arbeiterkampf die Klasse der „afrikanischen Despoten“, der „schwarzen Tyrannen“ oder schlicht der „Amins“ eingeführt und widmet jede Nummer ihres Blättchens ihrer Aufspürung. Z.B. verkündet sie in ihrer Ausgabe 97/77 stolz:

„Bokassa: Neuer Amin für die Lumpenpresse.“

„Der Imperialismus agiert im Kostüm der unberechenbaren, blutrünstigen afrikanischen Tyrannen“ (97/77), dessen Gehabe oft „an das finsterste europäische Mittelalter erinnert“, der bürgerlichen Presse wird vorgeworfen, sie würde unterschlagen, „daß es sich bei den ‚Verrücktheiten‘ reaktionärer Kompradoren um nichts anderes handelt als um Nachahmung der kolonialfaschistischen Unterdrückergepflogenheiten, die man in all ihrer Menschenverachtung und parasitärem Luxus noch heute ‚original‘ in der RSA und in Zimbabwe beobachten kann.“ (AK 97/77) Nach so einem rassistischen Bewußtsein sind die Imperialisten in den USA oder in der BRD demgegenüber fortschrittliche und zivilisierte Leute.

Empört wenden die Arbeiterkämpfer sich dagegen, „die hohe Verschuldung Zaires und Sambias allein auf den Imperialismus zurückzuführen“, schließlich sei „‚Schuldenmachen‘ in erster Linie eine politische Entscheidung der Regierungen der ‚Dritten Welt‘ ... “ (97/77) Wie die Imperialisten ja schon immer behaupten, sind nach dieser Logik die Völker der Dritten Welt selber für ihre Abhängigkeit verantwortlich, wieso bringen sie Führer hervor, die wie die „herrschende Clique in Zaire bewußt dafür gesorgt hat, daß ‚die Abhängigkeit vom Kupferbergbau nach der Unabhängigkeit stets gewachsen ist‘ “. (AK 99/77)

Idi Amin, der Staatspräsident Ugandas, irritiert ihr ästhetisches Empfinden ganz besonders. Durch seine „Willkürherrschaft“ liefert er „dankbares Material für verlogene Greuelstories“, durch entschädigungslose Enteignung des ausländischen Eigentums, hauptsächlich britischem, durch die „rassistische Vertreibung von 30 000 Indern“, die die Hauptstütze des britischen Imperialismus waren, ist „Amin für die Imperialisten zu einem unberechenbaren Faktor geworden“, wie für den KB (Nord). (86/76) Nicht weil sie etwa ihre Willkürherrschaft in Uganda errichten und das Land und sein Volk ungehindert ausplündern wollen, versuchen die Imperialisten die Regierung Ugandas zu stürzen, sondern wegen der „Unberechenbarkeit Idi Amins“. Dreist wird dann das Bündnis des Volkes von Uganda mit den Imperialisten gegen Idi Amin behauptet: „Von der wirtschaftlich verelendeten und politisch unterdrückten Bevölkerung Ugandas ist daher mit Sicherheit nicht zu erwarten, daß sie Amin gegen die imperialistische Aggression schützen wird.“ „Mit einer Politik, wie sie Idi Amin in Uganda betreibt, hat man dem Imperialismus nichts anderes entgegenzusetzen, als vielleicht eine schwerbewaffnete Leibgarde und das ist nicht viel.“ Offen rufen sie in Nr. 86 im August 76 ihres „Arbeiterkampfes“ zur imperialistischen Einmischung zum Sturz der Regierung Ugandas auf.

„Die jüngst eingeleiteten Gespräche zwischen Kenia und Uganda werden für Amin keinen Aufschub bedeuten. Das Attentat vom 11. Juni, dem Amin nur um Haaresbreite entging und für das er sicher nicht zu Unrecht den CIA verantwortlich machte, wird nicht das letzte gewesen sein.“

Schon 1913 haben die Sozialchauvinisten ihre Zustimmung zum I. Weltkrieg damit gerechtfertigt, daß „sie eben dadurch gegen den russischen Zarismus kämpfen“.

Den Hals voller Verachtung der werktätigen Massen krakeelt der Arbeiterkampf:

„Es ist nicht die Schilderung der Grausamkeiten allein, die die nationalistischen und rassistischen Vorurteile aktiviert, dies geschieht vielmehr durch die teilweise ans Absurde grenzenden Versuche der Diktatoren, ihre kolonialen und halbfeudalen weißen Vorgänger und Unterdrücker zu imitieren. Hierdurch soll den rückschrittlichen Teilen der westdeutschen Werktätigen ein chauvinistisches Überlegenheitsgefühl vermittelt werden, das jede Solidarität mit den Befreiungskämpfen in Afrika und damit auch in der gesamten Dritten Welt verhindern soll.“ (AK 97/77)

Man sieht, beim Arbeiterkampf hat es verfangen. Mit der Arbeiterklasse, die er versucht in seinen reaktionären Dreck zu ziehen, hat er allerdings nichts gemein. – (hl)

Seit jeher rassistische Hetze der Imperialisten
Den Gang der Geschichte können sie damit nicht aufhalten

Die Maū Maū-Trommel dröhnt dūrch ganz Afrika

Nur spärlich kommen in letzter Zeit Nachrichten aus dem Aufstandsgebiet der Mau Mau. QUICK-Korrespondenten entdeckten seltsame Zusammenhänge.

Wenn der Befreiungskampf der Völker Fortschritte macht, verstärken die Imperialisten ihre rassistische Hetze. Sie seien nicht „reif, sich selber zu regieren", behaupten sie, und bräuchten „die ordnende Hand", das heißt den Stiefel von Unterdrückung und Ausbeutung durch die Imperialisten in ihrem Genick. Die Methode ist alt, das zeigt die bürgerliche Pressehetze in den fünfziger Jahren gegen den Befreiungskampf des Volkes von Kenia, gegen die Mau-Mau-Bewegung. Der Kampf des Volkes für die nationale Unabhängigkeit und die Beendigung der Kolonialherrschaft wird als Rassenkrieg ohne Perspektive hingestellt, die gerechte revolutionäre Gewalt der Volksmassen Kenias als unberechenbarer Ausbruch von Barbarei und Wildheit, der reaktionäre Terror zur Aufrechterhaltung der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung als „zivilisatorische Tat", als fortschrittlich. „Mau-Mau" heißt „Vorwärts" und ist die revolutionäre Losung des Volkes von Kenia. Sein Kampf war nicht aufzuhalten, 1963 mußte Großbritannien Kenia die Unabhängigkeit gewähren. Er setzte das Signal für den Kampf für die Befreiung ganz Afrikas von Kolonialismus und Imperialismus. In weniger als 2 Jahrzehnten haben fast alle afrikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit erlangt. Um den Kampf lächerlich zu machen und in den Dreck zu ziehen, übersetzt die „Quick" „Mau-Mau" mit „sehr dringend, mach schnell". Weder diese lächerlichen, dummen Tricks noch ihre ganze reaktionäre Barbarei haben den Kolonialisten und Imperialisten geholfen. Sie haben die Geschichte nicht aufhalten können, der Kampf der Völker der Dritten Welt gegen sie treibt den Fortschritt voran.

Befreiung ganz Afrikas von Kolonialismus und Imperialismus. In weniger als 2 Jahrzehnten haben fast alle afrikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit erlangt. Um den Kampf lächerlich zu machen und in den Dreck zu ziehen, übersetzt die „Quick" „Mau-Mau" mit „sehr dringend, mach schnell". Weder diese lächerlichen, dummen Tricks noch ihre ganze reaktionäre Barbarei haben den Kolonialisten und Imperialisten geholfen. Sie haben die Geschichte nicht aufhalten können, der Kampf der Völker der Dritten Welt gegen sie treibt den Fortschritt voran.

Die rassistische Hetze gegen Uganda und seinen Präsidenten folgt der gleichen Methode. Idi Amin, „ein Neger, so richtig, wie weiße Rassisten ihn mögen", „fast zwei Meter groß, dick und fröhlich; wenn er lacht, blitzen zwei Reihen urgesunder Zähne im tiefschwarzen Gesicht". „Meister im Boxen, dem Sport der Schwarzen", „der beste Clown der Welt" – „ein Neger, wie sie eben sind". „So wie anderswo mit ‚Wie geht's', begrüßen viele Ugander einander mit der Frage ‚Du lebst noch?' " „Schätzungen der Zahl der Menschen, die seit Januar 1971 willkürlich ermordet worden sind, schwanken zwischen 25 000 und 250 000" – so hetzt die bürgerliche Presse. (Spiegel 12/75)

1976 redet der „Spiegel" von 50 000 bis 300 000 und setzt ungeniert hinzu: „Daß es niemand genauer weiß, liegt an seinem System, das nur aus Häuptling Idi und seinen Uniformträgern besteht . . ." Idi Amin „machte aus der einstigen Perle Afrikas ein Land, in dem nichts mehr geht", sein Regime wird als „Willkürherrschaft" beschimpft, „eine Wirtschaft, die den Namen verdient", gäbe es nicht mehr – im gleichen Artikel wird aber festgestellt, „Uganda hat eine idyllische Hauptstadt . . ., sauberer als jede andere Kapitale Afrikas. In Kampala riecht es nach Jasmin und nicht nach Elend." (Spiegel 9/1976)

Den Haß der westlichen Imperialisten hat Amin sich zugezogen, weil er nicht nach ihrer Pfeife tanzt und Maßnahmen im Interesse seines Landes ergreift. Er hat das ausländische Eigentum ohne Entschädigung enteignet, die Diplomaten Israels und des britischen und amerikanischen Imperialismus hinausgeworfen, als sie ihm ihren Willen diktieren wollten. Uganda tritt für die Befreiung des südlichen Afrika im bewaffneten Befreiungskrieg der Völker ein und unterstützt den bewaffneten Kampf für die Befreiung Palästinas.

Wenn die US- und westeuropäischen Imperialisten jetzt hetzen: „Verstoß gegen die Menschenrechte", „das Leben der Christen in Uganda ist in Gefahr", so weil erneut einer ihrer Umsturzversuche gescheitert ist. Dabei bedienten sie sich christlicher Kirchen, die schon immer Instrumente von Kolonialismus und Imperialismus waren. Die Regierung Ugandas hat darauf hingewiesen, daß hinter dem Putschversuch „die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Is-

chen Afrika im bewaffneten Befreiungskrieg der Völker ein und unterstützt den bewaffneten Kampf für die Befreiung Palästinas.

Wenn die US- und westeuropäischen Imperialisten jetzt hetzen: „Verstoß gegen die Menschenrechte", „das Leben der Christen in Uganda ist in Gefahr", so weil erneut einer ihrer Umsturzversuche gescheitert ist. Dabei bedienten sie sich christlicher Kirchen, die schon immer Instrumente von Kolonialismus und Imperialismus waren. Die Regierung Ugandas hat darauf hingewiesen, daß hinter dem Putschversuch „die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Is-

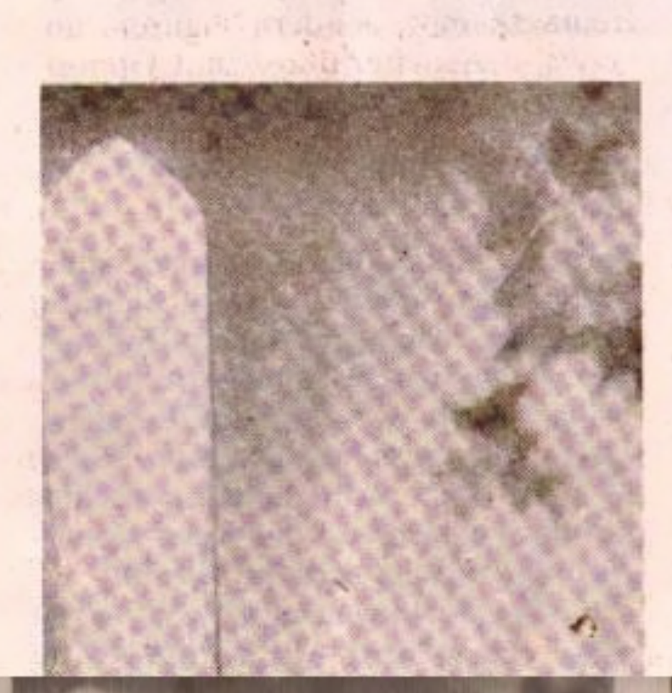
raels" stehen. Zur Rolle des Generalsekretärs der All-Afrikanischen Kirchen erklärte Amin in einem Telegramm an den Generalsekretär der OAU: „Seit langem wissen wir, daß Canon Burgess Carr . . . ein Sprachrohr für Imperialismus, Spaltung und Zionismus in Afrika" ist.

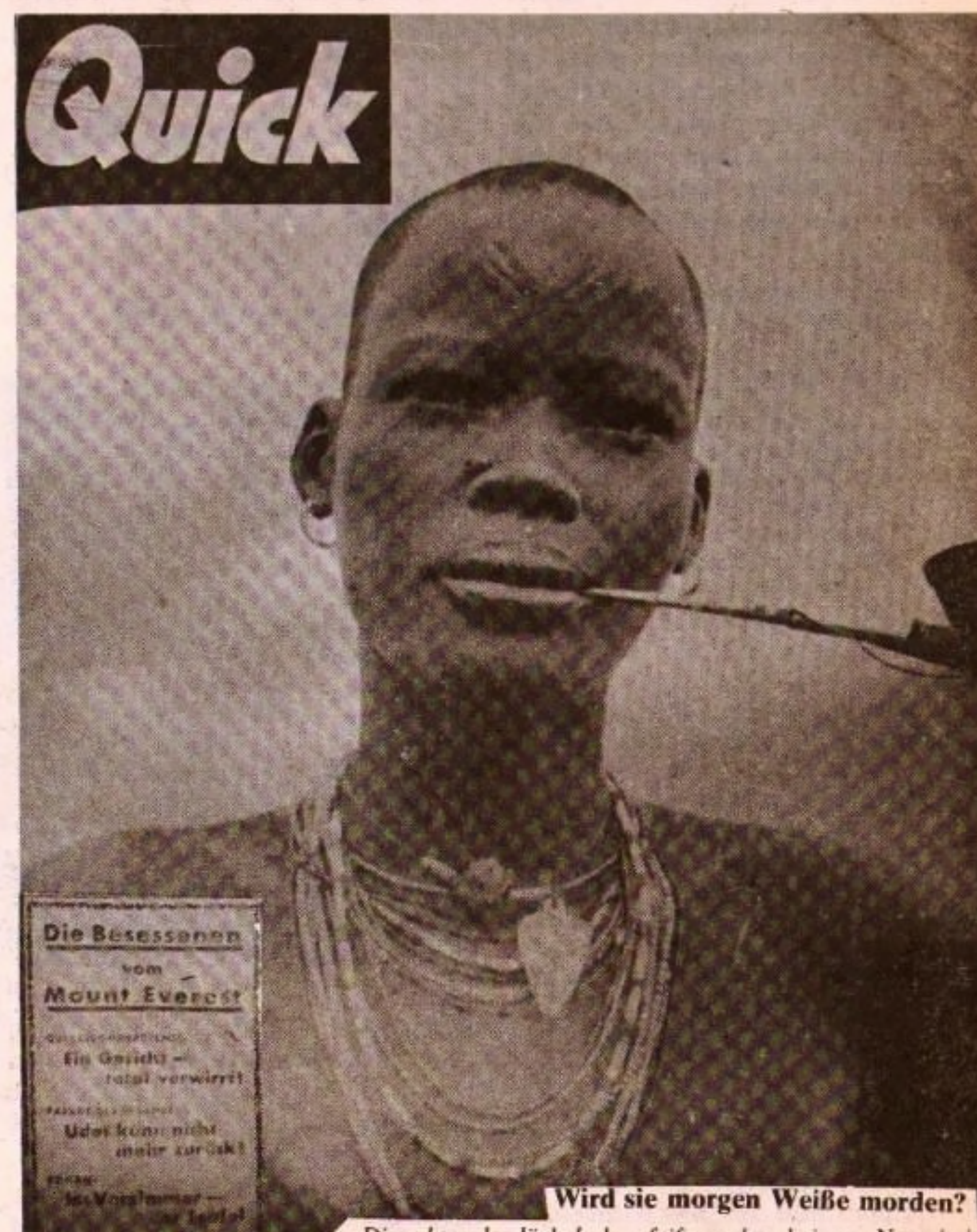
So wenig wie die Hetze gegen die Mau-Mau-Bewegung verhindern konnte, daß Kenia unabhängig wurde, so wenig werden die Imperialisten jetzt die Beseitigung der letzten Bastion des Kolonialismus im südlichen Afrika verhindern können.



Dies schwören die Männer der Mau-Mau: „Wenn ich mich weigere, einen Weißen zu töten, wenn Mau-Mau es fordert, verfalle ich selber dem Tode. Zerhackt werde ich, wenn ich Geheimnisse verrate oder nicht zu jeder Tag- und Nachtstunde auf Befehl zur Stelle bin. Nie darf ich Freunde verraten, die den Weißen ihr Eigentum stehlen, sondern ich muß ihnen helfen, es zu verbergen." In ganz Afrika ist die große Abrechnung zwischen Schwarz und Weiß, zwischen arm und reich angebrochen. Geschürt wird der Kampf von Moskau, daran besteht kein Zweifel.

Illustriertenhetze aus „Stern" und „Quick" 1952 und 1953





Wird sie morgen Weiße morden?

Diese harmlos lächelnde, pfeiferauchende junge Negerin interessierte sich bis vor kurzem für nichts anderes als für ihren Schmuck und die nächtlichen Tänze . . . Heute kämpfen die gleichen Negermädchen als Mitglieder von Mau-Mau-Banden in den Urwäldern Kenias. Afrika steht an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt. QUICK berichtet über die gefährliche Ausstrahlung der fanatischen Mau-Mau-Bewegung auf den ganzen schwarzen Erdteil.

Wird sie morgen Weiße morden?

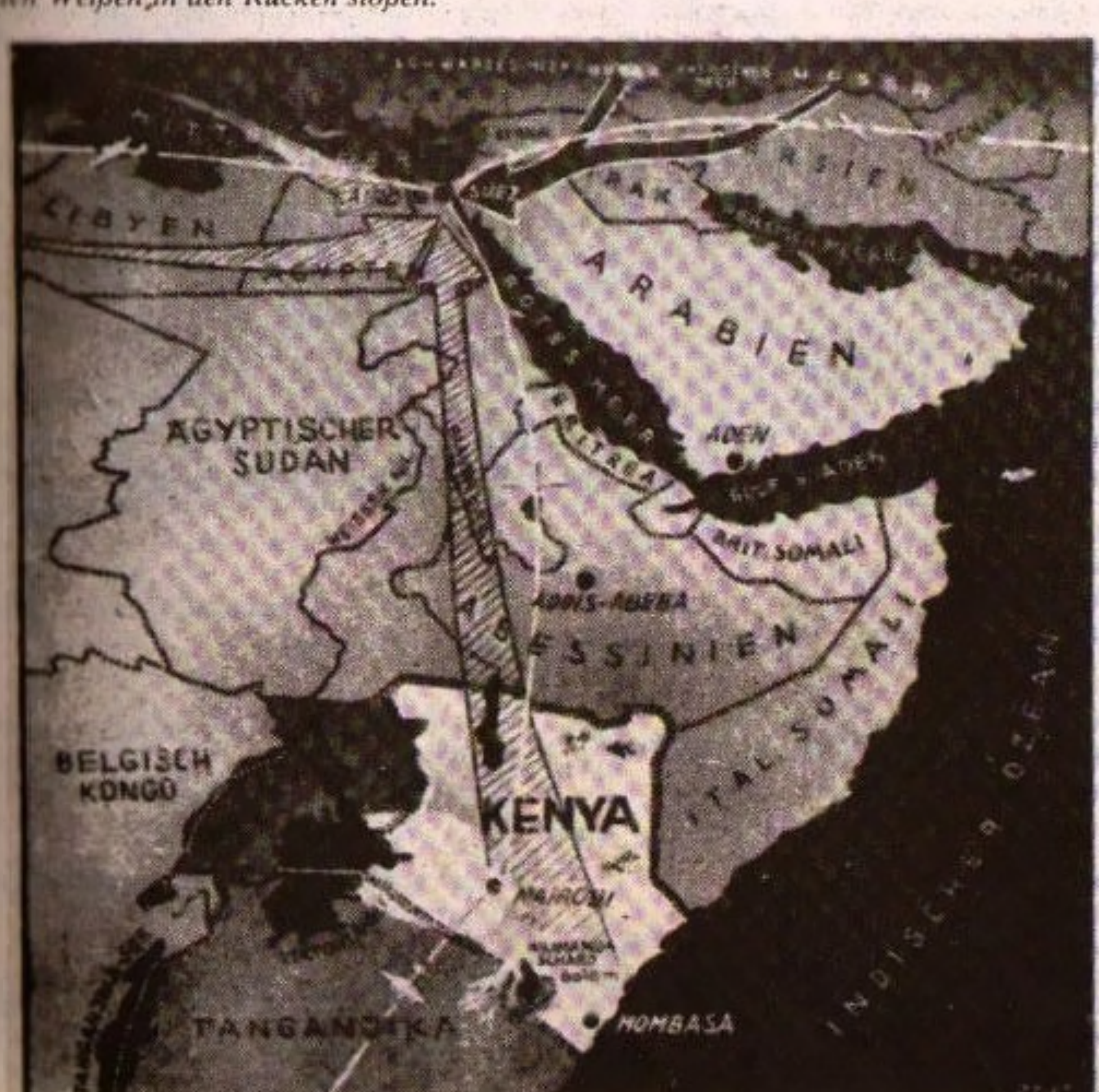
Diese harmlos lächelnde, pfeiferauchende junge Negerin interessierte sich bis vor kurzem für nichts anderes als für ihren Schmuck und die nächtlichen Tänze . . . Heute kämpfen die gleichen Negermädchen als Mitglieder von Mau-Mau-Banden in den Urwäldern Kenias. Afrika steht an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt. QUICK berichtet über die gefährliche Ausstrahlung der fanatischen Mau-Mau-Bewegung auf den ganzen schwarzen Erdteil.





Um was geht es in Englands Musterkolonie Kenya wirklich?
Um Strategie und Brot

Erst vor kurzem ist Kenya zum Zentrum der ostafrikanischen Verteidigung bestimmt worden. Von hier aus soll, im Falle eines russischen Angriffs über Kleinasien gegen den Suezkanal (schwarzer Pfeil), einer der strategischen Gegenstöße erfolgen (schraffierte Pfeile). Nicht nur deshalb hat England allen Grund, den Aufstand der Mau-Mau-Bewegung niederzuwerfen. Kenya ist eine seiner reichsten Kolonien. Von seinen blühenden Plantagen gehen Baumwolle, Kaffee und Sisalhanf in alle Welt. Aber die Schwarzen, die hier ehemals jagten, lungern heute arbeitslos um die Farmen und in den Elendsvierteln der Hauptstadt Nairobi herum. Hier (auf der Karte weiß) wütet der Terror von Mau-Mau. Der Hunger hat den schwarzen Proleten das „Panga", das Buschmesser, wieder in die Hand gedrückt (rechts), das sie nachts den Weißen in den Rücken stoßen.





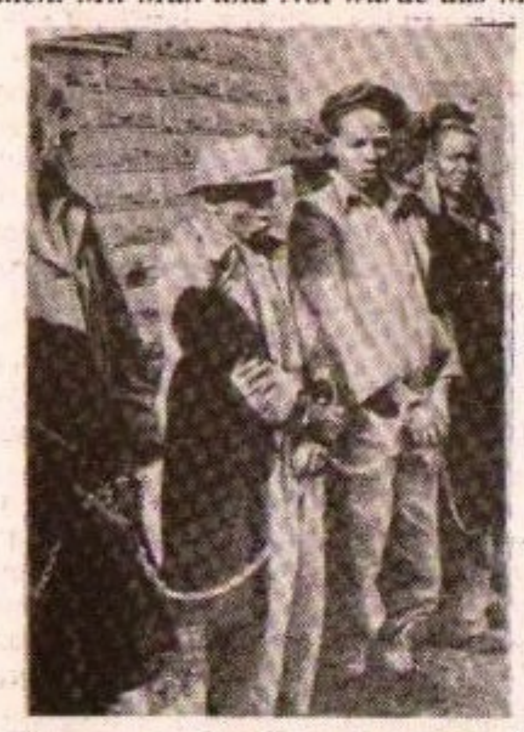
Der schwarze Prolet

Massenhaft lungern Arbeitslose in den Straßen Nairobis herum. Ein Artikel der „Times" fordert menschenwürdigere Verhältnisse für die Schwarzen von Kenya. Die Weißen haben ihnen das beste und reichste Land weggenommen.



„Gebt uns unsre Männer wieder!"

– schrien tausend schwarze Frauen, als sie eine Polizeistation in den Wäldern, 160 Kilometer von der Hauptstadt Nairobi, stürmten. Weiße und schwarze Soldaten rissen Stöcke von Bäumen und Büschen und hieben damit auf die wie vom Teufel besessenen Weiber ein, die zuvor wilde Kriegstänze aufgeführt hatten und 500 gefangene Mau-Mau-Männer befreien wollten. Mit Müh und Not wurde das Militär der Meute Herr.



Mit Ketten gefesselt *wurden die verhafteten Kikuyus, an deren Körpern man die Narben der „sieben Schnitte" fand. Sie gehören zu den Mau-Mau. 43 Morde an Weißen und Afrikanern gehen bereits auf ihr Konto. Viele hundert Stück Großvieh schlachteten sie den Weißen auf den Weiden ab. Sie wollen nicht nur Freiheit und Gleichberechtigung, sondern die Vertreibung aller Fremden aus ihrem Gebiet, das vom Viktoria-See bis zur Küste und von der abessinischen Grenze bis nach Rhodesien reicht.*



An der Westküste Afrikas

Diese schwarzen Arbeiterinnen von der Goldküste Westafrikas erzählten der QUICK-Korrespondentin von den Sympathiekundgebungen für Mau Mau, die in ihrer Heimat stattfanden. Die Goldküste ist 3 800 Kilometer vom Aufstandsherd Kenia entfernt – die Mau-Mau-Trommel dröhnt durch ganz Afrika.

Brokdorf und die Linke II

Die Gruppe Roter Morgen hat sich mit der Demonstration in Brokdorf schwer getan. Hin- und hergerissen zwischen ihrem Bestreben, wenigstens symbolisch an der Spitze des Kampfes zu stehen, und der Einsicht in ihre Unfähigkeit, diesen Kampf unter komplizierten taktischen Bedingungen zu führen, wußte die Gruppe nicht aus noch ein.

Auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen hatte ein Sprecher der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) namens des ZK verkündet, daß man in Itzehoe demonstrieren müsse, weil man sonst der Polizei in die Falle laufen würde. Wir haben dazu in der Zeitschrift Kommunismus und Klassenkampf einige Bemerkungen gemacht. Die konkrete Auseinandersetzung zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten verlief seinerzeit darum, ob man dazu aufruft, dort zu demonstrieren, wo es nützt, beim Bauplatz und zum Bauplatz, mit dem Ziel ihn zu belagern und zu erobern, oder ob man dazu aufruft, dort zu demonstrieren, wo es der Bourgeoisie nicht schadet. In dieser Lage meinte der Sprecher der Gruppe Roter Morgen, man solle dort demonstrieren, wo die Revisionisten demonstrierten. Dort könne man sie am besten bekämpfen und die Staatsmacht könne dort am wenigsten machen. Das war am 12./13. Februar.

Am 18. Februar kam der „Rote Morgen" mit der Schlagzeile heraus: „Nieder mit Polizeiterror und Hetzpropaganda. Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo!" Man konnte den Leitartikel als Aufruf für die Demonstration in Brokdorf verstehen oder auch nicht. „Brokdorf, wir kommen wieder – war und ist die Losung von Tausenden." Die Schlitzohren vom „Roten Morgen" ließen die Wahl. Das konnte heißen, wir sind früher in Brokdorf gewesen und werden später wieder kommen, jetzt aber nicht. Das konnte auch heißen, wir kommen jetzt wieder. Das war als Rückversicherung gegenüber der weiteren Entwicklung der Lage gedacht. Daß der „Rote Morgen" mit der genannten Schlagzeile herauskam, war schon eine erste Antwort auf die Entwicklung der Lage. Nach dem Verbot der Demonstration in Brokdorf entwickelte sich die Bewegung für das Ziel dieser Demonstration, Verhinderung des Kernkraftwerkes in Brokdorf nur um so schwungvoller. Der „Rote Morgen" wagte es nicht mehr, offen dazu aufzurufen, nicht nach Brokdorf, sondern nach Itzehoe zu gehen.

Am 19.2. selber war die Gruppe Roter Morgen offiziell mit einer kleineren Propagandatruppe da, die Flagge zeigte und von der nachher im „Roten Morgen" voller Stolz berichtet wurde, daß sie am konsequentesten die Losung vertreten habe: Alles zurück, marsch, marsch. „Angesichts der Übermacht der Polizei rief sie die Demonstranten bei dieser (ersten Kundgebung in Wilster, Anm. KVZ) und zwei weiteren Kundgebungen auf, nicht ins offene Messer zu laufen, auf eine Besetzung des Bauplatzes zu verzichten. Damit erwarb sie sich das Vertrauen vieler Menschen in den Bürgerinitiativen und gab eine Taktik an, der sich schließlich auch die Zirkelführer von GRF und KBW beugen mußten, die zunächst in ihrem kleinbürgerlichen Geltungsbedürfnis die Partei ausgepfiffen und sie als ‚zurückweichlerisch' beschimpft hatten – nur, um etwas später, unter dem Druck der Tatsachen, genau das zu tun, was die Partei vorgeschlagen hatte." Auf sein großartiges Eingreifen führt es der „Rote Morgen" zurück, daß die Sache fängnisstrafen zu rechnen gehabt hätten, gekommen ist, wenn der Bourgeoisie ihr großangelegtes Bürgerkriegsmanöver in die Binsen ging, so ist das einzig und allein der besonnenen Haltung der Partei zu verdanken. So war die Anweisung der Partei – keine Besetzung des Bauplatzes, keine Beteiligung an der Spalterdemonstration in Itzehoe, auf nach Wilster – völlig korrekt." „Auf nach Wilster" – Vorwärts auf dem Mittelweg, dann halt und kehrtmachen, war also die Taktik. Soviel erfährt man aus dem Artikel.



Die Demonstration in Brokdorf am 19.2. hat der KBW in Norddeutschland direkt unterstützt, in der Region Mitte und Süd hat er zur Unterstützung und Sicherung zu Demonstrationen gegen das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung aufgerufen. Bild: Kundgebung in Frankfurt.

glimpflich ausging: „So wurde der letzte Samstag insgesamt zu einem Erfolg für die kämpferischen Gegner der KKW's." Ganz so einfach kann der Rote Morgen allerdings bereits damals die Lage nicht gesehen haben. Jedenfalls drohte er bereits an: „Der ‚Rote Morgen' wird auf diese Frage der Taktik des revolutionären Kampfes und ihres Verhältnisses zur Strategie mit einem grundsätzlichen Artikel des Genossen Ernst Aust im nächsten ‚Roten Morgen' genauer eingehen."

Dies Unglück ist inzwischen eingetreten. Der „Rote Morgen" ist in seiner letzten Ausgabe mit zwei Seiten „Lehren aus dem Kampf von Brokdorf" erschienen. Er steht unter dem Motto: „Die Taktik muß der Strategie dienen." Der Aufsatz verfolgt vor allem den Zweck, die Wogen der aufbrausenden Widersprüche in den Rei-
brausenden Widersprüche in den Rei-
hen der eigenen Organisation zu glätten. Kein Wunder. Hatte der „Rote Morgen" auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen am 12.2. nach Itzehoe aufgerufen, hatte er dann am 18.2. in der Zeitung den Eindruck erweckt, nach Brokdorf aufzurufen, so muß Ernst Aust (falls der nicht gezeichnete Artikel tatsächlich aus seiner Feder stammt) jetzt herauslassen, daß sich die Gruppe Roter Morgen intern darauf festgelegt hatte, den goldenen Mittelweg einzuschlagen und zwischen Itzehoe und Brokdorf Lager zu machen:

„Wenn es also nicht zu dem von der Bourgeoisie erwarteten Blutbad, zu über 1 000 Verhafteten, von denen sicher Hunderte mit langjährigen Ge-

Der Bauplatz hat aber durch diese großartige Taktik seinen Standort nicht gewechselt. Er blieb in Brokdorf. Also setzte sich die Demonstration von Wilster nach Brokdorf in Bewegung. Dem Propagandatrupp des Roten Morgen blieb nichts anderes als hinterher zu hasten und zum Rückzug aufzurufen. Eine großartige Taktik!

Im Sandkasten lernt man da schon mehr. Aber Ernst Aust wollte sich ja nicht nur zur Taktik auslassen. Er wollte ja was zur Strategie sagen. Danach sucht man auf den zwei Seiten vergebens. Da es sich bei der Aktion in der Wilster Marsch um ein Gefecht innerhalb des Feldzuges gegen das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Bundesregierung gehandelt hat, würde man den einen oder anderen Gedanken darüber erwarten, wie dieser Feldzug nach Auffassung des
dieser Feldzug nach Auffassung des
Strategen Ernst Aust zu führen ist und in welchem Zusammenhang er mit dem Krieg für den Sieg der proletarischen Revolution steht. Nichts davon. Stattdessen ein paar Einfälle über Bürgerinitiativen wie den folgenden:

„Doch genau wie wir die Arbeit im Betriebsrat (und sei es nur dessen ständige Entlarvung vor den Kollegen) nicht ablehnen, weil dort Sozialdemokraten und Revisionisten heute noch die Führung innehaben, so lehnen wir die Arbeit in den Bürgerinitiativen nicht ab, weil diese Kräfte auch dort tätig sind. Wenn es sich lohnt, wenn durch die Initiativen größere Massen zu mobilisieren sind, ist es ja gerade unsere Aufgabe, unsere Pflicht, deren Kämpfe gerade nicht auf den Boden der bürgerlichen Legalität zu beschränken, sondern sie in Angriffskämpfe auf die Bastionen der Bourgeoisie zu verwandeln, so wie zum Beispiel am 13. November in Brokdorf."

Alles spricht dafür, daß Ernst Aust wirklich den Artikel geschrieben hat. Zu solch treuherziger Äußerung von Abstaubermoral dürften wenige Mitglieder des Roten Morgen fähig sein. „Wenn es sich lohnt", nach dieser Devise kann man sich durchs Leben schlagen. Für den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse wird sie freilich nicht geeignet sein. Eher zur Eröffnung eines Schnapsladens. Behält man im Auge, daß die Devise „wenn es sich lohnt" das taktische Kalkül des Zwei-Seiten-Strategen im „Roten Morgen" bestimmt, dann kann man jedenfalls den taktischen Windungen und Wendungen des Roten Morgen bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktion in der Wilster Marsch auf die Spur kommen. Am 12./13. Februar schien sich die Sache nicht zu „lohnen", weil es der Rote Morgen für unwahrscheinlich hielt, daß nach der Spaltung durch die Revisionisten sowie nach der massiven Hetze der Bourgeoisie und ihren wilden Drohungen für Brokdorf, „größere Massen zu mobilisieren sind". Wohl aber durch die Revisionisten für Itzehoe, hat sich der Rote Morgen gedacht. Also gehen wir dahin. Das kann sich lohnen.

Dann hat sich diese Überlegung als Fehlgalopp eines politischen Spekulanten herausgestellt. Also wurde mit der Ausgabe vom 18. Februar vorsichtig umdisponiert, um sich intern darauf einzurichten, in der Mitte Stellung zu beziehen. Von dort sollte Ausschau gehalten werden, wo es sich letztenendes lohnen wird. Marktstrategie mag man das nennen. Darauf läßt sich eine Taktik für Vertreter entwickeln, mehr nicht.

Am Ende sind die Führer der Gruppe Roter Morgen in Schwierigkeiten geraten, weil ihre Mitglieder halt keine Vertreter sind, sondern allermeist mutige Revolutionäre, denen es nicht gefallen hat, plötzlich das Spiel der Opportunisten von Gruppe Rote Fahne und KB (Nord) mitzuspielen. Also fährt Ernst Aust nachträglich schweres Geschütz auf. Das macht jeder Spekulant so, wenn er sich vergaloppiert hat:

„Machen wir uns nichts vor – auch wenn es die Zirkelführer entrüstet von sich weisen werden – sie alle, ob KBW, GRF, KB Nord usw. haben nach dem Motto ‚Hannemann geh du voran' darauf gewartet, daß sich die Partei an die Spitze des militanten Kampfes des Angriffes auf den Bauplatz Brokdorf stellen würde. Auch die Polizei rechnete damit, wie aus ihrem Funkverkehr hervorging, indem sie verzweifelt und verunsichert nach den Demonstranten mit der roten Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr suchte. Als dies nicht geschah, kapitulierten die ‚Helden', und nur der KBW wagte noch einen Durchbruchversuch durch die Polizeikette, wobei sich GRF und KB Nord nicht entblödeten, den ‚Bullen' Hilfsdienste zu leisten, indem sie eine Sperrkette bildeten. Was unterscheidet sie eigentlich noch von den modernen Revisionisten? Es ist klar: Hätte die Partei gewollt, hätte sie sich an die Spitze der Demonstration von Wilster gesetzt, nichts, auch keine GRF und kein KB Nord hätte sie auf dem Weg zum Bauplatz Brokdorf aufhalten können. Bestimmt wären uns ein- bis zweitausend revolutionäre Demonstranten gefolgt. Doch genauso klar ist auch, daß angesichts 15 000 mit Pistolen, Maschinenpistolen, Panzerspähwagen ausgerüsteten Polizisten und Grenzschützern, angesichts des angeordneten Schußwaffengebrauchs, wir wohl hingekommen wären, aber keinen Sieg, nicht einmal einen Pyrrhussieg, sondern eine vernichtende Niederlage erlitten hätten."

Damit sind wir bei der zweiten Ursache für die Schwankungen der Gruppe Roter Morgen. Gehen seine Führer nach der Devise von „lohnt es sich, oder lohnt es sich nicht", dann meinen sie, ob man sich was „holen" kann, hänge von der Gewalt der Waffen ab.

Die Aktion in der Wilster Marsch hätte bloß politisch gewonnen werden können. Sie war nahe daran, gewonnen zu werden. Das zeigt die große Mobilisierung. „Militärisch" konnte sie gewonnen werden durch Umzingelung und Spaltung der Polizei. Dabei mußten Einheiten der Polizei angegriffen
ten Einheiten der Polizei angegriffen
und zersprengt werden. Entscheidend blieb allemal der politische Druck der Massen. Daß sich dieser nicht vollständig entfalten konnte, liegt unter anderem an Leuten wie der Führung des Roten Morgen. Viel von Gewalt reden, viel von Waffen reden, keine Waffen haben und vor der Gewalt zurückweichen, das ist bloß Ausdruck von Idealismus. Die wichtigste Waffe der Demonstranten in Brokdorf war ihre politische Einheit. Ein gutes Dutzend von Organisationen hat ihre ganze Kraft darauf verlegt, diese Einheit zu verhindern. Daran ist die Besetzung gescheitert. Nicht an der Polizei. Man muß nach den inneren Ursachen der Niederlage suchen, wenn man sie in einen Sieg verwandeln will. – (gs)

Kommunismus und Klassenkampf 3/1977

enthält unter anderem Aufsätze zu

- Konzentration des Kapitals in den USA
- Entwicklung der Profitproduktion in der UdSSR
- Rationalisierung in der Metallindustrie

Mit Sondereinlage **Fotodokumentation** über die Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf

Erscheint am 17. März
Einzelpreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 24,00

Zu beziehen über die Verkaufsstellen der Kommunistischen Volkszeitung, über den Buchhandel oder bei Buchvertrieb Hager, Postfach 5129, 6800 Mannheim

Ausgezogen, um den Bauplatz von ferne im Scheinwerferlicht liegen zu sehen? Trotzkistische Erlebnisse in der Wilster Marsch

„Die Devise der Demonstrationsleitung wird noch einmal bekanntgegeben: Ziel ist auf jeden Fall, die Demonstration in Brokdorf durchzusetzen, aber die Bullen werden auf keinen Fall angegriffen. Hinter dieser Auffassung steht die überwältigende Zahl der Demonstrationsteilnehmer. Am späten Nachmittag bewegt sich der kilometerlange Demonstrationszug auf der Landstraße in Richtung Brokdorf, ohne daß man von den Bullen (außer den Hubschraubern) etwas sieht. Nach etlichen Kilometern wird von vorne die Meldung durchgegeben: die Spitze des Zuges hat die Polizeiabsperrung erreicht. Vom hinteren Teil des Demonstrationszuges aus kann man – den Zug um eine Straßenbiegung verfolgend – die Spitze mit Anstrengung erkennen. Über dem Platz kreisen ständig 5 Hubschrauber und ein Flugzeug. Der Zug kommt noch an einem Straßenschild ‚Brokdorf: 3 km' vorbei und zieht dann noch weiter. In der Dämmerung findet auf der Wiese vor der Polizeiabsperrung eine Großkundgebung statt; von hier aus ist das von Scheinwerfern beleuchtete Baugelände deutlich zu erkennen. Nach der Kundgebung versucht der KBW-Block durch Sprechchöre für einen Angriff auf die Polizeiabsperrung und das Baugelände zu mobilisieren. Die große Mehrheit der Demonstration tritt dem KBW jedoch mit der Aufforderung zum geordneten Rückzug entgegen. Als bereits im Dunkeln der Rückzug der Demonstration im Laufen ist, schließt sich der KBW hinten an." (Aus: Spartacus-Extra, 24.2.1977)

„Die Demonstration von Wilster bis in die Felder von Brokdorf, wo nach einer friedlichen Kundgebung in Sichtweite des Bauplatzes der geschlossene Rückmarsch angetreten wurde, bewirkte ein weiteres: er zeigte, daß mit Demonstrationsverbot, das vom Landrat ausgesprochen und von den Gerichten bestätigt worden war (siehe Seite 4) dieser Bewegung nicht beizukommen ist. Es erwies sich als undurchsetzbar. Es blieb wirkungslos. Es wurde nicht einmal versucht, auf seiner Einhaltung seitens des Staatsapparates zu bestehen. Es kann damit seine Funktion zur Kriminalisierung der Bewegung und als Vorreiter für einen erneuten Abbau demokratischer Rechte nicht erfüllen. Das ist ein großer Erfolg nicht nur für diesen Kampf, sondern für die Verteidigung demokratischer Rechte überhaupt." (Aus: Was tun? 24.2.1977)

Ausgezogen, um den „Gewaltapparat des angeblichen Rechtsstaates" gesehen zu haben? APO-Erlebnisse in der Nähe von Brokdorf

„Sie faßten den Beschluß, die Demonstration zu beenden, gerade weil sie wußten, daß sie nicht isoliert waren, sondern die Bauern und Werktätigen der Wilster Marsch unter ihnen und an ihrer Seite standen. Sie faßten ihn gerade deshalb, weil sie wußten, daß auf ihrer Seite die gerechte Gewalt der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker steht. Sie hatten gesehen, daß der Gewaltapparat des angeblichen Rechtsstaates in Wirklichkeit ein Gewaltapparat gegen die Interessen der Volksmassen ist und viele waren sich bewußt, daß die riesige staatliche Gewaltmaschinerie, die aufgefahren war, niemandem anderen dient, als dem verfaulenden imperialistischen System. Sie wichen weder zurück, noch verfielen sie in Abenteurertum. Sie schufen die Bedingungen, die Einheit der ehrlichen AKW-Gegner auf neuer Stufe herzustellen. Sie werden den Bau des AKW-Brokdorf verhindern." (Aus: Rote Fahne 23.2.1977)

Nur offen abgezogen, um heimlich wiederzukommen? Jugendhoffnungen auf das nächste mal

„Der Bauplatz wurde am 19.2. nicht besetzt, da Polizei und Bundesgrenzschutz den Bauplatz in ein einziges militärisch gesichertes Heerlager verwandelt hatten und eine Besetzung an diesem Tag nicht möglich gewesen wäre.

Auf der Grundlage der noch breiteren und politisch noch klareren Bewegung seit dem 19.2. muß die Platzbesetzung weiter vorbereitet werden. Kommunisten und AKW-Gegner müssen dabei so vorgehen, daß sie den Feind angreifen, wenn er schwach ist und nicht dann, wenn er überlegen ist. *„Wir kommen wieder und dann sind wir noch mehr!"*, mit diesem Sprechchor endete die Demonstration in Wilster." (Aus: Kämpfende Jugend 3/77)

Von dumpfen Ängsten umgetrieben

„Distanziert Euch von den Denunziationen linker Genossen an die Polizei durch den ‚KBW' in Brokdorf und Hamburg!

Solange der ‚KBW' weiterhin andere Linke aufhängen oder zu Fischmehl verarbeiten will, müßt Ihr mit ähnlichen ‚richtigen Maßnahmen zur rechten Zeit' rechnen!"

Solche Botschaft war um ein zwei Kilo schweres Stück Eisen geschlagen, das in unser Bochumer Büro durch die Fensterscheibe geworfen worden war. Die Botschaft ist bemerkenswert. Was es doch für Mißverständnisse gibt! Wir hatten zwei Leute für Ordensverleihung empfohlen, weil sie sich als Hilfspolizisten bewährt haben. „Denunziert" können sich diese Leute höchstens gegenüber der demokratischen und revolutionären Bewegung fühlen. Wir haben festgestellt, daß auf die Ordensverleihung unvermeidlich die Reaktion der Massen folgen wird. Von Fischmehlfabrik war im Zusammenhang mit Arbeit die Rede. Wer kommt schon auf die Idee, er solle zu Fischmehl verarbeitet werden, wenn von Arbeit in der Fischmehlfabrik die Rede ist? Bloß ausgepichte Bourgeois, für die Arbeit der größte aller Greuel ist. Natürlich rechnen wir stets mit Angriffen von dieser Seite. Auch auf die Fenster unserer Büros.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)